

# LEIPZIGER ZUSTÄNDE

DEZ2014

chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig



**chronik.LE - DOKUMENTATION & ANALYSE FASCHISTISCHER, RASSISTISCHER  
UND DISKRIMINIERENDER Ereignisse IN UND UM LEIPZIG**

**chronik.LE**  
www.chronikLE.org

In Zusammenarbeit mit:

**RAA**  
**SACHSEN**  
Regionale Arbeitsstellen für  
Bildung, Integration  
und Demokratie Sachsen e.V.

	<b>04</b>	<b>Editorial</b> Auf ein Neues	
<b>01</b>	<b>05</b>	<b>Der Konflikt um den Moscheebau in Leipzig-Gohlis</b> Worum geht es eigentlich? Von chronik.LE	
	<b>06</b>	<b>Eine Chronik des Konflikts</b> Von chronik.LE	
	<b>08</b>	<b>Der Diskurs gegen den Moscheebau</b> Von Jorin	
	<b>10</b>	<b>Der Islam und die direkte Demokratie</b> Eine Betrachtung des Leipziger Moscheebau-Konflikts Von Tim Hentzschel	
	<b>12</b>	<b>Leipzigs (neue) Wutbürger</b> Rassistische Mobilmachung gegen Asylunterkünfte Von Steven Hummel	
	<b>16</b>	<b>„dann wird Leipzig zum Gefängnis für mich“</b> Asylsuchend in Leipzig. Ein Interview mit Amal aus Tunesien Von chronik.LE	
	<b>18</b>	<b>„Die Leute wollen unsere Probleme nicht sehen“</b> Asylsuchend im Landkreis Leipzig. Ein Interview mit Machmud aus Tunesien Von chronik.LE	
	<b>19</b>	<b>Eine unversöhnliche Rede</b> Alltagsrassismus in Leipzig Von Ali H.	
	<b>21</b>	<b>Guter Schein?</b> Kritik am Gutscheinsystem für Asylsuchende im Landkreis Leipzig Von chronik.LE	
	<b>02</b>	<b>24</b>	<b>Das Wahlprogramm der AfD Sachsen</b> Eine Auseinandersetzung Von Antifa Klein-Paris (AKP)
<b>26</b>		<b>Eine neue Partei, wie jede Andere</b> Die AfD – Personen und Strukturen Von Danilo Starosta	
<b>28</b>		<b>Wer wählt die AfD?</b> Ergebnisse der Leipziger „Mitte“-Studien Von Johannes Kiess	
<b>31</b>		<b>„Schreibt einen Brief an jemanden, der ihn auch liest!“</b> Die „Montagsdemos“ – Querfront zwischen Friedensbotschaft und völkischem Ideenwirrwarr Von Tobias Prüwer	
<b>33</b>		<b>Stadtratswahl in Leipzig</b> NPD erringt nur noch ein Mandat und verursacht Teil-Neuwahl / AfD zieht in Fraktionsstärke ein Von chronik.LE	
<b>34</b>		<b>NPD-Strategie in Leipzig gescheitert</b> Zur Entwicklung der Neonazi-Partei in den Jahren 2013/14 Von chronik.LE	
<b>36</b>		<b>Verluste für die NPD im Leipziger Umland</b> Übersicht zu den Kreistags-, Stadt- und Gemeinderatswahlen in Nordsachsen sowie dem Landkreis Leipzig Von chronik.LE	
<b>03</b>		<b>38</b>	<b>Die verschwiegene Toten</b> Opfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990 Von Rassismus tötet! Leipzig / Initiativkreis Antirassismus
		<b>41</b>	<b>Verschleppt und ausgebeutet</b> Zwangsarbeiter_innen in Leipzig während des Zweiten Weltkrieges Von Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig
		<b>43</b>	<b>Von der Ausgrenzung zum Massenmord</b> Neuere Forschungen zur Verfolgung von Sinti und Roma in Leipzig in der NS-Zeit Von Initiative Geschichte vermitteln
<b>04</b>	<b>46</b>	<b>Versagen mit System</b> Eine Ausstellung über Geschichte und Wirken des „Verfassungsschutzes“ Interview mit den Macher_innen	
	<b>48</b>	<b>Integration in Armut</b> Diskriminierungserfahrungen von Menschen ohne Arbeit in Leipzig Von Franziska Reif	
	<b>50</b>	<b>Leipziger Innereien</b> Rückblicke in den antiisraelischen Sommer Vom Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Leipzig	
	<b>52</b>	<b>„Rape Culture“</b> Ein gesamtgesellschaftliches Phänomen Von Marian Blum	
<b>05</b>	<b>54</b>	<b>Gegen ein 1000jähriges Vergessen</b> Ein postkolonialer Stadtplan für Leipzig Von AG Postkolonial im Verein Engagierte Wissenschaft	
	<b>55</b>	<b>Literaturempfehlungen</b>	
	<b>56</b>	<b>Aus der Chronik</b> Eine kleine Auswahl dokumentierter Ereignisse Von chronik.LE	
	<b>58</b>	<b>Beratungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Diskriminierung und Gewalt</b> RAA und ADB stellen sich vor	
	<b>59</b>	<b>Impressum &amp; Co.</b>	

## AUF EIN NEUES

Das Projekt CHRONIK.LE dokumentiert seit 2008 faschistische, rassistische und diskriminierende Ereignisse in und um Leipzig. Wie schön wäre es, könnten wir nach sechs Jahren feststellen, dass es nichts mehr zu dokumentieren gäbe. Wenn Leipzig also seinem Selbstanspruch, eine welt-offene, tolerante und vielfältige Stadt zu sein, umfassend gerecht geworden wäre. Doch davon kann leider noch nicht die Rede sein. In dieser vierten Ausgabe der LEIPZIGER ZUSTÄNDE werden erneut in zahlreichen Beiträgen Misstände offengelegt, die zeigen, wie gewaltvoll und alltäglich Diskriminierung nach wie vor für viele hier lebende Menschen ist.

Geprägt waren die letzten Monate in Leipzig wie in ganz Sachsen von einer heftigen „Debatte“ um eine steigende Zahl von Menschen, die hier Schutz und Asyl suchen, sowie die damit einhergehenden „Probleme“. Regelmäßig finden sich „besorgte“ Anwohner\_innen, die gegen Unterkünfte für Asylsuchende protestieren. Kaum davon zu trennen ist die Wahrnehmung einer angeblichen Bedrohung durch „den Islam“ bzw. Anhänger\_innen dieser Religion. In Leipzig wurde und wird gegen die geplante Errichtung einer Moschee Stimmung gemacht. Wobei die hinter diesem Projekt stehende Religionsgemeinschaft der AHMADIYYA MUSLIM JAMAAT von anderen Muslim\_innen teilweise als vom Islam abweichende Richtung betrachtet und deshalb abgelehnt wird. Ihre Mitglieder werden in ihren Heimatländern diskriminiert und suchen daher unter anderem hier in Deutschland Schutz, wo man so stolz auf seine Toleranz und die im Grundgesetz festgeschriebene Freiheit der Religionsausübung ist. Und wo mehrheitlich atheistische Ostdeutsche plötzlich ihre Vorliebe für das „christlich-jüdische Abendland“ entdecken.

Von all diesen Entwicklungen, die in mehreren Artikeln analysiert werden, konnte ausgerechnet die NPD nicht wie von ihr erhofft profitieren. Die sächsischen Neonazis waren vielmehr damit beschäftigt, ihren langjährigen Landes- und kurzzeitigen Bundesvorsitzenden Holger Apfel wegzuputschen. Nach dem knappen Scheitern bei der Landtagswahl geht das gegenseitige „Kameraden-Mobbing“ fröhlich weiter. Wir handeln diesen Teil des „rechten Randes“ daher in dieser Ausgabe eher kurz ab, auch wenn die von Neonazis ausgehende Gefahr selbstverständlich weiterhin nicht unterschätzt werden darf. Größere Aufmerksamkeit verdient die selbsternannte ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND. Handelt es sich dabei um ein kurzzeitiges Phänomen oder kann sich die Partei zum „Sarrazin“-Hype langfristig etablieren? Und wie werden andere Akteur\_innen darauf reagieren? Die Artikel zur AfD bieten ein paar Hintergründe und Ansatzpunkte zum weiteren Umgang mit dieser Partei.

Glücklicherweise gibt es neben all diesen unerfreulichen Phänomenen – zu denen auch die „Montagsmahnwachen“ oder die Diskriminierung in und durch das Hartz-IV-System gezählt werden können – in Leipzig auch allerlei Vereine und Initiativen, die sich für Menschen in Not und gegen Rassismus, Neonazismus usw. engagieren. Davon zeugen unter anderem die Bilder in dieser Ausgabe, nicht zuletzt das Cover-Foto von der Gedenkdemonstration für den von Neonazis ermordeten Kamal Kilade. Wir versuchen überdies, nicht nur über von Rassismus und Diskriminierung betroffene Personen zu schreiben, sondern diese auch selbst zu Wort kommen zu lassen – in Form von Interviews mit Asylsuchenden aus Leipzig und dem Umland sowie durch die Dokumentation einer bemerkenswerten „Leipziger Rede“.

Wie immer gilt, dass sich die Redaktion die namentlich gekennzeichneten Artikel nicht unbedingt zu eigen macht. Obwohl die „Leipziger Zustände“ kein Debattenorgan sind, wird in einem Text auch Kritik an einem früheren Artikel geäußert. Was wahrscheinlich wiederum eine Antwort verdient hätte. Da es bis zur nächsten Ausgabe aber sicher wieder ein bis zwei Jahre dauern wird, sollte diese Diskussion wohl besser an einem anderen Ort weitergeführt werden.

Wir danken allen Menschen, die auf vielfältige Weise zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben, insbesondere den Fördermittelgeber\_innen der Stadt Leipzig und des StudentInnenrates der Universität Leipzig. Und natürlich den zahlreichen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die diese Broschüre mit ihren Texten bereichert haben. Darüber hinaus ein großer Dank an alle Diskutant\_innen, Fürsprecher\_innen und Spender\_innen, Redakteur\_innen, Fotograf\_innen, Layouter\_innen und Lektor\_innen.

Übrigens haben wir uns bemüht, in allen Artikeln den verschiedenen Geschlechtsidentitäten gerecht zu werden, statt durch die deutsche Grammatik nur Männer anzusprechen oder das beschränkte Mann-Frau-Schema zu bemühen. Daher verwenden die Autor\_innen die Schreibweise „\_innen“. Falls Sie beim Lesen darüber stolpern sollten, war das unsere Absicht. Diese Schreibweise wenden wir bei den Personen nicht an, die auf den patriarchalen Vorstellungen der Geschlechter beharren.

**Die Redaktion**

photo: visual-change.org



01 KAPITEL

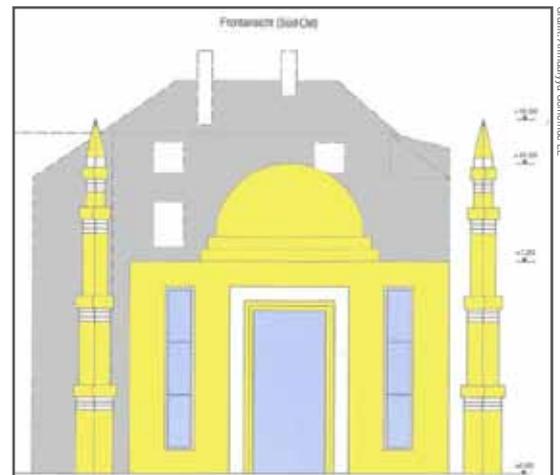
# ASYL UND RASSISMUS



# DER KONFLIKT UM DEN MOSCHEEBAU IN LEIPZIG-GOHLIS

## Worum geht's eigentlich?

Ein Jahr ist es nun her, dass die Ahmadiyya-Gemeinde mit ihrem Vorhaben, im Stadtteil Gohlis eine Moschee zu bauen, an die Öffentlichkeit trat, und damit für viel Aufregung sorgte. An sich könnte man meinen, der Bau einer Moschee sollte in Leipzig nichts besonderes sein, gibt es in der Stadt doch sechs weitere muslimische Gemeinden, welche Moscheen bzw. Gebetsräume betreiben.<sup>[1]</sup> Doch das Alleinstellungsmerkmal, die erste Moschee mit Minarett in Ostdeutschland bauen zu wollen, hat dann wohl doch genug Aufmerksamkeit generiert, um dieses Thema zu einem der am heißesten diskutierten in Leipzig der Jahreswende 2013/2014 zu machen.



Entwurf der Moschee für das Grundstück in der Georg-Schuhmann-Straße.



Der „Ring nationaler Frauen“ in der NPD mit rassistischen, antimuslimischen Transparenten in Leipzig-Gohlis gegen den geplanten Bau der Ahmadiyya-Moschee.

[1] Vgl. Stadt Leipzig – Referat für Migration und Integration (2014): URL: <http://www.leipzig.de/news/news/daten-und-fakten-zu-muslimen-in-leipzig>

[2] Vgl. Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland: Was ist „Ahmadiyyat“? URL: <http://www.ahmadiyya.de/ahmadiyya/einfuehrung>

Dabei versteht sich die AHMADIYYA MUSLIM JAMAAT als eine islamische Reformbewegung, welche nach eigenen Angaben u.a. für die Gleichwertigkeit von Frau und Mann, die Trennung von Religion und Staat sowie das Eintreten für Menschenrechte steht.<sup>[2]</sup> Von vielen orthodoxen Muslim\_innen wird sie als Irrlehre abgelehnt, in den meisten islamischen Ländern verfolgt. Sie ist seit 2013 die erste islamische Körperschaft des öffentlichen Rechts in Deutschland und somit rechtlich den christlichen Kirchen gleichgestellt.

Das Anliegen der Artikel soll es nicht sein, die Ahmadiyya-Gemeinde vor jeglicher Kritik in Schutz zu nehmen – sicher gibt es aus einer linken Perspektive einiges an der AHMADIYYA MUSLIM JAMAAT zu kritisieren. Für eine differenzierte Betrachtung der Gemeinde wäre sowohl eine inhaltliche Auseinandersetzung als auch eine Kontextualisierung in andere islamische Strömungen von Nöten. Eine fundierte Kritik soll an einem anderen Platz stattfinden, wäre aber mit Sicherheit wichtig und fruchtbar.

Der erste Artikel beschäftigt sich nun vielmehr damit, wie im Diskurs gegen den Moscheebau der Islam von einer dominanten deutsch-weißen Position aus pauschal abgewertet wird. Damit wird ein antimuslimischer, kultureller Rassismus betrieben und das Bild eines »gefährlichen Fremden« geschaffen, das das als liberal verstandene »Eigene« bedrohe. Der zweite Artikel beschäftigt sich vor allem mit dem Verständnis und dem Einfordern „direkter Demokratie“ und Teilhabe sowie der Dominanz rassistischer Diskurse im Rahmen der Debatte um den Moscheebau selbst. ■

# EINE CHRONIK DES KONFLIKTS

Nachdem **Ende September 2013 eine Bauvoranfrage** an die Stadtverwaltung übergeben wurde,<sup>[1]</sup> veröffentlichte die Ahmadiyya-Gemeinde am 10. Oktober 2013 ihre Pläne, wonach die Brachfläche an der Ecke Georg-Schumann-Straße/Bleichertstraße in Leipzig-Gohlis für ein Gebetshaus mit Kuppel und Ziertürmchen für etwa 100 Gläubige genutzt werden soll.<sup>[2]</sup>

Es erfolgte umgehend ein großes Medienecho, und es dauerte keine Woche, bis **am 17. Oktober ein Treffen von Moscheebaugegner\_innen** die Bürgerinitiative GOHLIS SAGT NEIN hervorbrachte, um noch am selben Tag über die neue Facebook-Seite einen „Protest aus der Mitte des Volkes heraus“ anzukündigen.<sup>[3]</sup>

Wenige Tage später machte die „Bürgerinitiative“ mit einer **Onlinepetition** auf sich aufmerksam,<sup>[4]</sup> welche u.a. vom islamfeindlichen Internet-Blog POLITICALLY INCORRECT beworben wurde.<sup>[5]</sup> Gleichzeitig hat sich auch der CDU-Ortsverband Leipzig Nord eingeschaltet und sieht den „Bau einer Moschee im orientalischen Stil [...] im Spannungsfeld zur baulichen und kulturellen Umgebung“.<sup>[6]</sup>

**Am 02. November** mischte sich die NPD in das Geschehen und veranstaltete vor dem Baugrundstück unter dem Motto „Schöner leben ohne Moscheen“ eine **Kundgebung**,<sup>[7]</sup> welche vielfachen Gegenprotest auf den Plan rief.<sup>[8]</sup>

Um den Konflikt zu versachlichen, über das Bauvorhaben aufzuklären und zu diskutieren, lud die Stadt Leipzig am **07. November** zu einem **Bürgerforum in die Michaeliskirche** ein, auf deren Podium u.a. der Oberbürgermeister Burkhard Jung und der Bundesvorsitzende der AHMADIYYA MUSLIM JAMAAT und gleichzeitiger Moscheebauherr Abdullah Uwe Wagishauser saßen. Doch die mit mehr als 550 Personen recht gut besuchte Veranstaltung entlud sich mehrmals in wütenden, lautstarken Wortmeldungen.<sup>[9]</sup>

Noch weiter verschärfte sich der Konflikt, als Unbekannte etwa **eine Woche später** in einer nächtlichen Aktion auf dem Baugrundstück eine **Mülltonne entzündeten und fünf Schweineköpfe auf Pfähle spießten**.<sup>[10]</sup>

Auf die Seite der Ahmadiyya-Gemeinde stellte sich hingegen die Initiative DIALOGE FÜR GOHLIS, welche am **07. Februar 2014 die Unterschriften der Petition „Leipzig sagt Ja!“** an den Oberbürgermeister übergab<sup>[11]</sup>, in welcher die Religionsfreiheit und damit das Recht auf eine Moschee verteidigt wurde.<sup>[12]</sup>

Spätestens nachdem sich die Bürgerinitiative GOHLIS SAGT NEIN im **Februar 2014** an einer **Demonstration** des Bündnisses Leipzig steht auf unter dem Motto „Leipzig steht auf – gegen Minderheiten-Politik im Rathaus“ beteiligte, welche sich gegen den Bau eines offenen Vollzugs für Sexualstraftäter in Leipzig-Reudnitz, eine Asylbewerber\_innen-Unterkunft in Leipzig-Schönefeld und eben auch den Moscheebau in Leipzig-Gohlis richtete,<sup>[13]</sup> auf welcher auch der NPD-Funktionär Maik Scheffler einen Redebeitrag hielt,<sup>[14]</sup> war erkenntlich, dass das bürgerliche Image der Initiative nur Fassade ist.

Mit der **Unterschriftenübergabe ihrer Petition am 16. April** im Leipziger Rathaus gab es dann keine Zweifel mehr: Alexander Kurth, Stadtratskandidat für die NPD im damaligen Wahlkampf, fungierte als Überbringer, begleitet von mehreren NPD-Anhängern, welche ein Banner mit der Aufschrift „Mein Leipzig lob ich mir, ohne Minarett!“ samt NPD-Logo entrollten.<sup>[15]</sup>

Die **Bauvoranfrage** der Ahmadiyya-Gemeinde wurde **inzwischen von der Stadt genehmigt**, wie Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau am 4. September 2014 bekannt gab. Die Ahmadiyya-Gemeinde plant nun einen Architekturwettbewerb, in dessen Folge im **Frühjahr 2015 der konkrete Bauantrag eingereicht** werden soll. Die **Baugegenehmigung** kann es dann frühestens **im Sommer 2015** geben.<sup>[16]</sup> ■

[1] Vgl. Tappert, A. (29.09.2013): Islamische Gemeinde will Moschee in Gohlis errichten – Neubau mit zwei Minaretten geplant. In: LVZ online.

[2] Vgl. Schöler, M. (15.10.2013): Geplante Moschee in Gohlis: Rechte rufen zur Bildung von Bürgerinitiative auf. In: L-IZ.

[3] Facebook-Seite der „Bürgerinitiative Gohlis sagt Nein“ (17.10.2013).

[4] Vgl. Bürgerinitiative Gohlis sagt Nein! (20.10.2013): Keine Moschee in Leipzig/Gohlis Bürgerinitiative: Gohlis sagt Nein! In: openPetition.

[5] Vgl. Gabriel, L.S. (26.10.2013): Leipzig wehrt sich gegen Ahmadiyya-Moschee. In: PI-News.

[6] CDU Ortsverband Leipzig-Nord (17.10.2013): CDU-Ortsverband Nord positioniert sich zum Moschee-Bau in Gohlis.

[7] Vgl. autonome gruppen le (20.10.2013): Nazis in Leipzig Blockieren! In: Indymedia.

[8] Vgl. Freitag, M. (02.11.2013): Moscheebau Gohlis – „Alerta, alerta – Antifaschista!“. NPD kommt, redet und fährt weiter. In: L-IZ.

[9] Vgl. Puppe, M. (07.11.2013): Bürgerforum zum Moschee-Neubau in Leipzig-Gohlis: Sachliche Diskussion und rechte Störer. In: LVZ online.

[10] Vgl. Freitag, M. (15.11.2013): Moscheebau in Gohlis: Die Spur der Schweine. In: L-IZ.

[11] Vgl. Julke, R. (08.02.2014): Leipzig sagt ja: Dialoge für Gohlis übergab 5.950 Unterschriften pro Moscheebau an OBM Burkhard Jung. In: L-IZ.

[12] Vgl. Dialoge für Gohlis (07.02.2014): 5950 Mal „Leipzig sagt ja“ zur Religionsfreiheit.

[13] Vgl. Leipzig steht auf (27.01.2014): Kundgebung am 03.02.2014.

[14] Vgl. Freitag, M. (01.04.2014): Die „Bürgerinitiative“ ist wieder da: Unterschriftenübergabe der Onlinepetition gegen Gohliser Moscheebau an Burkhard Jung geplant. In: L-IZ.

[15] Vgl. L-IZ Redaktion (16.04.2014): Der Stadtrat tagt: Statt Bürgerinitiative und Petitionsentgegennahme gegen Moschee - Parteienwerbung im Rathaus und ein kleiner Saalsturm. In: L-IZ.

[16] Vgl. Julke, R. (04.09.2014): Ahmadiyya-Moschee an der Georg-Schumann-Straße: Stadt Leipzig hat die Bauvoranfrage der Gemeinde positiv beschieden. In: LVZ-online.



## DER DISKURS GEGEN DEN MOSCHEEBAU

Leipziger Bürger\_innen protestieren gegen den Bau der Ahmadiyya-Moschee in Leipzig Gohlis.

Von Jorin

Die gängigen Argumente gegen den Moscheebau, wie die Bürgerinitiative *Gohlis sagt Nein* und andere sie formulieren, sind mittlerweile oft gelesen und kein ausschließliches Phänomen der radikalen Rechten. Wie diese Argumente im Diskurs gegen den Moscheebau zu einer pauschalen Abwertung des Islam führen, wie damit ein antimuslimischer, kultureller Rassismus betrieben und das Bild eines »gefährlichen Fremden« geschaffen wird, welches das als liberal verstandene »Eigene« bedrohe, soll an dieser Stelle erläutert werden.

### Das Argument des Stadtbilds

Auf der Seite von LEIPZIG STEHT AUF heißt es: »Eine orientalische Moschee mit Kuppel und zwei 12 Meter hohen Minaretten würde das Stadtbild zerstören!«<sup>[1]</sup> Das Gohliser Stadtbild wird als von Gründerzeitarchitektur geprägt beschrieben, doch wird »Stadtbild« hier nicht architektonisch, sondern kulturell verstanden. Es geht nicht um die Bewahrung des Stadtbildes als historisches, sondern als »westliches«. Das zeigt sich zum Beispiel, wenn die Bürgerinitiative argumentiert, die neue katholischen Probsteikirche am Wilhelm-Leuschner-Platz, die in einem auffälligen post-modernen Stil gebaut wird, störe nicht, »weil wir noch immer in einer abendländischen Kultur leben, in der Kirchen zum Stadtbild gehören«<sup>[2]</sup>. Im Gegensatz dazu wird die Moschee zum Symbol für »den Orient«, der als »fremder Kulturraum« imaginiert wird und als Abgrenzungsfolie für die »abendländische Kultur« dient. Mit dem Begriff »abendländische Kultur« sind dabei Assoziationen verbunden, wie christlich-jüdische Tradition, Aufklärung, Demokratie, Säkularismus, Liberalismus, Zivilisation und Fortschritt. Dies ist ein koloniales Deutungsmuster, das auf der Gegenseite dieser dualistischen Begriffe das Bild einer unaufgeklärten, diktatorischen, gewaltvollen, religiös determinierten, zurückgebliebenen/statischen und unzivilisierten »islamischen Welt« zeichnet.

### Das Argument »Wir sind das Volk!«

Außerdem behauptet die Bürgerinitiative, die »Stadtoberen« würden sich dem »Bürgerwillen« widersetzen, wenn sie den Moscheebau nicht verhindern.<sup>[3]</sup> Damit wird der Moscheebau nicht als privates Bauvorhaben, sondern als eine Art kommunales Projekt dargestellt, welches lokalpolitisch verhandelt werden müsste. GOHLIS SAGT NEIN versteht sich dabei als Repräsentantin der Bürger\_innen bzw. Anwohner\_innen. Der Begriff »Bürgerwille« suggeriert darüber hinaus, es gebe einen einheitlichen Willen aller Bürger\_innen – der gegen den Moscheebau sei. Dadurch werden die bauwilligen Muslim\_innen der Ahmadiyya-Gemeinde sowie alle anderen Unterstützer\_innen des Baus aus »den Bürgern« herausdefiniert.

Im Kontext des Vorwurfs an die politischen Entscheidungsträger\_innen, den »Bürgerwillen« zu missachten, werden häufig auch Parallelen zur DDR-Diktatur gezogen. So kritisiert beispielsweise ein aufgebracht Gohliser Bürger bei der Veranstaltung in der Michaeliskirche: »Mir kommt es so vor, als wär die Veranstaltung heute so wie ma's früher gemacht hat bei de Kommunisten.«<sup>[4]</sup> Die Konsequenz, die daraus von den Moscheebaugegner\_innen gezogen wird, ist der Aufruf, wie 89 wieder auf die Straße zu gehen. Immer wieder fällt der Slogan »Wir sind das Volk«. Damit wird eine historische Kontinuität konstruiert zwischen dem Widerstand gegen die DDR-Diktatur und dem gegen die »Islamisierung« – in deren Folge die populäre Parole folgendermaßen gedeutet wird: »[...] wir sind das Volk und wir bleiben das Volk, wir sind deutsch, deutsch un nochmal deutsch.«<sup>[5]</sup> Muslim\_innen werden aus dem kollektiven Wir ausgegrenzt, wenn »deutsch« so als Gegensatz zu »islamisch« verstanden wird, oder wenn im Diskurs Anwohner\_innen/Bürger\_innen und Muslim\_innen als Gegensatzpaar dargestellt werden, bei der die Zugehörigkeit zur einen Gruppe die Zugehörigkeit zur anderen auszuschließen scheint.

[1] Vgl. LEIPZIG STEHT AUF (18.01.2014): Nein zur Moschee in Gohlis.

[2] Freitag, M. (23.10.2013): L-IZ-Interview mit einem Unbekannten. Ein paar Fragen an »Gohlis sagt Nein« zum Moscheebau. In: LI-Z.

[3] Vgl. Facebook-Seite von GOHLIS SAGT NEIN (12.11.2013): Sehr geehrte Damen und Herren der Fraktionen im Sächsischen Landtag.

[4] SchnitzelLuis (07.11.2013): »Wir sind deutsch, deutsch und nochmal deutsch!« In: youtube.

[5] Ebd.

## Das Argument der Überrepräsentation des Islam

Ein weiteres Argument lautet, es gebe bereits genug Moscheen in Leipzig. Unterschiede zwischen verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen werden dabei nicht beachtet. Außerdem ist die Bürgerinitiative der Meinung, „[f]ür die Religionsausübung der Leipziger Muslime reichen Privaträume und Gebetsteppiche – öffentliche Herrschaftssymbole wie Moscheen stören unser vertrautes Stadtbild und sind eine unnötige Provokation für alle Nicht-Muslime.“<sup>[6]</sup> Solange Muslim\_innen also unsichtbar bleiben, wird ihnen zugestanden, ihre Religion (versteckt) zu praktizieren. Dieses minimale »Zugeständnis« ist auch nötig, damit sich die Initiative noch zur Religionsfreiheit bekennen und auf »demokratische Werte« berufen kann. Muslimische Menschen werden »im Westen« folglich nur geduldet, wenn sie sich entweder assimilieren (ihre Religion ablegen) oder unsichtbar sind.

## Das Argument der „Islamisierung“

Die Auffassung der Moschee als Herrschaftssymbol und Provokation ist im Diskurs von GOHLIS SAGT NEIN sehr präsent. Die Bürgerinitiative ist der Meinung, dass „Moscheen außerhalb von islamischen Ländern, immer eine Demonstration der Macht des Islams“ seien, und außerdem der Missionierung diene.<sup>[7]</sup> Dahinter steht ein ethnopluralistisches Weltbild, in dem es auf der einen Seite »islamische Länder« gibt und auf der anderen Seite »nicht-islamische Länder«, in denen der Islam nicht zur dominanten »Kultur« gehört und dessen Einfluss zurückgewiesen werden muss.<sup>[8]</sup> Der Islam wird hier als eine religiös-kulturell-politische Einheit verstanden und pauschal als eine politische Bewegung dargestellt, die die Expansion in nicht-islamische Länder und insbesondere die »Eroberung« Europas zum Ziel hat. »Abendländische Kultur« und »islamische Kultur« gehören demnach nicht nur getrennt, sie befinden sich auch in einem Kampf um Einfluss und Unterwerfung – wobei »der Islam« eindeutig als der Aggressor dargestellt wird, der »den Westen« zwingt, sich zu verteidigen. Dabei wird ein Bedrohungsszenario aufgebaut, wonach Muslim\_innen in Europa die Macht an sich reißen, muslimische Feiertage gesetzlich etablieren<sup>[9]</sup> und eine „Scharia-Gesellschaft“<sup>[10]</sup> errichten wollten. In dieser Argumentation wird die Moschee immer nur in ihrer vermeintlichen Funktion gegenüber Nicht-Muslim\_innen bzw. gegenüber »dem Westen« (Missionierung, Eroberung, Machtdemonstration) und nicht in ihrer Funktion als Gebetshaus der Ahmadis gesehen.

## Das Argument des gewaltsamen Islams

»Der Islam« wird generell als militant, aggressiv und expansiv dargestellt. Auch andere Akteure gegen den Moscheebau verbreiten ein solches Islambild, so wird beispielsweise auf POLITICALLY INCORRECT von einer

„aggressiven und menschenverachtenden Religion und Ideologie“ gesprochen, die außerdem ein „diktatorisches und terroristisches Gesellschafts- und Staatsmodell“ beinhalte.<sup>[11]</sup> »Unsere Demokratie« ist also nicht nur durch die Nichteinbeziehung »der Bürger« in die Entscheidung über den Moscheebau in Gohlis gefährdet, sondern durch »den Islam« selbst und die befürchtete »Islamisierung« Europas. Gohlis sagt Nein zufolge bedrohe »der Islam« Vielfalt, Geschlechtergleichheit und Gedankenfreiheit, die als grundlegende »abendländische Werte« verstanden werden, sowie „das Konzept der Freiheit selbst.“<sup>[12]</sup> Widersprüche in dieser Konzeption des »Eigenen« zwischen dem »liberalen« Selbstbild und der Realität von beispielsweise Antisemitismus, Homophobie oder Sexismus können dadurch geglättet werden, indem solche diskriminierenden Einstellungen und Dominanzverhältnisse im »Eigenen« einfach ausgeblendet und bei »den Anderen« verortet werden.

## Antimuslimischer Rassismus

Die beschriebenen Argumentationsmuster gegen den Moscheebau in Gohlis können eingeordnet werden als Teil eines neorassistischen Diskurses über kulturelle Differenz, in dem eine »westliche Kultur« von einer »islamischen Kultur« unterschieden wird und diese einander als unvereinbar und fremd gegenüber gestellt werden. »Kultur« wird hier als unveränderlich, essentialistisch und homogen konzipiert, die Menschheit wird auf verschiedene »Kulturen« oder »Kulturkreise« aufgeteilt und diese Unterscheidung als quasi-natürliche Ordnung dargestellt. Wechselseitige Beeinflussung von Judentum, Christentum und Islam, ihre kulturelle, geographische und philosophische Nähe und historische Verflochtenheit werden geleugnet und stattdessen wird die kulturelle Differenz betont.<sup>[13]</sup> Angelika Magiros beschreibt diesen neuen, »kulturalistischen« oder »differenzialistischen« Rassismus als „eine aktualisierte, postmoderne Ideologie der Fremdenfeindlichkeit in Europa [...], deren charakteristisches Merkmal in einer Ersetzung des klassischen, hierarchischen Rasse-Begriffs durch den der Kultur oder der Ethnie entsteht. Alle Kulturen seien gleich wertvoll, so die neue Diktion, allerdings dürften sich diese Kulturen nicht beliebig vermischen, vielmehr sei auf ihre Segregation und Rein-Haltung zu achten.“<sup>[14]</sup> »Der Islam« wird dabei zur Abgrenzungsfolie, vor der eine »westliche« Identität überhaupt greifbar wird. Er erscheint als etwas essenziell anderes, das außerdem im Vergleich zur »abendländischen Kultur« abgewertet wird, indem die »islamische Kultur« nicht nur als fremd, sondern auch als undemokratisch, gewaltvoll und gefährlich dargestellt wird. Die eigenen Aggressionen gegenüber »dem Islam« bzw. Muslim\_innen und der »islamischen Kultur« zugeordneten Menschen können so als Verteidigung gedeutet und legitimiert werden. ■

[6] Bürgerinitiative GOHLIS SAGT NEIN! (20.10.2013): Keine Moschee in Leipzig/Gohlis Bürgerinitiative: Gohlis sagt Nein! In: openPetition.

[7] Freitag, M. (23.10.2013): Interview mit einem Unbekannten. Ein paar Fragen an „Gohlis sagt Nein“ zum Moscheebau. In: L-IZ.

[8] Vgl. Facebook-Seite von GOHLIS SAGT NEIN (05.01.2014).

[9] Facebook-Seite von GOHLIS SAGT NEIN (28.12.2013).

[10] Ebd.

[11] Kaiser, E. (24.06.2014): Moscheebau in Leipzig-Gohlis. Offener Brief an Oberbürgermeister Jung. In: POLITICALLY INCORRECT.

[12] Facebook-Seite von Gohlis sagt Nein (28.12.2013 und 03.01.2014).

[13] Vgl. Attia, I. (2009): Die ‚westliche Kultur‘ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld. Transcript.

[14] Magiros, A. (2004): Kritik der Identität. ‚Bio-Macht‘ und ‚Dialektik der Aufklärung‘. Werkzeuge gegen Fremdenabwehr und (Neo-) Rassismus. Münster. Unrast. Seite 166.

# DER ISLAM UND DIE DIREKTE DEMOKRATIE

## Eine Betrachtung des Leipziger Moscheebau-Konflikts

Von Tim Hentzschel

**Im Herbst 2013 stellte eine islamische Gemeinde die Anfrage an die Stadt Leipzig eine Moschee bauen zu dürfen. Die verfassungsrechtlichen Fragen schienen eindeutig zu Gunsten der Ahmadiyya-Gemeinde beantwortet. Die Moschee dürfe gebaut werden, wären da nicht die „besorgten“ Leipziger Bürger\_innen mit ihren „Ängsten“ und „Sorgen“, über die man reden müsse. Diese organisierten sich und ihren Protest typischerweise in Form einer „Bürgerinitiative“ – zusammengesetzt aus Anwohner\_innen und bekannten und organisierten Neonazis. Doch wie entwickelte sich der Konflikt um eine der ersten Moscheen mit (Zier-)Minarett in Ostdeutschland? Lässt er sich als Beispiel eines bestimmten gesellschaftlichen Diskurses der rassistischen Abgrenzung und Krise des bürgerlichen Individuums in der Industriegesellschaft verstehen oder gilt er als Sonderfall der Dominanz von Randgruppen in politischen Prozessen?**

### Zur deutschen Realität

Vor etwa einem Jahr, am 10. Oktober 2013, entbrannte mittels einer Bauvoranfrage der AHMADIYYA-MUSLIM-JAMAAT-Gemeinde, eine Moschee in Leipzig-Gohlis bauen zu dürfen, eine aufgeladene Debatte über das Verhältnis von Pluralität und Demokratie, Religionsfreiheit und Toleranz sowie Islam und deutscher Gesellschaft. Menschenverachtende Ideologien wie die des Rassismus wurden dabei zwar benannt, jedoch nur beiläufig zur Moralbefriedigung abgehandelt. Während Scheinkonflikte ausgetragen wurden, wurde über die politischen Einstellungen und ideologischen Argumentationen der Gegner\_innen sowie deren sozioökonomisches Fundament geschwiegen.

Nach öffentlichem Bekanntwerden des Anliegens der Gemeinde, eine Bauruine zu verlassen, um angesichts ihres Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts ihre Religion frei ausüben zu können, formierte sich breiter Widerstand. Die Bürgerinitiative GOHLIS SAGT NEIN! (kurz: BI) versuchte mittels Petitionen, einer Facebook-Seite und Leser\_innenbriefen den Diskurs zu bestimmen.

In Folge der Geschehnisse (siehe Chronik S.7) wurde deutlich, dass eine bisher allgemeingültige Trennung im Sinne der LVZ zwischen „demokratischer Mitte der Gesellschaft“ und „rechten Störern“ als Vertreter\_innen „extremistischer“<sup>[1]</sup> Randgruppen so einfach nicht möglich ist. Hinter den „Sorgen und Ängsten“, die eine Schutzbedürftigkeit der Mehrheitsgesellschaft suggerieren, steht die Kaschierung der eigenen ras-

sistischen und zwangsautoritären Ideologie aus strategischen Zwecken. Mit der Taktik der Umkehr von gesellschaftlichen Minoritäts- und Majoritätsverhältnissen versuchen Gruppen, die gemein als „verbrämte Nazis“ gelten, eine sicherere Basis in Diskussionen zu erlangen, um ihre Propaganda gesellschaftsfähig zu machen. So bestanden die meisten Wortmeldungen aus direkten Stigmatisierungen und einer kulturrassistischen Herabwürdigung der Anderen. Auch Naturalisierungen der Charaktereigenschaften von Muslim\_innen und Essentialisierungen der Religionszugehörigkeit erschienen als gängige Praxis, die, wenn schon nicht rational und vernünftig, so doch wenigstens praktisch unmittelbar das Ziel verfolgten, nicht nur den Bau um jeden Preis zu verhindern, sondern eine gesamte Religion zu delegitimieren<sup>[2]</sup>. Eine undifferenzierte Betrachtung des Islam blendet jedoch wichtige Unterschiede wie eine Pluralität innerhalb einer Religion aus und begünstigt eine pauschale Verurteilung und Ausgrenzung.

### Mit Rassismus gegen die eigene Leere

Falsch denkt jedoch, wer behauptet, der Leipziger Konflikt sei ein Sonderfall und die Argumentation von Randgruppen hätte überwogen. Der gesamte Konflikt steht exemplarisch für einen gesellschaftlichen Diskurs der kulturrassistischen Ab- und Ausgrenzung, zur Bestimmung des Verhältnisses von Islam und deutscher Gesellschaft, wobei ersterer weiterhin eine Sonderstellung inne hat. Dieser Diskurs - wenn auch unter anderen strukturellen Bedingungen - scheint seit über 20 Jahren fortzubestehen, betrachtet man einen Konflikt in Lünen im Jahr 1996, der dem Leipziger nicht ähnlicher sein könnte<sup>[3]</sup>. Beide verdeutlichen, „welch hohe, teilweise in irrationale Bereiche abdriftende Emotionalisierung sich in ethnisch-kulturellen Konflikten und speziell auch in religionsbezogenen, moscheebezogenen Konflikten ereignen kann“.

Solche Konflikte mit höchst politischen Charakter drücken mit ihrer Aufladung durch ideologische Ressentiments der „Abwertung des Eigentums“ o.ä. allerdings auch ein Bedürfnis des bürgerlichen Individuums nach Identität und Sicherheit in Zeiten der Krise aus. Darüber hinaus verdeutlichen sie jedoch vor allem die Gefahr bürgerlicher Erklärungsmuster in der kapitalistischen Vergesellschaftung, die nach simpelsten Zusammenhängen suchen und so Wirkungen in ihrer

[1] Fragwürdig bleibt insgesamt die Extremismus-Theorie von Backes und Jesse, in welcher alles, was nicht mit einem unpolitischen Bürgertum identifizierbar ist, als Extremismus klassifiziert und somit Links und Rechts neben einem „Ausländerextremismus“ als zwei von drei Seiten derselben Medaille gleichgesetzt wird. Dabei wird eine „Mitte der Gesellschaft“ homogenisiert und gleichzeitig verschleiert, dass diese – ebenso wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche – von reaktiven und ideologischen Vorstellungen durchsetzt ist. Für weitere Informationen zur Extremismus-Theorie siehe: Antifaschistische Linke Berlin 2010

[2] Auf eine differenzierte und sachliche Religionskritik im Sinne der Ideologiekritik ist nicht zu verzichten.

Ursache verkennen. Durch das Angebot scheinbarer Lösungswege aus der als übermächtig wahrgenommenen Misère florieren reaktionäre wie rassistische Tendenzen, sozialdarwinistische Einstellungsmuster und antisemitische Weltbilder in allen Bereichen der Gesellschaft.

### Mit Terror gegen die eigene Not

Fast gebetsmühlenartig wurde im Konflikt um den Moscheebau vor allem der Vorwurf erhoben, die Bevölkerung werde nicht gehört, dürfe nicht entscheiden und säße ohne politische Partizipationsmöglichkeiten auf der Zuschauertribüne. Glücklicherweise stimmt dies teilweise auch. Aber eben nur teilweise. Das Prinzip der parlamentarischen Demokratie<sup>[4]</sup> basiert ja gerade auf der Ermächtigung einzelner Repräsentant\_innen breiter Bevölkerungsschichten, damit diese sich ungestört nerviger Kopfschmerzen im Betrieb verwerten können, um so fortlaufend Kapital zu akkumulieren. Direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten im politischen Sektor zu fordern, um Bedürfnissen entsprechend zu handeln, müsste dementsprechend fortschrittlich sein.

Theoretisch ist das auch der Fall, handelt es sich dabei um die Forderung, allgemein selbstbestimmt und frei von Zwängen denken und handeln zu können. Tatsächlich jedoch lässt sich feststellen, dass dieses hier erlebte Begehren nach selbstbestimmter Partizipation nichts anderes fordert als ein Wiedererstarken der eigenen Autorität zur Gewaltausübung und die Definition der Wirklichkeit. So soll die zunehmende Bedeutungslosigkeit und Leere des\_der Einzelnen, eine massenhafte sozialpsychologische Verunsicherung im „fortlaufenden Individuationsprozess“ (Fromm 1990), in der der\_die Einzelne zur bloßen Funktion gesellschaftlicher Verhältnisse verkommt, durch eine hierarchische Ordnung kompensiert werden, in der „jeder jemand anderen über sich hat, dem er sich unterordnen kann, und einen anderen unter sich, den er seine Macht fühlen lassen kann“. Das Verlangen immer größerer Teile der Gesellschaft, selbst „den Hammer in die Hand zu nehmen“, äußert sich jedoch nicht einmal annähernd so stark bei anderen lokal-politischen und gesellschaftlichen Themen wie dem Bau eines Supermarktes oder der Schließung bzw. Privatisierung öffentlichen Raums. Es besteht ausschließlich in Bezug auf die Bestimmung über Minoritäten wie politische oder migrantische Verbände oder eben Religionsgemeinschaften. Die Begierde nach „echter“ Demokratie und direkten Volksentscheiden,

wie sie sich mittlerweile nicht mehr allein die NPD wünscht, lässt sich somit momentan nur als reaktionäre Krisenbewältigung verstehen und besitzt keinerlei emanzipatorischen, fortschrittlichen Gehalt. Ganz im Gegenteil: Würde dem Bürgerwillen nachgegeben, sähe die Wirklichkeit noch viel düsterer aus als sie es eh schon ist. Will man aus dem Leipziger Konflikt lernen und sich zukünftig nicht mehr dem Vorwurf des Rassismus ausgesetzt sehen, muss man nach den Ursachen dieser Strategien und Ideologien fragen. Das setzt jedoch voraus, dass diese auch als rassistische, sexistische, sozialdarwinistische oder antisemitische erkannt werden und gegen ihre gesellschaftlichen Ursprünge vorgegangen wird, nicht nur von Teilen der radikalen Linken, sondern von allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus. ■

#### Quellen und weiterführende Literatur:

Adorno, Theodor W; Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt 1988

Antifaschistische Linke Berlin: Total Extrem. Die (neue) Funktion der Totalitarismus- und Extremismusideologien. Berlin 2010

Fromm, Erich: Die Furcht vor der Freiheit. München 1990

Fromm, Erich: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. München 1979 (*Zu ideologischen Erklärungsschemata, sozialpsychologischen Folgen und moralisch-ethischen Prinzipien in einer kapitalistischen Vergesellschaftung.*)

Heinrich, Michael: Wie das Marxsche »Kapital« lesen? Teil 1 und 2, Stuttgart 2009 und 2013

Heitmeyer, Wilhelm; Heyder, Aribert: Autoritäre Haltungen: rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände: Folge 1. Frankfurt am Main 2002

Marx, Karl: Das Kapital, Band I. In: MEW, Berlin 1962 (*Zur Kritik einer Ökonomie der „Produktion um der Produktion willen“ und der Gesellschaft.*)

Mokre, Monika (Hrsg): Imaginierte Kulturen – reale Kämpfe. Annotationen zu Huntingtons „Kampf der Kulturen“. Baden-Baden 2000

Postone, Moishe: Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx. Freiburg 2003

Schmitt, Thomas: Moscheen in Deutschland: Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Flensburg 2003

[3] Es scheint fast, als wiederhole sich derselbe Sachverhalt: eine Bürgerinitiative gründet sich mit dem Ziel, den Bau einer Moschee zu verhindern; sie bringt dieselben Argumente und Positionen hervor. Direkter und offener jedoch treten ideologische Forderungen und Abwertungen hervor. Der „Fall Lünen“ endete schließlich mit einem Kompromiss zwischen Bürgerinitiative, die letztendlich doch einen Teil ihrer Positionen zusetzen konnte, und muslimischer Gemeinde, die eine Moschee baute. Siehe für weiteres die Analyse von Schmitt (2003), der auch die nachfolgenden Zitate entnommen sind.

[4] An dieser Stelle kann wie bereits mehrfach ausgeführt keine inhaltliche Auseinandersetzung oder Wertung verschiedener politischer Konzepte erfolgen. Dennoch sollte kurz genannt sein, dass es nicht der Fall ist, dass die parlamentarische Demokratie einen Schlüssel zur individuellen Selbstverwirklichung beinhaltet. Ebenso wenig lässt sich momentan jedoch ein fortschrittliches Potential in den Forderungen nach direkter Demokratie erkennen, da diese nur in spezifischen Situationen und bei bestimmten Themen aufkommt. Handelte es sich bei dem Bau des Gebäudes um eine christliche Kirche, käme es vermutlich gar nicht zu einer solchen Auseinandersetzung, wie er bei dem Bau einer Moschee in Ostdeutschland stattfindet.



Mit Fackelmärschen gegen Asylsuchende zogen Leipzigs „besorgte Bürger\_innen“ 2014 durch Leipzig-Schönefeld.

# LEIPZIGS (NEUE) WUTBÜRGER

## Rassistische Mobilmachung gegen Asylunterkünfte

Von Steven Hummel<sup>[1]</sup>

**Die Stadt Leipzig muss zur Unterbringung von Geflüchteten in Leipzig neue Heime eröffnen, deren Standorte über die Stadt verteilt werden. Im vergangenen Jahr kam es dabei in vielen Stadtteilen zu offener rassistischer Hetze von Bürger\_innen. Ein Schwerpunkt der Proteste und antirassistischen Gegeninterventionen lag in Leipzig-Schönefeld.**

### Vorgeschichte

In Leipzig existierten bis vor einiger Zeit nur zwei Heime, in welchen alle zentral untergebrachten Asylsuchenden<sup>[2]</sup> wohnen mussten: in der Liliensteinstraße (Grünau) und in der Torgauer Straße (Heiterblick). Bereits 2009 gab es den Plan, das Heim in der Torgauer Straße durch eine Containerunterkunft in der Wodanstraße zu ersetzen. Grund hierfür war das Kaufinteresse des benachbarten Konzerns AMAZON. Dieses Vorhaben scheiterte unter anderem am vehementen Protest von Initiativen, Vereinen und den Betroffenen selbst. Daraufhin stellten die Stadtratsfraktionen der Parteien DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag, welcher die dezentralere Unterbringung von Asylsuchenden und Geduldeten vorsah. Nach zwei Jahren Bearbeitungszeit wurde ein Konzept vorgestellt, das vorsah, die marode Sammelunterkunft in der Torgauer Straße zu schließen und sieben kleinere Unterkünfte verteilt auf das gesamte Stadtgebiet zu errichten. Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) ließ sich im Bezug zur Torgauer Straße mit dem Worten „Die Unterkunft dort ist menschenunwürdig“<sup>[3]</sup> zitieren. An mehreren der geplanten Standorte machten seitdem Anwohner\_innen und Bürger\_innen gegen die Planungen mobil<sup>[4]</sup>, so zum Beispiel in Wahren<sup>[5]</sup>, Portitz<sup>[6]</sup> und Grünau<sup>[7]</sup>.

Im Jahr 2013 kam es bundesweit vermehrt zu rassistischen Mobilisierungen, vor allem gegen Asylsuchende, aber auch gegen Sinti und Roma und als Nicht-Deutsch wahrgenommene Menschen. Berlin-Hellers-

dorf, Schneeberg und Duisburg sind dabei die medial vermutlich am häufigsten aufgegriffenen Orte.<sup>[8]</sup> Parallel dazu stiegen physische Angriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte an.<sup>[9]</sup>

### Schönefeld – Eine Chronologie

In Leipzig wurde aufgrund der schlechten Planung der Stadt und der langsamen Umsetzung des beschlossenen Konzeptes von Dezember 2013 bis März 2014 eine sogenannte „Notunterkunft“ für 120 Asylsuchende in einem ehemaligen Gymnasium im Stadtteil Schönefeld eingerichtet. Diese Unterkunft war immer als zeitlich begrenzt und nie als Dauerlösung geplant und auch entsprechend kommuniziert worden. Dies hinderte jedoch Anwohner\_innen, lokale Bürger\_innen und Neonazis nicht daran, mit allen Mitteln gegen die Unterbringung mobil zu machen. Schon am 18. November 2013 veranstalteten Neonazis mit rund 150 Teilnehmenden eine Kundgebung gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in Schönefeld. Eine Gegenkundgebung der Initiative LEIPZIG NIMMT PLATZ war mit 300 Personen deutlich besser besucht. Vorläufiger Höhepunkt der rassistischen Hetze in Schönefeld war die städtische Infoveranstaltung am 25. November 2013. Diese fand in der Gedächtniskirche Schönefeld auf Einladung der Stadt statt. Anwesende Antirassist\_innen, die gekommen waren, um solidarische Positionen mit den Geflüchteten einzubringen, konnten der gemeinsamen Stimmungsmache von Bürger\_innen und Neonazis nur wenig entgegensetzen. Diese ließen den referierenden Sozialbürgermeister Thomas Fabian kaum zu Wort kommen und stimmten Sprechchöre wie „Lügner, Lügner!“ an.<sup>[10]</sup> Konstruktive Dialoge waren weder zwischen Bürger\_innen und anwesenden Antirassist\_innen noch zwischen Bürger\_innen und Sozialbürgermeister Fabian möglich.

Schon nach diesen ersten Ereignissen zeichnete sich ab, dass eine gezielte mittelfristige antirassistische In-

[1] Der Autor war aktiv im Bündnis „Refugees Welcome“ und ist derzeit Angestellter der OPFERBERATUNG DES RAA SACHSEN E.V.  
Kontakt: steven.hummel@raa-sachsen.de

[2] In Leipzig waren zu diesem Zeitpunkt ca. die Hälfte aller Asylsuchenden dezentral, sprich in eigenen Wohnungen untergebracht.

[3] Robert Berlin (03.07.2012): 114 Plätze weniger als im ersten Entwurf - Stadt sucht weiteren Standort, in: LVZ Online

[4] Vgl. letzte Ausgabe der LEIPZIGER ZUSTÄNDE vom Dezember 2012. Hier insbesondere die Artikel „Geschlossene Gesellschaft. Die Leipziger Asyldebatte“ sowie „Leipzigs lokale Kämpfe zwischen Rassifizierung und (De-)Klassifizierung. Zur Auseinandersetzung um die dezentrale Asylunterbringung in Leipzig“.



Ethnopluralistisch, völkisch-nationalistisch, rassistisch: Die Jungen Nationaldemokraten (JN) bei einem Aufmarsch in Leipzig-Schönefeld.

tervention in Schönefeld nötig sein würde. Aus diesem Grund wurde von diversen linksradikalen und zivilgesellschaftlichen Gruppen das Bündnis „Refugees Welcome“<sup>[11]</sup> gegründet. Erste Aktivitäten waren die Organisation von drei Willkommensmahnwachen im Dezember 2013. Ziel war einerseits das „Willkommen-Heißen“ der ankommenden Geflüchteten und andererseits, einen humanistischen Standpunkt im Stadtteil sichtbar zu machen. Während der Mahnwachen ergaben sich viele Gespräche mit Anwohner\_innen, die der neuen Unterkunft und ihren Bewohner\_innen gegenüber erstaunlich aufgeschlossen waren. Es zeigte sich, dass die Mahnwachen ein gutes Mittel waren, um andere Positionen im Stadtviertel überhaupt sichtbar zu machen und infolgedessen zu stärken. Die Bewohner\_innen der Unterkunft gaben ebenfalls positives Feedback und unterstützten die Aktion.

Vor Ort wirkte unterdessen die WILKKOMMENSINITIATIVE SCHÖNEFELD bestehend aus den beiden christlichen Kirchen, lokalen Politiker\_innen, engagierten Bürger\_innen und der Pressesprecher\_in von „European Homecare“<sup>[12]</sup>, der Betreiberfirma der Unterkunft. Die WILKKOMMENSINITIATIVE SCHÖNEFELD sammelte Spenden und wirkte als Multiplikator in das Stadtviertel hinein. Ihr Handeln war dabei aber oftmals von Naivität und wenig Erfahrung geprägt. Auch eigene Rassismen spiegelten sich in der Arbeit dieses lokalen zivilgesellschaftlichen Bündnisses wieder: So erklärte eine lokale Politikerin der Partei DIE LINKE, dass Spenden aufgrund des nicht ausgeprägten Demokratiebewusstseins den Geflüchteten nicht direkt überreicht werden könnten. Sie würden lediglich egoistisch Dinge kaufen, anstatt Anschaffungen zu tätigen, die allen Geflüchteten zu Gute kommen würden.

Am 7. Dezember 2013 organisierten Neonazis erneut eine Demonstration, die von starken Protesten begleitet wurde. Die Route der rund 100 Neonazis sollte ursprünglich direkt an der Unterkunft vorbeiführen und wurde schon durch die Ordnungsbehörden verkürzt. Eine Sitzblockade zur weiteren Verkürzung der Route wurde in gewohnter sächsischer Manier durch die Polizei geräumt.<sup>[13]</sup>

Allgemein lässt sich feststellen, dass Neonazis<sup>[14]</sup> zu dieser Zeit sehr aktiv im Stadtviertel waren. Neben klassischen Aktionsformen wie Demonstrationen, Kundgebungen und Infoständen wurde weiterhin auf Hetze im Internet sowie die Organisation einer „Elterninitiative“ gesetzt. Diese sammelte Unterschriften gegen einen im Rahmen des Ethikunterrichts durchgeführten Besuch der Unterkunft. Zur Begründung wurde eine Gefahr durch ansteckende Krankheiten herbei halluziniert.

Die Argumente von Neonazis und Bürger\_innen ähnelten sich in Schönefeld sehr. So wurde immer wieder die angeblich fehlende Mitbestimmung sowie die mangelhafte Informationspolitik der Stadt kritisiert. Dass die Einrichtung einer Asylsuchendenunterkunft aber lediglich ein Verwaltungsakt ist, bei welchem die Bürger\_innen – wie auch beim Bau von Kaufhäusern, Schulen, Kindergärten und Freizeiteinrichtungen – nicht unmittelbar eingebunden sind, verstanden und akzeptierten sie nicht. Bezeichnend ist weiterhin, dass bei keinem anderen Thema Bürger\_innen so interessiert sind und auf ihre Mitbestimmung pochen wie bei der Unterbringung von Asylsuchenden. Hier werden rassistisches Wissen und rassistische Einstellungen

[5] Am 20. Mai 2012 sammelten sich ca. 120 Anwohner\_innen in Leipzig-Wahren vor der zukünftigen Unterkunft. Ihr Anliegen: „keine Gemeinschaftsunterkünfte in Wohngebieten“. Es wurden Befürchtungen wie die Störung des „sozialen Friedens“, die „Minderung der Lebensqualität“, „Entwertung“ der Grundstücke, „Zunahme der Kriminalität, der Drogenkriminalität, der Beschaffungskriminalität“ geäußert. Die Asylsuchenden sollen „nicht unbedingt hier hin, weil hier ist ja ein Wohngebiet, das passt nicht hier her“. Vgl. MDR – Hier ab vier, Mai 2012.

[6] Ein Anwohner aus Portitz wird mit dem Satz zitiert: „Die Umsiedlung wird jene Probleme schaffen, wie sie im Umfeld von Asylbewerberheimen auftreten – wie beispielsweise Kriminalität, auch auch Lärm, Vermüllung, Drogen und anderes“. Aus: Puppe, Matthias/ter Vehn, Evelyn (23.05.2012): Bürger-Protest gegen neue Flüchtlingsheime in: LVZ Online

[7] Juliane Nagel, Stadträtin der Partei DIE LINKE fasst die Diskussion folgendermaßen zusammen: „In immer stärkerem Maße mischt sich die Kritik an der mangelnden Einbeziehung von AnwohnerInnen mit rassistischen Stereotypen. So werden Asylsuchende per se mit Kriminalität, Drogenproblemen und der Gefährdung des Wohls von Kindern in Verbindung gebracht. In den Sitzungen der benannten Stadtbezirksbeiräte wurden zudem die VertreterInnen der Stadtverwaltung, die das Konzept vorstellten, sowie BürgerInnen, die für das Konzept und gegen die Stigmatisierung der Flüchtlinge eintraten, beschimpft und immer wieder unterbrochen.“ Aus: Nagel, Juliane (11.06.2012): Verstärkte Aggressivität und rassistische Stereotype in den Protesten gegen Asylunterkünfte.

[8] Einen unvollständigen Überblick zu rassistischen Mobilisierungen bietet die Website [www.dok-maar.de](http://www.dok-maar.de)

[9] Vgl. RAA Sachsen (25.02.2014): Deutlicher Anstieg rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt. 223 Angriffe im Jahr 2013 in Sachsen.

[10] Videomitschnitt von Leipzig-TV dokumentiert auf <http://youtu.be/pZ6E-Umy4LI>

[11] Homepage: [refugeeswelcome.blogspot.eu](http://refugeeswelcome.blogspot.eu)

deutlich sichtbar. Auch bei der Rede von der Gefahr für die benachbarte Schule zeigen sich in der Verknüpfung von „asylsuchend“ und „zwangsläufig kriminell“ deutlich rassistische Denkweisen.

Am 18. Dezember 2013, nachdem die letzte Willkommensmahnwache aufgrund geringer Beteiligung schon eher endete, organisierten Neonazis unmittelbar vor dem Eingang eine Fackelkundgebung. Dass diese eine unmittelbare Bedrohung für die Bewohner\_innen der Unterkunft darstellten, störte die Polizei nicht wirklich. Um die Stimmung im Stadtviertel langfristig zu beeinflussen, organisierte der INITIATIVKREIS: MENSCHEN. WÜRDIG, welcher aus der Debatte 2012 hervorgegangen war, von Januar bis April 2014 eine Veranstaltungsreihe in Schönefeld. Diese trug den Titel „Auf gute Nachbarschaft“<sup>[15]</sup> und sollte sowohl über Themen wie Migration, Flucht, Asyl und Rassismus aufklären und Wissen vermitteln, als auch Empathie mit den Geflüchteten schaffen. Teil der Veranstaltungsreihe waren eine Diskussion mit Geflüchteten aus der Unterkunft, ein antirassistisches Argumentationstraining und das Theaterstück „Asylmonologe“. Die Veranstaltungen wurden – gemessen an der Besucher\_innenzahl – gut angenommen. Inwieweit diese das Stadtklima nachhaltig beeinflusst haben, bleibt selbstverständlich abzuwarten.

### Bestehende und geplante Unterkünfte in Leipzig (Stand Oktober 2014)

Ort	Kapazität	Aktueller Stand
Liliensteinstraße 15a	250	bestehend, kommunale Erstunterbringungseinrichtung
Torgauer Straße 290	390	bestehend, kommunale Erstunterbringungseinrichtung
Riebeckstraße 63	115	bestehend, kommunale Erstunterbringungseinrichtung
Eythstraße 17	28	bestehend, mit besonderem Betreuungskonzept
Georg-Schwarz-Straße 31	35	bestehend
Pittlerstraße 5/7	36	bestehend
Zschortauer Straße 44-46	200	voraussichtlich ab November 2014, Notunterkunft für drei Jahre
Rieser Straße 100	60 bzw. 200	voraussichtlich ab November 2014
Blücherstraße 47/47a	40	ab 2015
Stöckelstraße 62	60	ab 2015

Zur vorerst letzten Aktion von Neonazis kam es am 3. Februar 2014. Hier rief das Bündnis LEIPZIG STEHT AUF zu einer Kundgebung gegen die Asylsuchendenunterkunft auf. Schnell wurde klar, dass hinter der bürgerlichen Fassade die NPD steckt, da die drei Themen des neuen Bündnisses exakt die gleichen wie die des NPD-Stadtratswahlkampfes waren. Die neonazistische Kundgebung war mit 80 Personen deutlich schlechter besucht, als die Gegenkundgebung mit 800 Teilnehmenden. Im Zuge einer versuchten Kreuzungsbesetzung kam es zum Einsatz von Chemikalien auf Gegendemonstrierende durch die Polizei. Nach dieser Kundgebung organisierten Neonazis und NPD nur noch Kleinstaktionen wie zum Beispiel Infostände während des Wahlkampfes vor Ort.

### Bewertung und Einschätzung der antirassistischen Interventionen

Zusammenfassend lässt sich für die mittelfristige Intervention in Leipzig-Schönefeld feststellen, dass es sowohl positive als auch negative Aspekte gab, wobei die positiven überwiegen. So ist es erfolgreich gelungen, den Protest als rassistisch zu diskreditieren und die Neonazis mit ihren Aktionen ins Abseits zu stellen. Während der Informationsveranstaltung in der Gedächtniskirche pöbelten Neonazis und Anwohner\_innen noch gemeinsam. Bei ihrer letzten Kundgebung standen sie alleine da. Aufgrund einer breit angelegten Pressearbeit und einem wahrnehmbaren Interesse am Thema ist es gelungen, die Deutungshoheit über die Situation vor Ort zu erreichen. Das Bündnis konnte seine Positionen mehrfach in der Presse unterbringen und somit auch einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machen. Neonazis und NPD nutzen die Situation vor Ort als vorgezogenen Wahlkampf. Dieser konnte in weiten Teilen erfolgreich isoliert werden.

Positiv wirkte sich eine punktuelle Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Zivilgesellschaft, vor allem der Kirche vor Ort, aus. Durch diese Zu-



Demonstration gegen die rassistische Mobilmachung in Leipzig und für die Rechte von Asylsuchenden.

sammenarbeit konnte der Informationsfluss deutlich verbessert werden. In Zusammenarbeit und Anknüpfung an REFUGEEES WELCOME gründeten sich viele kleine Unterstützungsgruppen, welche mit den Geflüchteten zusammen verschiedenste Dinge wie beispielsweise Rechtsberatung, Kochen, Kinderspielen und Ausflüge organisierten.

Negativ war die fehlende Einbeziehung von Geflüchteten in die politische Arbeit. Dies gelang nur sehr sporadisch, unter anderem im Rahmen der Veranstaltungsreihe. Geflüchtete wurden während der Arbeit im Bündnis oftmals nicht als subjektive Partner\_innen sondern vielmehr als objektive und schützenswerte Masse betrachtet. Gespräche mit Geflüchteten aus der Unterkunft fanden zwar statt, allerdings beteiligten sich hieran nur wenigen Personen aus dem Bündnis.

### Ausblick

Dass die Intervention in Schönefeld nicht abgeschlossen sein kann, dürfte spätestens mit der Bekanntmachung einer dauerhaften Unterkunft in der Stöckelstraße<sup>[16]</sup> klar geworden sein. Auch auf gesamt Leipzig geschaut wird sich in der nächsten Zeit einiges tun. Die Stadt hat das ursprüngliche Konzept noch einmal stark verändert, so dass von der Schließung der „menschunwürdigen“ Unterkunft in der Torgauer Straße

keine Rede mehr ist. Vielmehr soll die Unterkunft saniert und ausgebaut werden. Neben der Torgauer Straße (Heiterblick) sollen die Objekte in der Liliensteinstraße (Grünau) und der Riebeckstraße (Reudnitz) als kommunale Erstunterbringungseinrichtungen fungieren. Von diesen aus werden die Menschen in die kleineren Unterkünfte oder in Wohnungen untergebracht. In der Zschortauer Straße (Eutritzsch) und Riesauer Straße (Paunsdorf) werden zeitlich auf drei Jahre begrenzte „Notunterkünfte“ eingerichtet. Weiterhin wird in Leipzig eine Erstaufnahmeeinrichtung<sup>[17]</sup> des Freistaates Sachsen eröffnet werden.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Artikels machen Bürger\_innen aus Wiederitzsch gegen eine mögliche Unterbringung von Asylsuchenden in ihrer Nachbarschaft mobil. Wie sich die Situation hier entwickeln wird, ist noch offen. Aber möglicherweise bedarf es auch hier einer Intervention. Grundlegend gilt es, allen rassistischen Mobilisierungen entschlossen entgegenzutreten, egal ob sie von Neonazis oder „besorgten Bürger\_innen“ getragen werden und Asylsuchende bei ihrer Ankunft in Leipzig solidarisch zu unterstützen. ■

[12] EUROPEAN HOMECARE wurde medial durch die Miss-handlung von Geflüchteten in einer Unterkunft in NRW bekannt.

[13] REFUGEEES WELCOME (07.12.2013): Pressemitteilung zum NPD-Aufmarsch am 07.12. in Leipzig-Schönefeld.

[14] Darunter der vorbestrafte Gewalttäter und NPD-Stadtrat Enrico Böhm sowie Maik Scheffler, damaliger stellvertretender Landesvorsitzender der NPD.

[15] Vgl. [www.menschenwuerdig.org/index.php/chronik/va-reihe-auf-gute-nachbarschaft-schoenefeld](http://www.menschenwuerdig.org/index.php/chronik/va-reihe-auf-gute-nachbarschaft-schoenefeld).

[16] Die neue Unterkunft befindet sich eine Straßenbahnstation südlich der alten „Notunterkunft“.

[17] Nach dem Königsteiner Schlüssel werden Asylsuchende auf die Bundesländer verteilt und dort zunächst in Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht. In Sachsen befindet sich diese in Chemnitz, eine Außenstelle in Schneeberg. Aufgrund der Überfüllung wurde die Eröffnung zweier weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen in Dresden und Leipzig beschlossen.

# „DANN WIRD LEIPZIG ZUM GEFÄNGNIS FÜR MICH“

## Asylsuchend in Leipzig. Ein Interview mit Amal aus Tunesien

\*Name geändert

Zurzeit kommen aufgrund verschärfter Krisen in der Welt viele Menschen auf der Flucht nach Europa – und damit auch nach Leipzig. Über die schwierige Lage, mit der sie sich hier im „weltoffenen Leipzig“ arrangieren müssen, hat *chronik.LE* mit Amal\* aus Tunesien gesprochen.

**Hallo, erzähl doch bitte erst mal was zu dir!**

Ich heiße Amal und komme aus Tunesien. Ich war zuerst als Flüchtling in Ungarn. Dort habe ich meine erste Tochter geboren. Von Ungarn bin ich weiter nach Deutschland gegangen und war dann erst mal in Berlin. Offiziell bin ich zwar in Ungarn Flüchtling, aber als ich dann in Berlin war, wollte ich arbeiten oder irgendwas machen – allerdings gab es keine Lösung für mich. Ich hatte zwar eine kleine Tochter, aber sonst nichts, als ich in Berlin war – kein Geld, keine Wohnung und deswegen habe ich dann auch in Deutschland Asyl beantragt. Dann bin ich direkt nach Chemnitz gekommen und habe dreieinhalb Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung gewohnt. Anschließend bin ich nach Leipzig gegangen beziehungsweise verlegt worden. Und jetzt wohne ich in Leipzig. Aber eigentlich ist es noch genau so, wie es in Chemnitz war: wir dürfen uns aufgrund der Residenzpflicht nicht bewegen. Meine Tochter ist drei Jahre alt und seit kurzem in psychologischer Behandlung. Der Arzt hat allerdings gesagt, ich habe eigentlich das psychische Problem. Und all das kommt von der Situation, in der wir hier in Leipzig leben müssen. Die macht einen psychisch krank.

**Wie war die Ankunft und der Empfang in Leipzig für dich?**

Ich hatte Glück, ich bin im besten Heim Leipzigs gelandet – in der Riebeckstraße. Aber dennoch, Heim ist gleich Heim: viele Menschen auf einem Fleck, am Anfang gab es nicht mal einen Fernseher oder überhaupt irgendwas zu tun. Außerdem hatte ich die ganze Zeit Angst um mein Kind, weil es auch viele Krankheiten in dem Heim gab. Deswegen wollte ich eigentlich nur dort raus.

**Gab es in dem Heim Leute die euch unterstützt haben? Wie sah es mit Sozialarbeiter\_innen aus?**

Der Chef vom Sozialdienst war total nett. Er hat gesagt, er ist gegen Nazis und dass er „die Ausländer liebt“. Direkt nachdem ich aus dem Heim ausgezogen bin, kam ein neuer Chef, und die Bewohner\_innen sagen über ihn, dass er immer schlecht drauf ist und den Leuten nicht helfen will.

**Du bist jetzt nicht mehr in einem Heim untergebracht. Es ist jetzt besser jetzt alleine zu wohnen und mehr Freiheiten zu haben?**

Ja, wir wollen in Freiheit leben wie alle anderen Leute, die auch hier in Deutschland leben und überall hingehen zu dürfen. Ich muss ganz ehrlich sagen, die ungarische Aufenthaltsgestattung ist eigentlich schlecht, aber wenigstens das gibt es dort: Wenn man ankommt, bekommt man erst mal drei Monate Aufenthalt und darf sich im ganzen Land bewegen und überall hinfahren.

Wenn ich durch die Straßen gehe und Nazis und Rassistinnen hinter meinen Rücken höre, die sagen: „Jaja, die Leute, die kommen nur wegen dem Geld her“, dann denke ich mir, ich komme doch nicht wegen dem Geld, sondern auch wegen der Freiheit. Ich komme doch nicht nach Deutschland, nur um Sozialleistungen zu bekommen und dann esse, trinke und schlafe ich und das war mein Leben oder was?

**Wie oft erlebst du, dass Leute auf der Straße schlecht über dich reden oder dich anpöbeln?**

Das erlebe ich ganz oft, zum Beispiel auch, wenn ich mit meiner Tochter irgendwo unterwegs bin. Du kennst das ja sicher, wenn Kinder sich sehen, dann grinsen sie sich an und fangen an zu spielen und eigentlich fast immer kommt dann die Mutter vom anderen Kind und reißt die beiden Kinder auseinander und bringt es weg.

**Was empfindest du in solchen Situationen? Was ist deine Strategie, damit umzugehen?**

Ehrlich gesagt halte ich einfach meinen Mund. Ich bin in einem Land, das nicht mein Land ist. Ich denke, dann bin ich lieber leise und geh weg, weil ich am Ende, selbst wenn ich jetzt etwas sagen würde, nie gewinnen kann. Ich habe hier einfach nicht die gleichen Rechte und wenn ich aufbegehre, dann wird das eh wieder gegen mich ausgelegt und gesagt, ich bin eine Ausländerin, die Probleme macht.

**Gab es auch Menschen, die dich unterstützt haben und Partei für dich ergriffen haben?**

Normalerweise ist es ja jetzt auch nicht so ein riesen-großes Problem. In manchen Situationen merken die Leute schon, dass das, was hier gerade passiert, irgendwie nicht normal ist, und schauen mich dann an und bauen Blickkontakt auf. Aber meistens sagen und machen sie nichts.

***Nimmt deine Tochter das auch schon wahr? Wenn ja, was denkt sie dazu?***

Letztens war ich mit meiner Tochter in der Straßebahn und sie hat vor sich hingebabbelt, so wie kleine Kinder das halt machen. Dann hat eine Frau so richtig laut gerufen, dass sie leise sein soll. Ich habe dann auf Deutsch gesagt „Das ist ein kleines Kind!“ Die Frau hat aber weiterhin geschimpft, dass sie aufhören soll, und dann habe ich bei meiner Tochter gesehen, wie sie ganz klein geworden ist und dann nichts mehr gesagt hat. Und so was, also dass sie Angst bekommt, sehe ich öfters bei meiner Tochter.

***Was sind deine Erfahrungen mit Behörden?***

Zum Beispiel wenn ich zur Ausländerbehörde gehen und meinen Ausweis erneuern muss: Der für mich zuständige Sachbearbeiter, der ist leider ziemlich doof. Normalerweise erwarte ich ja, wenn ich zu ihm komme, dass er dann erstmal „Hallo“ oder „Guten Tag“ sagt. Bei ihm kommt man rein, er reißt einem den Ausweis aus der Hand und sagt „Setzen!“ Und das geht nicht nur mir so, sondern das geht den allermeisten auf der Ausländerbehörde so.

Die Polizei oder die Beamten im Bahnhof helfen mir meistens, wenn ich nett frage. Einmal allerdings war ich mit einer Freundin im Bahnhof, da auf der Etage wo auch die Züge fahren. Meine Freundin hat alleine vor einem Fastfood-Restaurant gewartet und dann sind zwei Nazis gekommen – an dem Tag war irgendwo hier in Leipzig eine Nazidemo – und haben meine Freundin, die im Gegensatz zu mir ein Kopftuch trägt, richtig doof angemacht und uns dann auch körperlich angegriffen. Bei den zwei Polizisten, die dann da waren, hat man richtig den Unterschied gemerkt: der eine hat Fotos mit seiner Kamera gemacht und wollte eingreifen, der andere war auf der Seite der Nazis. Deswegen kann ich zur Polizei nur sagen, dass da einfach unterschiedliche Leute sind.

***Gibt es eine Chance, dass dein Asylantrag angenommen wird? Wie ist deine Perspektive bezüglich des Aufenthaltes?***

Also das Problem ist, meine Abschiebung steht gerade direkt bevor. Ich habe noch ein bisschen Hoffnung, weil ich den Behörden mitgeteilt habe, dass ich schwanger bin, und es kann gut sein, dass ich bis acht Wochen nach der Geburt jetzt erst mal sicher bin. Allerdings ist das halt leider gerade noch nicht klar und deshalb verstecke ich mich.

***Wie hat es sich für dich angefühlt, als du den Abschiebebescheid bekommen hast?***

Als ich die Ablehnung aus Chemnitz bekommen habe, habe ich angefangen zu überlegen, was ich jetzt machen könnte, zum Beispiel ob ich gehe und wiederkomme. Wenn ich nach Ungarn abgeschoben werde, dann werde ich verrückt. Ehrlich gesagt möchte ich gerade gar nicht drüber nachdenken wie das Leben in Ungarn ist, weil der Unterschied zu einem deutschen Heim nochmal echt krass ist. Wir waren dort eingesperrt mit ganz vielen Leuten, die alle gar nicht gepflegt sind. Es gibt auch viele Drogenabhängige. An den Wänden waren überall Kakerlaken. An einem Abend haben wir geschlafen und sind aufgewacht und überall auf unseren Klamotten waren diese Viecher. Dann haben wir die Klamotten ausgezogen, weggeschmissen und sind nachts von dort weggegangen. Das war mitten im Winter und dann war es auch dunkel, aber es war besser in der Nacht noch einen anderen Ort zum Bleiben zu suchen als dort zu bleiben.

***Wo und wie siehst du deine Zukunft, möchtest du in Leipzig bleiben oder willst du woanders leben?***

Am liebsten würde ich einen Aufenthaltstitel bekommen und einfach nur weg von Leipzig und weg aus Sachsen. Wenn ich alleine gekommen wäre, dann könnte ich ja überall wohnen, aber ich möchte, dass meine Tochter eine gute Bildung bekommt. Ich glaube meine Tochter hat hier eine bessere Zukunft und sollte deswegen hier zur Schule gehen. Für meine Tochter und das kommende Kind, denke ich, wäre es besser in Deutschland zu bleiben. Außerdem muss ich sagen, dass ich in Deutschland immer noch mehr Rechte habe als in Tunesien.

***Gibt es noch etwas, was dir wichtig ist?***

Ich überlege in letzter Zeit häufig, wie es sein wird, wenn meine Anwältin es schafft, dass ich hier bleiben kann und nicht abgeschoben werde. Wenn ich mir vorstelle, dass wir zwanzig Jahre oder mehr mit einer Duldung hier in Leipzig wohnen und nicht weg können, dann wird Leipzig zum großen Gefängnis für mich. Und eigentlich wollen wir normal leben, wie die Deutschen hier auch leben, denn eigentlich sind wir alle Menschen und nicht die Deutschen sind Menschen und wir sind Tiere oder so. ■

# „DIE LEUTE WOLLEN UNSERE PROBLEME NICHT SEHEN“

## Asylsuchend im Landkreis Leipzig. Ein Interview mit Machmud aus Tunesien

chronik.LE sprach\* mit Machmud\*\*, der aus Tunesien nach Deutschland geflohen ist. Seit er vor zwei Jahren als Asylbewerber im Landkreis Leipzig untergebracht wurde, versucht er, sich hier zu integrieren. Doch von den Behörden und der hiesigen Bevölkerung erfährt er kaum Unterstützung.

### **Hallo, erzähl doch zuerst mal was über dich.**

Ich heiße Machmud, bin 26 Jahre alt und komme aus Tunesien. Ich bin seit zwei Jahren in Deutschland und lebe zurzeit als Asylsuchender im Landkreis Leipzig.

### **Wie ist das Leben für dich?**

Also leider gibt es nicht viele positive Sachen in Sachsen. Ich habe auch schon woanders in Deutschland gelebt, da habe ich niemals Probleme gehabt. Aber hier ist es sehr schwierig, sich zu integrieren. Die Leute sind zu mir immer sehr distanziert. Sie setzen sich nicht mal im Bus oder der Straßenbahn neben mich. Die wollen überhaupt keinen Kontakt haben. Es scheint so, als ob sich seit 70 oder 80 Jahren nicht wirklich viel geändert hat. Die Leute erzählen immer, in Deutschland ist alles in Ordnung, hier herrscht Demokratie, alles läuft gut und wir haben keine Nazis mehr. Leider ist das nicht so! Wenn du den Leuten erzählst, hier gibt es viele Nazis, dann sagen sie „Nee, Nazis gibt's hier nicht mehr!“ Deutsche merken das sicher nicht so stark, aber als Ausländer ist das anders. Asylsuchende oder Schwarze Personen sind in Sachsen lebendig begraben. Man bekommt Depressionen, man fühlt sich alleine. Es gibt nur ein paar wenige Leute, die einen unterstützen.

### **Wie ist denn deine Erfahrung mit der Polizei oder der Ausländerbehörde?**

Die Ausländerbehörde ist das schlimmste. Ich fühle mich dort nicht als Mensch behandelt. Ich glaube, dass die ihre Hunde besser behandeln als uns. Wenn du zum Beispiel einen Krankenschein holen oder einen Antrag stellen willst, kommt immer die gleiche Reaktion: Anstatt „Hallo“ oder „Guten Tag“ zu sagen, sind die Mitarbeiter sehr unfreundlich und schmeißen dir deine Sachen regelrecht hin. Wenn die merken, dass du Deutsch kannst, halten sie sich ein bisschen zurück. Aber wenn die merken, dass du gar kein Deutsch kannst, dann reden sie neben dir schlecht über dich und verarschen dich.

Ich bin jetzt seit zwei Jahren im Landkreis Leipzig. Die Leute wollen immer, dass die Ausländer sich integrieren. Aber wenn sie sich integrieren sollen, dann muss ihnen auch die Möglichkeit dazu gegeben werden. Stattdessen werden wir eingesperrt: Du bekommst Gutscheine\*\*\* für Essen und für Kleidung, oder du wohnst in einem Dorf wo viele Nazis sind.

### **Gibt es auch Leute, die dich unterstützen?**

Ja, die gibt es. Kleine Organisationen, die versuchen das alles zu ändern. Aber das wird leider nichts helfen, solange die große Politik sich nicht ändert. Hoffen wir, dass dies irgendwann noch geschieht. Aber im Großen und Ganzen ist meine Erfahrung in Sachsen eine der schlechtesten, die ich in meinem Leben gemacht habe. Ich kenne Leute, die sind schon zehn oder fünfzehn Jahre hier und bekommen immer wieder nur eine Duldung. Die machen immer nur dasselbe im Leben – essen und schlafen, essen und schlafen – das ist nicht normal. Und das schlimmste ist: außer wenigen Ausnahmen kommt niemand zu dir und fragt dich „Wie fühlst du dich hier als Asylbewerber? Wie wirst du behandelt? Geht es dir gut?“ Niemand interessiert sich dafür, es ist schrecklich.

### **Du erwähnstest, dass du Gutscheine für Essen und Kleidung bekommst. Wie ist das für dich?**

Das mit den Gutscheinen ist auch eine schlimme Sache. Diese Gutscheine sind eine Grundlage zur Unterscheidung von Menschen. So siehst du wer Asylbewerber ist. Diese werden dadurch als „anders“ stigmatisiert. Wenn du diese Gutscheine bekommst, dann fühlst du dich nicht als vollwertiger Mensch. Warum bekomme ich nur dieses Papier, wenn es sonst nirgendwo sowas gibt? Und wenn du deinen Einkauf machst und die Kassiererin sieht, dass du mit einem Gutschein bezahlst, dann behandeln sie dich gleich schlechter. Sie sagt nicht mal „Hallo“ oder „Tschüss“. Die Menschen in der Schlange hinter dir schauen dich so an, als ob du ein Monster oder so wärst. Warum bekomme ich Gutscheine und kein Geld wie alle anderen? Warum kann ich kein Konto bei der Sparkasse oder einer anderen Bank eröffnen? Warum darf ich nicht zum Schwimmen gehen? Warum darf ich nicht ins Fitnessstudio gehen? Man wird eingesperrt bis man etwas Verrücktes macht.

### **Wie sind deine Erfahrungen mit Neonazis?**

Letzten Samstag war ich bei einem Freund in Anger-Crottendorf. Da waren circa zehn Nazis, die drei Chinesen die ganze Zeit beleidigt und bedroht haben. Ein Problem sind auch die Deutschen, die das zwar sehen, aber nichts machen. Es gibt niemanden, der eingreift oder sowas sagt wie: „Das macht man nicht, wir sind im Jahr 2014 und wir sind doch alles Menschen, oder?“ Später im Bahnhof hab ich eine Gruppe Nazis gesehen, die dort laut rumgebrüllt hat. Weit und breit hab ich keine Polizei gesehen. Wenn ich daran denke, was passieren würde, wenn ich als Ausländer im Bahnhof rumschreien würde ... Die Leute hier erzählen immer „Alles schön, alles gut“, und dann frage ich mich, sehen sie das nicht? Nein, das sehen sie nicht und wollen das auch nicht sehen!

### **Was wünschst du dir von den Leuten?**

Ich hoffe, dass die Gesellschaft etwas gegen Nazis macht, denn sonst wird es immer so weiter gehen. Ich wünsche mir von Eltern, dass sie ihren Kindern eine gewisse Offenheit zeigen, so dass ein Kontakt zwischen Deutschen und Ausländern entstehen kann. Oft bringen ja Eltern ihre Kinder nicht in einen Kindergarten oder eine Schule, wo auch ausländische Kinder sind. Aber warum? Wir sind doch alles Menschen. Hoffen wir, dass sich hier etwas ändert. Aber momentan sieht das sehr schwierig aus – leider.

### **Was ist deine persönliche Perspektive?**

Ich habe einen Antrag für eine Ausbildung gestellt, ich wollte studieren und mich hier integrieren. Aber egal was ich beantrage und an-gehe, die finden immer einen Variante dir den Weg zu verbauen. Ich würde gerne deutsche Freunde haben und Fußball spielen –wie ein normaler Mensch leben. Hier in Sachsen bekommst du dafür aber keine Chance. Darum möchte ich gerne weg von hier. Das ist die einzige Möglichkeit, die ich gerade sehe. Ich versuche mich nach dem Gesetz zu richten, so zu leben wie ein Deutscher. Ich versuche mich zu integrieren. Ich geh zur Schule, möchte einen Beruf lernen und meine Steuern bezahlen, möchte mein Geld selber verdienen – wie jeder normale Mensch. Aber hier bekommst du das nicht, egal was du machst. Ich habe mein bestes gegeben, aber ich finde keine andere Möglichkeit als von hier abzuhaufen. Hier etwas zu ändern, dass wird sehr sehr lange dauern. ■

\* Das Interview wurde auf Arabisch geführt. \*\*Name geändert.

\*\*\* Zum Gutscheinsystem siehe Seite 21.

Am 20. Oktober 2014 fand im Festsaal des Neuen Rathauses erstmals eine Veranstaltung mit dem Titel „Leipziger Rede“ statt. Dabei berichteten verschiedene Menschen über ihre Erfahrungen mit Rassismus in Leipzig. Auch Ali H. ergriff das Wort. Er wurde in Leipzig geboren und hat lange an der Universität gearbeitet. Unter [www.trollbar.de](http://www.trollbar.de) schreibt er seit mehreren Jahren über Rassismus. In seiner hier in gekürzter Fassung abgedruckten Rede erklärt er, warum er Leipzig inzwischen verlassen hat.

## EINE UNVERSÖHNLICHE REDE

### Alltagsrassismus in Leipzig

Neulich hab ich gelesen, dass in Berlin der Zeitgeist auf gepackten Koffern sitze, um nach Leipzig zu ziehen. Zuerst hab' ich gelacht. Dann hab' ich gemerkt: „Moment mal, die meinen das ja Ernst!“

Zeitgeist. Passt der überhaupt zu so einer Stadt wie Leipzig? Ich stell' mir das so vor: Da kommt dieses Kerlchen hier in Leipzig an, Jutebeutel umgehängt, 'n bisschen indornäschnäl Flair drin und vielleicht auch noch – oh Schreck – Migrationshintergrund. Das erste, was dem passiert, wenn der am Hauptbahnhof ankommt, wird doch sein, dass er von Nazis/Rassisten dumm angemacht wird, deshalb zu nahestehenden Polizisten geht, Hilfe erbittet und dann hört: „Ausweis!“ Den Ausweis wollen die natürlich von ihm – nicht von den Nazis/Rassisten.

Wahrscheinlich denken jetzt einige unter Ihnen, was Privilegierte halt so denken, wenn sie etwas über Rassismus erfahren: „DAS kann nicht sein!“ Da möchte ich entgegnen: Doch, genau so was passiert. Nicht dem Zeitgeist. Der sitzt ja wohl noch in Berlin. Aber z.B. dem afrikanischen Studenten, der eines Abends am Hauptbahnhof ankommt, um hier sein Studium zu beginnen.

Vielleicht wehren Sie sich innerlich noch weiter und denken die für Leipzig typischen Sätze wie: „Wir sind doch die Heldenstadt, WIR sind weltoffen!!!“

Nun, ich kann Ihnen versichern: Das ist nicht der Fall. Wäre die Stadt so weltoffen, wie sie sich gern darstellt, dann würden schwarze und andere nichtweiße Leipziger\_innen und Wahlleipziger\_innen, nicht das Weite suchen. Ein paar Beispiele:

Da wäre z.B. die schwarze Leipzigerin, die hier ihr Studium absolviert hat, heute erfolgreich selbstständig ist, und, wenn sie in ihrer Heimatstadt ist, sofort spürt, wie viel „negativer“ die Menschen auf Nichtweiße reagieren. Oder die schwarze Berlinerin, die hier studieren wollte, aber wieder nach Berlin floh, nachdem auch sie lernen musste, dass sie hier nicht erwünscht ist. Übrigens: Sie floh nicht, ohne vorher der weißen Mutter eines schwarzen Kindes zu sagen: „Wenn Sie Ihr Kind lieben, hauen Sie hier bloß ab!“

Wenn Sie sich schon mal gefragt haben, wie Brain Drain, also Talentschwund, funktioniert: Da hätten Sie ein Rezept. Das sind nur wenige Beispiele und ich könnte sicher den ganzen Abend so weitermachen. Aber belassen wir es doch bei nur einem weiteren: Nämlich dem sehr gut ausgebildeten Akademiker, der zwei Uni-Abschlüsse hat, über Auslands- und massig Arbeitserfahrung verfügt, heute im akademischen Bereich arbeitet – und Ende des Jahres abhaut.

Sie haben's sich vielleicht schon gedacht: Hier geht's um mich. Und Sie können sich nicht vorstellen, wie erleichtert ich bin, dass für mich hier bald Schluss sein wird, dass ich diese ewigen Terror nicht mehr aushalten muss. Im Folgenden ein paar Beispiele, damit Sie erahnen können was ich mit Terror meine.

**Gohlis:** Auf dem Weg von Arbeit nach Hause fliegt eine brennende Zigarette in hohem Bogen aus einem Fenster und verfehlt mich um wenige Zentimeter.

**Gohlis:** Auf dem Weg zur Arbeit erblicken mich zwei weiße Leipziger\_innen fortgeschrittenen Alters an der vollen Haltestelle und fangen sofort an zu pöbeln: „De Asylanten krieschn andauernd das Geld in den Arsch geblasn und unsoreens muss



Demonstration für eine Willkommenskultur und gegen Rassismus in Leipzig.

von HartzIV lähm.“ Sie schreien extralaut, denn ich stehe etwas abseits und soll alles mitkriegen.

**Gohlis, Hauptbahnhof, Waldstraßenviertel:** Ich werde angespuckt. Übrigens: Ich rede nicht von den 1990ern oder Anfang 2000ern. Ich meine das Jahr 2014.

**Zentrum-Südost, Polizeidirektion:** Ein schwarzer Student unseres Instituts wird mit einem Messer überfallen, und die herbeigerufene Polizei zuckt mit den Schultern. Sie reagiert erst adäquat, als sie annehmen muss, dass auch eine weiße Person betroffen ist. Die beiden Betroffenen tauschen sich nach deren Vernehmung aus und wundern sich. Sie stellen fest: Sie, die weiße Studentin, wurde sehr nett behandelt und durfte sich Fotos von polizeibekanntem Tätern anschauen. Er, der schwarze Student, wurde sehr ruppig behandelt und durfte, obwohl sich die Aggression gegen ihn richtete, keine Fotos anschauen. Stattdessen log man auf Nachfrage: „Ach, Herr K., wir machen 'nen Termin mit Ihrem Betreuer aus, damit wir mal ein Phantombild anfertigen können.“ Zu diesem Zeitpunkt wussten die Polizisten bereits, dass der Student wenige Tage später das Land verlassen würde. Den Rest dieser peinlichen Polizei-Geschichte erspare ich Ihnen.

**Grünau, Zentrum:** Als ein paar meiner Student\_innen unterwegs sind, werden sie in der Straßenbahn erst 25 Minuten lang böseartig angegafft und dann angespuckt. Dass der Täter aussteigt und dann erst an die Scheibe rotzt, dürfte einzig dem Umstand zu verdanken sein, dass bei der Gruppe auch ein stereotyper Afrikaner stand: groß, breit, sehr dunkle Haut. Sonst wäre es denen wohl ergangen wie mir.

**Zentrum-Südost:** Einer meiner Studenten will sich bei McFit über Konditionen erkundigen. Er wird wie ein Straßenkötter davongejagt. Man pöbelt ihn an: „HIER NUR DEUTSCH!“ und lügt abschließend, dass man voll sei. Als ich davon erfahre und ein wenig Stress mache, beeilt sich McFit wiederholt zu betonen: „Wenn man sich an die Regeln hält, dann ist bei uns jeder willkommen.“

**Vergangene Woche, Galeria Kaufhof:** Ich orientiere mich am Lageplan im Erdgeschoss und eine Frau schubst mich aggressiv von hinten zur Seite. Der geht's nicht darum, mir mitzuteilen, dass sie vorbei will. Es ist genug Platz, wie anderen Kunden auch schon bewiesen haben. Sie will mir vermitteln: „DU darfst hier nicht sein. Ich fühle mich gestört. Ich darf dich angreifen.“

**Noch mal Galeria Kaufhof,** wenige Augenblicke später. Ich will mir einen Trolley aussuchen und werde dabei von einer Verkäuferin, nennen wir sie mal Frau Braun, peinlich genau überwacht. Weder werde ich bedient, noch erhalte ich eine Beratung. Dasselbe gilt für die Asiaten, die ebenfalls in der Abteilung sind. Stattdessen tut Frau Braun geschäftig, indem sie Koffer von A nach B nach A schleppt. Ca. 5 bis 10 Minuten später: Drei weiße Kundinnen (vermutlich Mutter mit zwei Töchtern) betreten die Abteilung. Frau Braun, die kleine Stürmerin, hetzt sofort zu ihnen und berät sie ausführlich. Nachdem sie mit der Beratung fertig ist, hat sie ein Problem: „Der Schwarze und die Asiaten sind immer noch da. Jetzt muss ich die auch noch beraten.“ Nicht mit Frau Braun. Die ist schlau, die hat 'ne tolle Idee. Sie schnappt sich den Koffer, sagt zu den weißen Kundinnen: „Ich bring' den schon mal zur Kasse“, und ist weg. Das geht so schnell, dass die drei Kundinnen total verdattert allein in der Abteilung stehen und beobachten, wie ihr Koffer auf zwei Beinen davonrennt. Nachdem sie sich gefangen haben, gehen auch sie zur Kasse.

Nachdem ich nun einen winzigen Einblick in die Erfahrungswelt schwarzer Menschen in Leipzig geboten habe, können Sie vielleicht besser verstehen, weshalb Menschen wie ich dieser Stadt den Rücken kehren. Vielleicht sind Sie gerade auch begeistert, wie selbstbeherrscht wir von Rassismus Betroffenen sind; so dass nicht am laufenden Band jemand ausrastet und einen Rassisten ausknockt. Verlassen würde ich mich darauf aber nicht. ■

# GUTER SCHEIN?

## Kritik am Gutscheinsystem für Asylsuchende im Landkreis Leipzig

Von Initiative „Gutscheine abschaffen“

**Der Landkreis Leipzig hat Asylbewerber\_innen lange mit Wertgutscheinen statt Bargeld ausgestattet. Unterstützer\_innen aus Leipzig haben einen Teil in Bargeld umgetauscht. Ab 2015 verzichtet der Landkreis auf das diskriminierende Gutscheinsystem.**

An einem Mittwoch, genaugenommen am letzten Mittwoch des Monats, kurz vor zwölf Uhr mittags in Borna. Mehrere Dutzende Menschen – Männer, Frauen und Kinder – haben sich auf dem Markt eingefunden. Es handelt sich um Asylsuchende, die in der Kreisstadt oder einem der Heime für Geflüchtete in der Umgebung untergebracht sind. Heute haben sie von Mitarbeiter\_innen des Sozialamts das Geld bekommen, mit dem sie sich und ihre Familien den nächsten Monat lang versorgen müssen. Davon etwa 140 Euro pro Person als „Taschengeld“ in Form von Barchecks.<sup>[1]</sup> Den Rest, rund 220 Euro für Nahrungsmittel und Hygieneartikel sowie für Kleidung, in Form von Wertgutscheinen der Firma Sodexo. Damit können sie nur in ausgewählten Geschäften einkaufen, etwa im örtlichen Kaufland. Jeder Gutschein muss an der Kasse unterschrieben werden, Rückgeld gibt es jeweils nur in Höhe von 10 Prozent pro Gutschein. Etwas anzusparen ist unmöglich – die Gutscheine verfallen nach drei Monaten.<sup>[2]</sup>

Der Landkreis Leipzig war lange Zeit der letzte in Sachsen, der noch auf diese diskriminierende Praxis setzte. Mehrere Anläufe zur Abschaffung des Systems blieben erfolglos, weil Landrat Gerhard Gey (CDU) als Chef der Verwaltung davon überzeugt war, sich doch nur an die gesetzlichen Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes zu halten. Dass sich die anderen Landkreise längst davon verabschiedet hatten, davon ließ er sich nicht beirren. Dabei ist das Gutscheinsystem auch für die Verwaltung aufwändig und teuer. Es handelt sich also um einen bewussten Akt der Ausgrenzung. DER RUNDE TISCH MIGRATION im Landkreis Leipzig formulierte die Kritik an dieser Praxis so: „Durch die Ausgabe von Gutscheinen signalisiert die Verwaltung der Öffentlichkeit, dass es richtig sei, geflüchtete Personen gesondert zu behandeln und zu benachteiligen. Dadurch werden vorhandene Vorurteile und Ängste nicht abgebaut sondern bestätigt. Das Gutscheinsystem ist also kontrollierend, entmündigend und diskriminierend.“<sup>[3]</sup>

Seit Mitte 2013 fährt jeden Monat eine kleine Gruppe aus Leipzig nach Borna, um die Gutscheine gegen zuvor in Hausprojekten, WGs und politischen Kollektiven eingesammeltes Geld einzutauschen.<sup>[4]</sup> Die Leipziger\_innen nutzen die Gutscheine dann für den monatlichen Großeinkauf. Für die Geflüchteten bedeutet das einen kleinen Zugewinn an Normalität, auch wenn es sich nur um einen Tropfen auf dem heißen Stein handelt. Für mehr als 20 bis 40 Euro pro Person reicht das Geld selten. Zudem wird nur ein kleiner Teil der Asylsuchenden erreicht. Anfangs fuhr die Umtauschgruppe zum Asylbewerberheim in Thräna, etwas außerhalb von Borna. Eine andere Gruppe tauscht in Bahren bei Grimma. Später wurde vor dem Sozialamt in Borna und schließlich eben hier auf dem Marktplatz getauscht. Damit sollte dieser kleine Akt der praktischen Solidarität gegen das diskriminierende Gutscheinsystem bewusst mehr in die Öffentlichkeit gerückt werden.

Im Juli 2012 hatten Bewohner\_innen der Gemeinschaftsunterkünfte in Thräna, Elbisbach und Hopfgarten gegen das System protestiert, indem sie die Annahme der Gutscheine verweigerten.<sup>[5]</sup> Zwei Mitarbeiterinnen des Sozialamts fühlten sich durch die Protestierenden bedrängt, die Polizei ermittelte daraufhin wegen Nötigung gegen mehrere angebliche Rädelsführer. Im Juli 2014 kam es zum Prozess gegen sieben (ehemalige) Bewohner des Heims in Thräna. Die meisten Angeklagten wurden freigesprochen, lediglich ein mittlerweile in Berlin lebender Mann muss 60 gemeinnützige Arbeitsstunden leisten. Bemerkenswerterweise äußerte Richter Thomas Sternberger selbst Verständnis für den Unmut über die Gutscheine.

Einige der dezentral, also außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften, im Landkreis untergebrachten Flüchtlinge haben ihre Leistungen zuletzt bereits bar ausgezahlt bekommen. Begründet wurde dies damit, dass es an ihren Wohnorten keine Geschäfte gibt, in denen mit Gutscheinen eingekauft werden kann. Dies galt sogar für einen Teil der in Borna selbst wohnenden Asylsuchenden. Ob sie vom Amt Bargeld bzw. -checks oder Gutscheine bekamen, war also höchst zufällig und erschien vielen als willkürlich. Eine weitere Quelle für Frust.



[1] Im Juli 2012 erklärte das Bundesverfassungsgericht den bisherigen Betrag von 40 Euro Bargeld und 160 Euro Sachleistungen für verfassungswidrig, da dem Grundrecht auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums nach Art. 1 GG widersprechend. Seit Januar 2014 wird der angepasste Betrag ausgezahlt. Familienangehörige – Ehefrauen und Kinder – erhalten niedrigere Sätze.

[2] Vgl. dazu auch das Interview mit Machmud auf S.18

[3] Schreiben vom 14.10.2014 an Landrat Gerhard Gey.

[4] Vgl. dazu den MDR-Beitrag „Lebensmittelgutscheine für Asylbewerber in der Kritik“ vom 18.05.2014

[5] Vgl. die Pressemitteilung der Bewohnerinnen und Bewohner der Asylbewerberheime Thräna, Elbisbach und Hopfgarten unter [www.boncourage.de](http://www.boncourage.de)

photo: Katriona Blach



KATRINA BLACH: BLUMENSTRAUSS ALS TAUSCHMITTEL, Kunstprojekt an der Josephstrasse Ecke Schadowstraße  
Die Plakatwand zeigt großformatig Dinge, die wir als Werkzeuge benutzen. Warum benutzen wir die Werkzeuge so und geht das nicht auch anders?  
Über einem Zeitraum von 6 Wochen konnten Anwohner\_innen & Passant\_innen das Entstehen einer Serie verfolgen.

Ab Januar 2015 wird nun auch der Landkreis Leipzig komplett auf Bargeldzahlung umstellen. Dies ist jedoch keiner Einsicht in den diskriminierenden Charakter des bisherigen Systems geschuldet, sondern allein einer Änderung in § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes. Der darin festgeschriebene Vorrang von Sachleistungen – die Ausgabe von Wertgutscheinen wie Bargeld war bislang eine Kann-Bestimmung – wird künftig auf die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen beschränkt. Anschließend haben Geldleistungen Vorrang.

Mit dieser Gesetzesänderung hat die Bundesregierung die Zustimmung der grün-roten Landesregierung von Baden-Württemberg im Bundesrat zur Einstufung der Balkanstaaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten“ erreicht. Das bedeutet, dass Flüchtlinge aus diesen Ländern, vor allem Roma, praktisch keinen Anspruch auf Asyl mehr haben und schneller wieder abgeschoben werden können. Ein zumindest fragwürdiger „Deal“.

**DIE NACHBARIN WÜNSCHT SICH BLUMEN,  
EIN MANN AUS DEM LANDKREIS WILL HALAL EINKAUFEN.**

Liebe Nachbarin,  
komm, tausch mit mir!  
Ich geb´ dir Blumen  
& noch einen 10€-Gutschein für Kaufland  
mit dazu.  
Du gibst mir 10€.  
Du siehst, das lohnt sich...  
Die 10€ sind für einen Mann, der will Halal einkaufen,  
naja jedenfalls geht das nicht im Kaufland.  
Deshalb will er tauschen,  
denn er hat nur diese blöden Gutscheine fürs Kaufland.

Wer will schon ein Gutschein sein,  
ein Geldschein sein!  
Und sich tauschen lassen, egal wo.  
Noch besser ist natürlich,  
alles zu zerschneiden & Blumen draus zu machen.  
Aber fangen wir erst mal an:

**DIE NACHBARIN WÜNSCHT SICH BLUMEN, EIN MANN AUS DEM LANDKREIS WILL HALAL EINKAUFEN.**



02 KAPITEL

# DER RECHTE RAND

# DAS WAHLPROGRAMM DER AfD SACHSEN

## Eine Auseinandersetzung

Von Antifa Klein-Paris (AKP)

Seit einiger Zeit sorgt die ›Alternative für Deutschland‹ kurz AfD mit ihren Wahlerfolgen nicht nur bei den etablierten Parteien, sondern auch bei Antifaschist\_innen für Unbehagen, ist sie doch Ausdruck einer Diskursverschiebung nach rechts. Höchste Zeit der oftmals bloßen Etikette des ›Rechtspopulismus‹ eine inhaltliche Analyse hinzuzufügen. Zu diesem Zweck haben wir uns die Mühe gemacht das Wahlprogramm\* der sächsischen AfD zu zerpfücken, und zentrale Positionen kritisch zu hinterfragen.

### Arbeitsmarktpolitik und Ökonomie

Die AfD zeigt sich gerne als Partei mit Wirtschaftskompetenz, die ökonomische Fragen gänzlich »uni-deologisch« beantwortet. Ihr Slogan lautet »Freiheit statt Dirigismus«. Das ist nichts anderes als ein Plädoyer für eine marktradikale Wirtschaftsordnung, die das gesellschaftliche Hauen und Stechen um ein möglichst großes Stück vom Kuchen aktiv fördert. Wer hierbei leer ausgeht, hat sich in den Augen der AfD lediglich zu dumm angestellt. Das Ganze nennt sie »Gerechtigkeit«.

Eine Wirtschaftspolitik, die sich um sozialen Ausgleich und gleichmäßige Beteiligung aller am gesellschaftlichen Reichtum bemüht, lehnt die AfD ab, schließlich sei das »Gleichschaltung«\*. Die AfD forciert eine Wirtschaftspolitik, bei welcher Unternehmensprofite private Unternehmensprofite bleiben sollen, Risiken und Kosten jedoch auf alle umgelegt werden.

Die Partei strebt an, alle Ausgaben »außer für Bildung und Innere Sicherheit« zu reduzieren. Das bedeutet folglich Kürzungen etwa im Bereich Soziales. Für die Ausfälle muss jede\_r selbstständig aufkommen. Wer das nicht kann, hat Pech.

Um dennoch erfolgreich Stimmen einzuwerben, hantiert die Partei mit verschwörungstheoretischen Bildern. So heißt es, dass »der Euro unser Volksvermögen vernichtet«, der »EU-Staat« nicht »vom Volk getragen« wird und nur von einer »dünnen Schicht von Technokraten« gewollt sei. Indem sie einen inneren Feind ausmacht, der gegen die eigentlichen Interessen des Volkes arbeite, dockt sie an antisemitische Vorstellungen an.

### Familienpolitik

Laut dem Wahlprogramm der AfD Sachsen »muss eine gestaltende Politik ihr Zentrum in der Familienpolitik« haben. Diese entspricht bei der AfD einem rechtskonservativen Gesellschaftsbild. Eine Familie, die »Keim-

zelle der Gesellschaft«, das sind nach Vorstellung der AfD nur Mutter, Vater und ihre Kinder. Andere Lebensmodelle, wie auch »die Gleichstellung der sogenannten Homoehe« oder die »Adoption von Kindern durch Homosexuelle« lehnt die AfD strikt ab. Auch Abtreibung ist für die Partei tabu. Ihr Ziel ist es »die wertestiftenden Funktionen der Familie zu stärken und die Geburtenrate zu erhöhen«.

Bei der Umsetzung dieser Ideale soll die Forderung nach dem Familienwahlrecht und dem Familiensplittingmodell dienlich sein. Mit dem Familienwahlrecht will die AfD angeblich die demokratische Mitbestimmung stärken, in dem Eltern eine zusätzliche Stimme für jedes Kind erhalten. Wer also viele Kinder in die Welt setzt, darf auch mitbestimmen. Die Intention, welche die AfD mit ihrem Steuermodell verfolgt, besteht darin »den in überdurchschnittlichen Maße kinderlosen Leistungsträgern [zu] helfen, ihren Kinderwunsch zu entwickeln«. Von Freiheit des Individuums kann hier nicht die Rede sein.

Der Wunsch nach patriarchaler Kleinfamilie wird in den Rollenbildern der AfD deutlich, die sich klar aus ihren Forderungen ergeben. Männer seien eben Männer und Frauen nun mal Frauen. Und eine Frau ist eben eine Mutter, die jegliche Haus- und Erziehungsarbeit leistet, wohingegen der Mann, also der Vater, das Geld nach Hause bringt. Diese Stereotypen sind weitere Indizien dafür, dass die AfD ein Zusammenschluss von Antifeminist\_innen, Maskulist\_innen, Abtreibungsgegner\_innen und christlichen Fundamentalist\_innen ist.

### Identitätspolitik

Die sächsische AfD ist bemüht, sich als »Volkspartei« in Gegnerschaft zu einem »EU-Staat« darzustellen, der in ihrer Interpretation nur aus einer »dünnen Schicht von Technokraten« besteht. Hierbei wird mittels nationalkultureller Bezugnahme ein Kollektiv zurechtgestutzt, welches sich an den schwer definierbaren »Werten des christlichen Abendlandes« orientiert. Dieses Kollektiv wird gegen die »strangulierende Ideologie des Marxismus-Leninismus« einerseits, und »menschenfeindlichen Ideologien wie den verqueren Genderismus« andererseits in Stellung gebracht. Der AfD geht es um eine deutsche Identität, die als untrennbar mit der nationalen Herkunft verstanden wird. Deshalb wird »Sprache, politische Geschichte, geistiges Erbe« und anderes als unterstützenswert angesehen und Staatsbürgerschaft als »Herzensangelegenheit« verstanden.

\*Alle verwendeten Zitate stammen aus dem Wahlprogramm der sächsischen AfD

Eine Langfassung des Textes gibt es unter:

<http://veto2014.org/?p=144>



AfD-Wahlkampfveranstaltung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

Viele Forderungen der Partei beziehen sich explizit auf die Stärkung einer nationalen Identität. Im schulischen Unterricht soll das durch »mindestens so vielen Wochenstunden für die deutsche Orthographie, Grammatik und für den guten Ausdruck wie für die erste Fremdsprache oder Mathematik«, einen zusätzlichen »Literaturunterricht« und das »Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen« als Stützpfiler eines »positiven Identitätsgefühl« geschehen.

Und wenn die AfD eine intensivere Auseinandersetzung mit den sogenannten »Befreiungskriegen des 19. Jahrhunderts« im Geschichtsunterricht fordert, da diese die »Grundlagen des heutigen Staates« gelegt hätten, so lässt sich daraus nur schwer etwas anderes lesen, als der Versuch ein neues und positives deutsches Geschichtsbild zu schaffen. Dabei soll das 20. Jahrhundert, also zwei von Deutschland begonnene Weltkriege und die Verbrechen der Shoah, relativiert werden. Wer sich lieber positiv auf die »Befreiungskriege«, also die Wiederherstellung der Monarchie in Europa, bezieht, als auf die Errungenschaften der französischen Revolution und der Aufklärung, bei dem ist es mit der Demokratie nicht weit her.

### Migrationspolitik

»Bedarfsorientiert« - das ist das zentrale Stichwort unter dem die AfD Migrationspolitik verhandelt wissen will. Reingelassen werden soll, wer den Interessen deutscher Unternehmer\_innen nützt: »hoch qualifizierte Fachkräfte und Unternehmerpersönlichkeiten«. Wer diesen Kriterien nicht genügt, soll draußen bleiben. Folglich stimmt die AfD in den plärenden Chor der »Überfremdungs«-Gegner\_innen ein. Die Zahl der Zugewanderten sei zu hoch, noch dazu kämen die Falschen - das sei Folge von »unsteuerter Einwanderung, Duldungsmechanismen und

laxer Auslegung des Asylrechts«, heißt es im AfD-Wahlprogramm. Bedient werden damit die klassischen rassistischen Feindbilder. Fakten, wie etwa die Aushöhlung des Asylrechts, spielen für die angeblich »undeologisch« agierende Partei keine Rolle.

Das zeigt sich auch an anderer Stelle: Ausgerechnet in Sachsen warnt die AfD vor »Parallelgesellschaften« von Migrant\_innen. Wohlgermerkt in einem Bundesland mit einem der niedrigsten Migrant\_innenanteile überhaupt. Offenkundig geht es der Partei vor allem darum, diffuse Ängste zu schüren. Denn definitiv nicht gemeint ist die Unterbringung von Asylsuchenden in abgelegenen Heimen, wo ihnen die Chance am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, weitgehend verwehrt bleibt. Das findet die AfD gut, sie will »Residenzpflicht und zentrale Unterbringung der Asylbewerber« beibehalten. Wer Menschen aufgrund ihrer Herkunft benachteiligen will, hat logischerweise kein Interesse an Antidiskriminierungsprogrammen. Diese will die AfD abschaffen. Vor den hohen Zahlen rassistischer und rechtsmotivierter Gewalttaten in Sachsen verschließt sie ganz bewusst die Augen.

### Fazit

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich hinter der inszenierten »Alternative« lediglich rückwärtsgewandter, demokratiefeindlicher und deutschstümmelnder Unfug verbirgt. Die AfD und ihre Positionen stehen jeglichen emanzipatorischen Bestrebungen für eine Assoziation der Freien und Gleichen entgegen. Aus diesem Grund gilt es sich offensiv mit der Partei, ihren Positionen und ihrem Personal auseinanderzusetzen. Wichtig ist dabei eine linksradikal-emanzipatorische Perspektive, welche der falschen Gesellschaftsperspektive der AfD entgegengesetzt werden kann. ■



# EINE NEUE PARTEI, WIE JEDE ANDERE

## Die AfD – Personen und Strategien

Von Danilo Starosta\*

**GOHLIS SAGT NEIN:** Das scheint das Erweckungserlebnis von Uwe Wurlitzer, inzwischen Parlamentarischer Geschäftsführer der sächsischen AfD-Fraktion, gewesen zu sein. Die weitgehend gesichterlos bleibende Leipziger Bürgerinitiative hatte gegen einen für 2015 geplanten Bau einer Moschee in Leipzig antimuslimische Stimmungen erzeugt und bediente sich auch der durch die NPD forcierten rassistisch aufgeladenen Stimmungsmache gegen die grundgesetzliche Garantie von Religionsfreiheit. Wurlitzer verstand, dass er mit den 10.000 Unterschriftengeber\_innen eine gute Basis für seine politischen Ambitionen der einfachen Antworten haben würde, gelänge es ihm, sich in deren Sinn als ebenso engagierter Gegner eines Moscheebaus zu zeigen und dem im Grunde rassistischen und dem Grundgesetz zu widerlaufenden Begehren des GOHLIS SAGT NEIN ein bürgerliches und demokratisches Mäntelchen umzuhängen.

Bis 2009 hatte der Immobilienmakler aus Leipzig-Grünau in verschiedenen CDU-Gremien auf Stadt- und auch auf Bundesebene gearbeitet. Ein Politprofi also, der die Instanzenregelungen gut kennt, sich auf der Strasse sehen ließ und für seinen Wahlkampf die unmittelbare emotionale Stimmung nutzte. Das von der Bürgerinitiative in Gohlis zum Tabuthema stilisierte Bauvorhaben ist durchaus vergleichbar mit den ebenso in größeren Teilen der sächsischen Bevölkerung als von Oben verordnete und mit Unverständnis und offener Feindschaft begegnete Thema Asyl und Zuwanderung. Die Politik der AfD schwimmt dabei ebenso auf den emotionalen Wellen der jeweiligen Kampagnen und Stimmungsmachen und verweist dabei dann gern auf eine ihrer zentralen politischen Ziele, mehr Einfluss für sogenannte patriotische Überzeugungen über den Weg der direkten Volksbegehren gewinnen zu wollen. Sind für die Kritiker\_innen diese politischen Ambitionen der AfD allzuleicht als rechter Populismus ausgemacht, bleibt es aber bei der Feststellung, dass es reaktionären bürgerlichen Politikern mittels des Engagements in der AfD gelingt, unmittelbar für sie selbst sich auszahlende Politik machen zu können, Ämter und Mandate erringen und aus diesen heraus erneut den Kreis des Unmuts zu befeuern im Stande sein werden.

Auch andere sächsische AfD-ler\_innen sind politikerfahren, und das nicht immer ausschließlich im Feld der klassischen parlamentarischen Politik. **Frauke**

**Petry** war etwa Bundessprecherin eines Jungakademikerverbandes, **Jörg Urban** führte als Geschäftsführer eines Umweltschutzverbandes mit mehreren zehntausend Anhänger\_innen Klagen gegen ein großes Bauvorhaben in Dresden.

Politische Erfahrung und umtriebige Netzwerkarbeit könnten den Erfolg der AfD durchaus erklären. Es sind Netzwerke, die eng mit den beruflichen und akademischen Werdegängen der AfD-ler\_innen zusammenhängen und nutzbar für deren politische Karrieren wurden. Es handelt sich also um eine Politisierung beruflicher, geschäftlicher oder auch akademischer Gesprächs- sowie Beziehungs- und Begegnungsebenen. **Ralf Nahlob** und **Mike Kretschmann**, **Holger Hentschel** und **Uwe Kirsch** haben es wohl besser als andere politische Akteur\_innen verstanden, ihre Kommunikation politisch zu protokollieren und sich also im Stadtgespräch umzutun, dem gern rassistisch und ethnozentrisch benannten „Buschfunk“ und den dort wabernden, dahinvegetierenden und herumgeisternden Ideen von Vorgestern oder auch Übermorgen eine politische Heimat zu geben. Etwa wenn sie ihren jeweiligen Gesprächspartner\_innen versprochen, sich diesen Dingen jetzt endlich oder auch schon mal vorsorglich anzunehmen.

Im Wahlprogramm zur Stadtratswahl lassen sich Vorgestern und Übermorgen anhand einzelner Wahlziele des Leipziger Stadtverbandes gut ausmachen, wenn das Naturkundemuseum gerettet werden muss, es endlich einen politischen Fürsprecher für den Zentralen Busbahnhof gibt und die Beobachtung der „linken Szene“ durch Staat und Polizei versprochen wird. Was wie ein Potpourri des Meinungsklimbims des sogenannten „Kleinen Mannes“ wirkt, ist nicht etwa eine von der AfD als Partei im Ganzen gesetzte Basis für eine Entwicklung politischer Strategie. Sondern die sozialen Erhebung dieser Stimmung selbst ist bereits politische Strategie. So verwundert sicher einige Beobachter\_innen, dass es unter den Bewunder\_innen und Wähler\_innen der AfD auch solche gab, die bei Umsetzung des sozialdarwinistischen Parteiprogramms eher zu den Benachteiligten solcher Ausgrenzungsideen gehören würden.

Schwerer wog bei diesen Zustimmenden wohl die Erfahrung, im eigenen politischen Verständnis ernst genommen worden zu sein.

\* Der Autor studierte in Leipzig und Dresden Kommunikations- und Medienwissenschaften, Soziologie und Pädagogik

## Netzwerke und Strömungen

In der AfD sind Netzwerker\_innen von zentraler Bedeutung. Die Europaabgeordnete **Beatrix von Storch** bringt in ihre politische Arbeit vor allem die Erfahrungen eines sorgsam und strategischen Aufbaus verlässlicher außerparlamentarisch-bürgerlicher Vernetzung mit. Sie ist eng mit solchen Kreisen wie der ALLIANZ FÜR DEN RECHTSSTAAT, dem INSTITUT FÜR STRATEGISCHE STUDIEN BERLIN, dem GÖTTINGER KREIS – STUDENTEN FÜR DEN RECHTSSTAAT E.V., der ZIVILEN KOALITION, dem BÜRGERKONVENT, den Macher\_innen von FREIEWELT.NET und ABGEORDNETENCHECK.DE verbunden. Deren einzelne Ziele sind oft konservativ bis reaktionär und sie sind oft Rechtsstaat- konform. Der bürgerlichen, außerparlamentarischen Attitüde sind weitreichende weitere Vernetzungen über personelle und auch inhaltliche Verbindungen zugefallen. Dazu dürften auch die DDR-Bürgerrechtlerin **Vera Lengsfeld**, ehemalige Bundestagsabgeordnete für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und später die CDU, mit ihrem Engagement als Vorstand des Bürgerkonvents und der Unterstützung der Initiative BÜRGERRECHT DIREKTE DEMOKRATIE – quasi einer „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) von rechts – zuzurechnen sein. Mit mehreren zehntausenden „Gleichgesinnten“ in Familienpolitik und Einwanderungsfragen, in Fragen von Wirtschaftsförderung und Bildungsrahmen wecken die Netzwerke der AfD wohl deutlich mehr Interessen als diese an einer eher stagnierenden Parteizugehörigkeit abzulesen wären.

Die Zustimmungen zu AfD-Politik und deren Gesellschaftsverständnis gibt den kleinbürgerlich geprägten Milieus eine politische Heimat. Bisher scheuten sich diese Kreise, offen für eine politische Organisation Partei zu ergreifen, die ihre Vorstellungen von Homogenität und völkisch geprägter Überlegenheit teilt. Die bei NPD und REPUBLIKANERN stets engagierte nationalsozialistische Bewegung und deren bekannten Gewaltbekenntnisse ließ diese Milieus bisher Abstand von offenen Zustimmungen nehmen.

Der sich als elitär gebendende, rechtskonservative Akademikerkreis der AfD-Führung ist die eine Strömung innerhalb der AfD. Die sozial eher der unteren bis mittleren Einkommensschicht zuzurechnende Basis eine andere. Sie koexistieren über eine rassistisch aufgeladene Debatte zu Asyl und Bevölkerungspolitik. Die straffe Rechtsaußen-Polemik gegen eine vorgebliche Umerziehung durch die 68er zieht auch die Front der Neuen Rechten wie **Felix Menzel** (BLAUE NARZISSE) magisch an.

Beide bürgerlichen Strömungen, die konservativ-reaktionäre und die der Neuen Rechten, sind eng und diskursiv mit der AfD beschäftigt. Ihre Medien, etwa die JUNGE FREIHEIT des **Dieter Stein**, aber auch die SEZSSION des **Götz Kubitschek** und im Besonderen das Wutbürgersammelblatt COMPACT von **Jürgen Elsässer**, sehen in dieser eine gute Gelegenheit, eine redaktionelle Wirklichkeit für einen möglicherweise parteipolitischen Arm der von ihr anvisierten Leserschaft zu schaffen.

## Perspektiven

Im Einzelnen wird eine Analyse des politischen Handelns der AfD erst nach einigen Monaten ihrer messbaren politischen Arbeit möglich sein. Für eine politische Auseinandersetzung mit der AfD ist es wichtig zu erkennen, dass Überzeugungen und Einstellungen nicht entlang der Parteilinien verlaufen, sondern vielmehr über die Parteigrenzen hinweg reichen. Rassismus und Nationalismus, Einwanderungskepsis und Ethnozentrismus sind bei einzelnen Personen aller Parteien auszumachen. So ist die AfD nicht ausschließlich ein Sammelbecken enttäuschter „Ehemaliger“ der bisherigen Parteienlandschaft, sondern sie ist Verstärkerin und Multiplikatorin diverser Strömungen über deren eigenen Abstimmungsumfang und Wirkungsraum hinaus.

So droht also die Gefahr eines Rechtsrucks innerhalb des demokratischen Spektrums nicht wegen der AfD, sondern trotz dieser. Denn erst die Querfront der Personen und Strömungen, die sich mit einzelnen Zielen und Absichten konform machen und diese wieder in ihre eigene politische Agenda aufnehmen, immer mit dem Hinweis, dass das ja wegen der Gefahr eines weiteren Zulaufs zur AfD geboten sei, ist die reale Gefahr eines Auflösens der demokratischen Standards, entlang etwa der Agenda menschenrechtsorientierter Politik. Aus diesem Grund macht es wenig Sinn, auf einzelne Personen der AfD in den Stadtparlamenten etc. zu schauen. Die Heterogenität des AfD-Wähler\_innenpektrums ist immer auch deren schwer angreifbare Rechtfertigung. So ist der eine ein „Neuer Rechter“, aber ein anderer ein bekennender „LGBT“\*\*.

Besten- und schlimmstenfalls ist die AfD die Attitüde des Kleinbürgertums, dessen Wutbürgertum sich in engen Schranken euphemistischer nationalistischer und rassistischer Überzeugungen kanalisiert. Bestenfalls ist ihre Demaskierung damit bereits erfolgt und eine offene Restriktion überfällig. Schlimmstenfalls halten die Kritiker\_innen bereits eine neuerliche „Rede an den kleinen Mann“.

\*\* LGBT: Lesbian, Gay, Bi & Transgender

# WER WÄHLT DIE AFD?

## Ergebnisse der Leipziger „Mitte“-Studien

Von Johannes Kiess\*

Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig untersuchen seit 2002 die Verbreitung und Entstehungsbedingungen von antidemokratischen und menschenfeindlichen Einstellungen in Deutschland. Auf Grundlage der jüngsten Erhebung aus dem Frühjahr 2014 wird beschrieben, von wem die AfD eigentlich gewählt wird bzw. wer sich vorstellen könnte, sie zu wählen (sogenannte „Sonntagsfrage“).

\*Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen im EU-Projekt LIVEWHAT und arbeitet bei den von Elmar Brähler und Oliver Decker durchgeführten Leipziger Mitte-Studien mit.

[1] Vgl. Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Leipzig: Universität Leipzig.

[2] Grafiken dazu unter [www.uni-leipzig.de/~decker/waehlerherz\\_2014\\_grafiken.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~decker/waehlerherz_2014_grafiken.pdf).

Die kurzfristigen Erfolge der Alternative für Deutschland (AfD) seit der Bundestagswahl 2013 haben nicht nur zu Mandaten im Europaparlament geführt, sondern jüngst auch zu je einer Fraktion in den Landtagen Brandenburgs, Sachsens und Thüringens. Doch wie kann diese neue Partei im politischen Spektrum eingeordnet werden bzw. wie positioniert sie sich selbst darin? Mobilisiert sie eher Nichtwähler\_innen, sind es enttäuschte CDU- oder SPD-Wähler\_innen, die zu Protestwähler\_innen geworden sind – oder NPD-Wähler\_innen, die von der bisherigen dominanten Rechtspartei in Sachsen enttäuscht sind?

Wähler\_innenmilieus sind vielschichtig und auch die hier vorgestellten Zahlen nur ein Ausschnitt. Sie helfen aber, das Phänomen AfD besser einzuordnen. Wir arbeiten mit einer bundesweiten Stichprobe. Die Ergebnisse sind also bundesweit tragfähig, können jedoch regionale Unterschiede kaum oder gar nicht abbilden.<sup>[1]</sup>

### Keine Partei der Armen und Arbeitslosen

Zunächst ist der Blick auf die Einkommensverhältnisse aufschlussreich.<sup>[2]</sup> Einerseits wird die AfD als Konkurrenz zur NPD angesehen und als neue Protestpartei klassifiziert, andererseits ist ihre Politik und das Auftreten ihres Personals elitistisch geprägt. Bei den Wähler\_innen der NPD und den Nichtwähler\_innen findet sich die größte Gruppe der Armen: Ein Sechstel der NPD-Wähler\_innen und ein Fünftel der Nichtwähler\_innen haben ein Einkommen unter 1000 Euro monatlich. Dahinter folgen die Linke-Wähler\_innen und die Unentschlossenen. Demgegenüber finden sich bei der AfD nur wenige mit einem geringen Einkommen, nur der FDP würden weniger Geringverdiener\_innen ihre Stimme geben.

Umgekehrt verfügen nur 26,1 Prozent der Wähler\_innen der NPD über ein monatliches Haushaltseinkommen von mehr als 2500 Euro. Bei der AfD sind es mit 35,3 Prozent etwas mehr – der Anteil bei den Anhänger\_innen von CDU, FDP, Grüne, Piratenpartei und SPD ist aber höher (zwischen 38,4 Prozent bei der CDU und 55,6 Prozent bei der FDP). Bei der Sonntagsfrage spielte die AfD für die Wahlentscheidung von Arbeitslosen praktisch keine Rolle. Bei den Nichtwähler\_innen ist hingegen beinahe jede\_r Dritte arbeitslos.

Unter den Wähler\_innen der Grünen finden sich die meisten Menschen mit Hochschulreife (Abiturquote: 43,5 Prozent). Dagegen haben nur 8,8 Prozent der Nichtwähler\_innen und 13 Prozent der NPD-Wähler\_innen den höchsten Schulabschluss. Die AfD liegt mit 21,2 Prozent im Mittelfeld. Auch beim Alter liegt die AfD im Mittelfeld: Die NPD spricht ein im Schnitt deutlich jüngeres Milieu an, die CDU ein älteres. Auch bei der Konfessionszugehörigkeit bewegen sich die AfD-Anhänger\_innen eher im Durchschnitt, die NPD wird vor allem von Konfessionslosen als Wahloption angegeben. Mehr Ähnlichkeit mit der NPD hat die AfD in der Geschlechterdimension. Das Klientel beider Parteien ist vor allem männlich (78,3 Prozent bei der NPD und 65,4 Prozent bei der AfD).

In unserer Untersuchung werden regelmäßig auch Fragebögen zu Depressivität und Ängstlichkeit eingesetzt. Wieder zeigt sich hier ein deutlicher Unterschied zwischen AfD und NPD: Während bei den NPD-Wähler\_innen 13,6 Prozent unter Ängstlichkeit und 22,7 Prozent unter Depressivität leiden, sind es bei der AfD 3,9 bzw. 7,8 Prozent.

Während die NPD also eher bildungsferne Jüngere mit geringerem Einkommen, aber hohen Werten bei Depressivität und Ängstlichkeit anspricht, punktet die AfD bei den mittleren Einkommen. Ihre Klientel ist mittleren Alters, hat durchschnittliche Bildung und gibt an, wenig unter Ängsten und Depressivität zu leiden. Das Klientel der AfD hat sozioökonomisch offenbar mehr mit den sogenannten etablierten Parteien zu tun als mit dem Klientel der NPD.

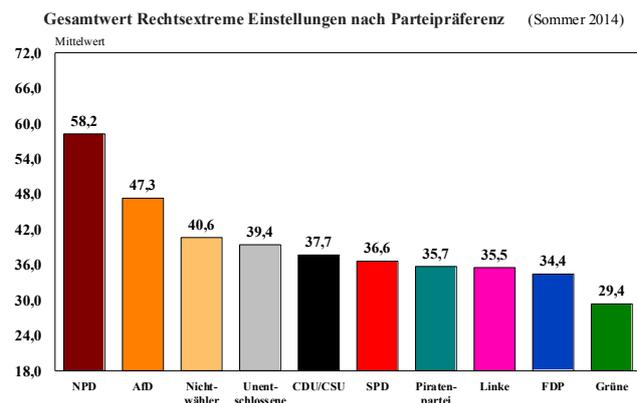
## Hohe Werte bei Dimensionen rechtsextremer Einstellungen

Im nächsten Schritt blicken wir auf die Verbreitung politischer Einstellungen nach Parteianhängerschaft. Kern der Leipziger „Mitte“-Studien ist ein Fragebogen zu rechtsextremer Einstellung, der diese Einstellung als Ungleichwertigkeitsideologie definiert und als multidimensionales Weltbild misst. Bei allen sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellung (Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur, Chauvinismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus) und im Gesamtwert zeigen sich die Anhänger\_innen der NPD deutlich antidemokratisch und rechtsextrem eingestellt. Bei fünf von sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellung zeigen aber auch die Anhänger\_innen der AfD ausgeprägt hohe Werte – die höchsten nach denen der NPD. Nichtwähler\_innen und Unentschlossene erreichen ebenfalls noch hohe Werte, während Anhänger\_innen von CDU, Linke und SPD durchschnittliche Werte aufweisen. Die Anhänger\_innen der Grünen zeigen bei allen Facetten die niedrigsten Werte, sie lehnen im Durchschnitt nahezu alle Aussagen ab.

Insgesamt ist die Zustimmung zur rechtsextremen Einstellung, wie sie von uns gemessen wird, im Jahr 2014 im Vergleich zu 2012 deutlich zurück gegangen. Die Abwertung von Muslima und Muslimen, von Sinti und Roma sowie von Asylbewerber\_innen ist hingegen deutlich angestiegen (wir haben diese Verschiebung als „Sekundären Autoritarismus“ bezeichnet<sup>[3]</sup>). Die Abwertung dieser Gruppen ist insbesondere bei AfD- und NPD-Anhänger\_innen verbreitet.

87 Prozent der NPD-Wähler\_innen und 71,2 Prozent der AfD-Wähler\_innen fühlen sich durch zu viele muslimische Menschen wie Fremde im eigenen Land. 87 Prozent der NPD-Wähler und 60,8 Prozent der AfD-Wähler\_innen wünschen keine Zuwanderung für muslimische Menschen nach Deutschland. SPD- und CDU/CSU-Wähler\_innen sind sich in diesem Bereich annähernd einig: 43 bzw. 42 Prozent werten muslimi-

Abbildung 17:



sche Menschen ab und 38 bzw. 37 Prozent wünschen keine Zuwanderung. Unter Grünen- und FDP-Wähler\_innen findet sich dagegen die kleinste Gruppe von Menschen, die muslimische Menschen abwerten. Die Mehrheit bei fast allen Parteianhänger\_innen, bis auf die Wähler\_innen der Grünen, ist der Meinung, dass es keinen tatsächlichen Verfolgungsdruck für Asylbewerber\_innen im Heimatland gibt. Rund 83 Prozent der NPD-Wähler\_innen und rund 77 Prozent der AfD-Wähler\_innen sind dieser Meinung.

Rund 96 Prozent der NPD-Wähler\_innen haben ein Problem mit dem Aufenthalt von Sinti und Roma in ihrem Lebensumfeld und sind der Meinung, diese neigen zur Kriminalität. 91 Prozent möchten Sinti und Roma aus den Innenstädten entfernen. Die entsprechenden Werte für die Anhänger\_innen der AfD liegen bei 75 Prozent bzw. 73 Prozent. Auch die Mehrheit der Nichtwähler\_innen und der Anhänger\_innen von CDU/CSU und SPD sind eher sinti- und roma-feindlich. Am liberalsten sind die Anhänger\_innen der Grünen, aber auch unter ihnen lehnt ein Drittel Sinti und Roma ab.

## Unzufriedenheit mit der EU und dem Funktionieren der Demokratie

Fragt man nach der Zustimmung zur Idee der Demokratie, zeigen sich die AfD-Anhänger\_innen als sehr überzeugt, nur die Grünen-Wähler\_innen sind begeisterter. Dafür sind die AfD-Anhänger\_innen fast so unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie und

[3] Vgl. Decker et al. 2014 (FN 1) und Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.) (im Erscheinen): Rechtsextremismus der Mitte und Sekundärer Autoritarismus. Gießen: Psychosozial.

[4] Vgl. Die Welt (2014): „Jeder zweite AfD-Wähler ist ausländerfeindlich“, 23.09.2014.

der Verfassung wie die NPD-Anhänger\_innen. Die meisten der NPD- und AfD-Wähler\_innen, der Unentschlossenen und der Nichtwähler\_innen halten die EU für keine gute Sache, die Mehrheit der Linken-Wähler\_innen schließt sich an. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage, ob Deutschland durch die EU eher Vorteile hat. Bis auf die Anhänger\_innen der NPD und AfD hat die Mehrheit allerdings kein negatives Bild von der EU.

Das Klientel der AfD überschneidet sich in den politischen Einstellungen am deutlichsten mit dem der NPD. Auf der anderen Seite sind unter den zahlenmäßig insgesamt viel größeren Gruppen insbesondere der SPD- und CDU-Anhänger\_innen ebenfalls viele rechtsextrem und antidemokratisch eingestellt. Hier stehen diesen jedoch entsprechend viele nicht rechts-extrem Eingestellte gegenüber.

### Antidemokratische Einstellungen bei Wähler\_innen aller Parteien zu finden

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Anhänger\_innen der AfD sozioökonomisch eher denen der „etablierten“, d.h. im Bundestag vertretenen Parteien ähneln. Im Vergleich dazu sind die NPD-Anhänger\_innen weit häufiger benachteiligt. Allerdings gleichen sich die Wähler\_innen von AfD und NPD sehr viel mehr darin, was die politischen Einstellungen und insbesondere die Abwertung von Anderen angeht.

Der Erfolg der AfD bei den letzten Wahlen, so hat es auch schon Forsa analysiert<sup>[4]</sup>, liegt also insbesondere darin begründet, dass die AfD Milieus anspricht, die entsprechendes antidemokratisches und menschenfeindliches Gedankengut zwar schon länger aufweisen, bisher aber die etablierten Parteien wählten. Für diese sich selbst der „Mitte“ zurechnenden Schichten ist die NPD als offen rechtsextreme Partei nicht wählbar gewesen.

Die AfD demgegenüber schafft es, diese anzusprechen. Damit ist die AfD nicht einfach eine Konkurrenz für die NPD oder schöpft „nur“ aus dem im Übrigen großen Topf der Nichtwähler\_innen. Vielmehr ist sie Konkurrenz für die etablierten Parteien, die es bisher schafften, auch antidemokratisch Eingestellte zu integrieren. Zu hoffen wäre, dass diese Parteien darauf klug reagieren – und zwar mit Ausgrenzung der AfD, anstatt ihre menschenfeindlichen Diskurse aufzunehmen. ■

Abbildung 27:

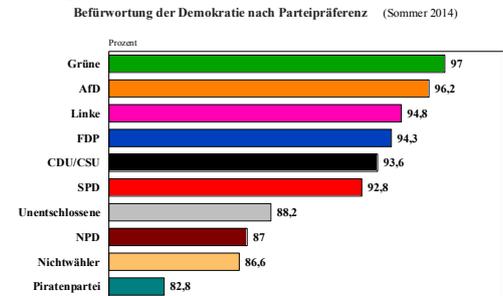


Abbildung 29:

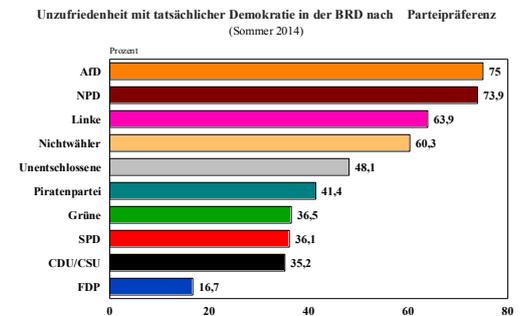
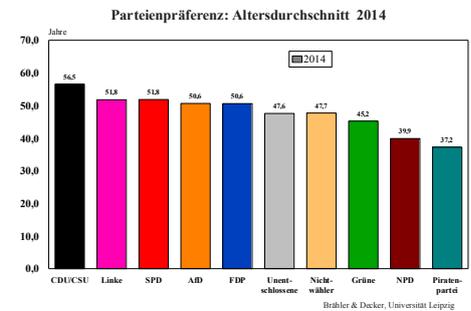
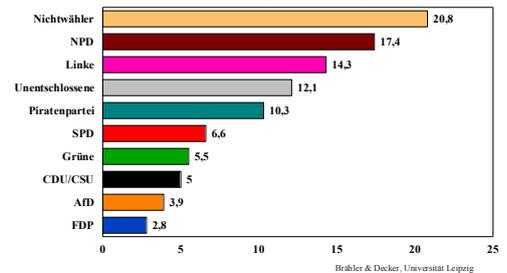


Abbildung 5:



Parteienpräferenz und monatliches Haushaltseinkommen unter 1000 Euro (Sommer 2014)





## „SCHREIBT EINEN BRIEF AN JEMANDEN, DER IHN AUCH LIEST!“

### Die „Montagsdemos“ – Querfront zwischen Friedensbotschaft und völkischem Ideenwirrwarr

Von Tobias Prüwer

**Mit wenig Inhalt, aber viel Pathos und Betroffenheit gelang es den „Montagsdemos“ 2014 in Leipzig Hunderte zu mobilisieren.<sup>[1]</sup> Geprägt durch Querfrontstrategie zwischen Friedensbotschaft und völkischem Ideenwirrwarr scheitert die neue „Bürgerbewegung“ an ihrer inhaltlichen Unbestimmtheit und politischen Naivität.**

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Mit ein bisschen Frieden und Querfront lockten die Montagsdemonstrationen bis zur ersten Jahreshälfte 2014 tausende Menschen mit verkürzter Kapitalismuskritik, Kleine-Leute-Wut und „Wir sind das Volk“-Populismus auf die Straßen. Auch in Leipzig stocherten bis zu 800 Empörte im Nebel und suchten den Burgfrieden gegen Krieg und Krise. Ende März 2014 begannen Menschen zu Wochenbeginn ab 18 Uhr auf dem Augustusplatz eine Kundgebung für den Frieden abzuhalten.<sup>[2]</sup> Die anfänglich besonders seltsamen Züge wurde sie nie ganz los.

#### Alle machen mit ...

Beispiel, 21. April, 19.55 Uhr: Zwischen emotionaler Betroffenheit der Demonstrant\_innen und ihren Vorstellungen was zu tun sei, klaffen Welten. Erst gegen Ende der Kundgebung ist etwas Konkretes zu hören, wird eine klare, wenn auch sinnfreie Handlungsanweisung gegeben: „Schreibt einen Brief an jemanden, der ihn auch liest!“. Knapp zwei Stunden zuvor begann auf dem Augustusplatz die vierte der wöchentlichen Veranstaltung mit geschätzten 400 Teilnehmer\_innen, deren klarste Botschaft lautete: „Kommt zu den Montagsdemos.“ Solche finden seit Frühjahr 2014 in vielen deutschen Städten statt. Sie sehen sich als Wiedererweckung der 89er-Bürgerbewegung und nahmen die Ukraine-Krise zum Anlass, um Kundgebungen „gegen den Krieg“ abzuhalten und multithematischer Empörung Luft zu verschaffen. Unter den Organisatoren befinden sich bundesweit auch in verschwörungstheoretischen Kreisen Aktive, Neurechte und Querfrontler – wobei sie selbst links/rechts als politische Kategorie für nicht mehr zeitgemäß halten. Unter anderem das globalisierungskritische Attac-Netzwerk und Friedensinitiativen haben sich von den Demos distanziert. Noch im Herbst sollen es laut zentraler Website 115 gewesen sein, in

Wirklichkeit hatten da aber schon die meisten wieder aufgegeben.<sup>[3]</sup> In Leipzig haben beide – es gab zwei separate Demos, worauf zurückzukommen sein wird – Montagsdemobündnisse die Kundgebungen eingestellt. Warum dann noch über sie sprechen? Weil sie zeigen, welche kruden Weltbilder und diffusen politischen Vorstellungen in Teilen der Bevölkerung kursieren. Als im April das nazistisch-verschwörungverdrehte „Anonymous.Kollektiv“ zum Shitstorm gegen die Medien rief, um diese zu Berichten über die Demos zu zwingen, wütete ein Leipziger Redner: „Zwingt diese Schweine, uns wahrzunehmen!“ Auf der Facebook-Seite der Leipziger Demo wurde mehrfach Ken Jepsen verlinkt, der mit seinen Videoclips als Anchorman in der verschwörungstheoretischen Szene fungiert. Dieses Bild revidiert sich auch am 21. April in Leipzig nicht. Die Organisatoren erweitern das Motto zu „Nie wieder Krieg & Faschismus“ und erklären, dass man keine Nazis dabei haben will. Das erweist sich angesichts der Weigerung, überhaupt in solche Kategorien zu unterteilen, als Schlag ins Wasser. Das zeigt auch die Mischung des Publikums. Darunter befinden sich eben auch NPDler, Mitglieder der AfD wie Landesvorstandsmitglied Hans-Thomas Tillschneider, Freiwild-Hörer und Fans von Nazi-Bands. Ein Pärchen hält schwarze Luftballons in den Händen mit dem Aufdruck: „Dem Gedenken der Opfer des TERRORanfalls auf Dresden am 13./14. Februar 1945“.

#### ... aber wobei eigentlich?

Hoffnung auf eine friedvolle Zukunft nennt eine Rednerin den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ der Demonstrierenden. Um Inhalte, im Sinne von Information, geht es bei diesem bisschen Frieden nicht. Schwammig hören sich die Vorträge an. Jeder Fokus fehlt, wenn ein Beitrag zur Ukraine in Randnotizen über die „Volkskrankheit Depression“ abdriftet, mal mehr Polizist\_innen und Mitbestimmung gefordert werden oder Kapitalismuskritik anhand des „Fließenden Geld“-Konzepts des rechten „Zinskritikers“ Andreas Popp geübt wird. So wichtig viele der irgendwie angesprochenen Themen sein mögen, ihre stets unterkomplexe Betrachtung macht fassungslos. Hier stehen erwachsene Menschen und applaudieren,

Wöchentlich trafen sich Leipziger\_innen zu den „Montagsdemos“ auf dem Augustusplatz.

[1] Dieser Text basiert, sofern nicht anders angegeben auf eigenen Beobachtungen des Autors, die im Wesentlichen zusammengefasst sind in: „Ein bisschen Frieden“, kreuzer-online, 22.4.2014, <http://kreuzer-leipzig.de/2014/04/22/ein-bisschen-frieden>, „Mit Politik will ich nichts zu tun haben!“, kreuzer-online, 13.5.2014, <http://kreuzer-leipzig.de/2014/05/13/mit-politik-will-ich-nichts-zu-tun-haben>

[2] [www.facebook.com/MontagsdemoLeipzig/info](http://www.facebook.com/MontagsdemoLeipzig/info)

[3] [www.mahnwache.info/index.php/hintergrund/mahnwachen](http://www.mahnwache.info/index.php/hintergrund/mahnwachen)

[4] Der Montagsdemo-Dauer-Teilnehmer Hagen Grell wollte in einem Interview den Nazi-vorwurf entkräften. Gelungen ist das nicht. „Medien-Blamage?! Ist Stephane Simone KEIN Neo-Nazi?“, 28.4.2014, Privat-Blog, [www.hagengrell.de/iprotest/2014/04/28/medien-blamage-ist-stephane-simon-kein-neo-nazi](http://www.hagengrell.de/iprotest/2014/04/28/medien-blamage-ist-stephane-simon-kein-neo-nazi).

[5] Statement vom 18.7.2014, [www.facebook.com/MontagsdemoLeipzig](http://www.facebook.com/MontagsdemoLeipzig)

[6] Beispielhaft, ab Minute 60: <https://www.youtube.com/watch?v=bfiymPckaV8>

wenn jemand sagt: „Frieden ist mehr als Nicht-Krieg, Lieben mehr als Nicht-Hassen.“ Von Politik und dem Politischen hat hier – bei allem Verständnis für die Wut und Empörung über den Weltzustand – niemand eine Ahnung, aber man meint trotzdem, Recht zu haben. Vorwürfe der Unprofessionalität und der politischen Naivität müssen sich die Organisatoren und die Menschen am Mikro mindestens gefallen lassen. Da wird auch Kulturalismus gern bedient, wenn ein Moderator meint, man könne Stephane Simon höchstens vorwerfen, Franzose zu sein. Denen läge das Revolutionäre schließlich im Blut. Der ehemalige Bundespolizist Simon ist jemand, an dem sich die Kritik an der Kundgebung persönlich entzündet hat. Er trat als Pressesprecher für die NPD-gesteuerte Bürgerinitiative GOHLIS SAGT NEIN auf, er war bei einer NPD-Demo zugegen und ihm wird eine Nähe zu den revanchistischen Reichsbürgern attestiert.<sup>[4]</sup> Zu solchen Vorwürfen von den Montagsdemonstrierenden kein Wort.

„Wir sind keine Nazis, keine Antisemiten. Wir sind Menschen!“: Wird auf solcher Grundlage argumentiert, wünscht man sich eine leicht geänderte Neuauflage des legendären Titanic-Covers wieder: „Schrecklicher Verdacht: War Hitler ein Mensch?“ Der Vorwurf, mindestens rechtsoffen zu sein oder dem Prinzip Querfront zu folgen, wird damit abgebügelt, dass „Saboteur“ ist, wer „Antisemit“ sagt. Oder ein „Spalter“. Die Wortwahl ist bemerkenswert. Hier wird also das Volk, die Bevölkerung gespalten. Man wähnt sich folglich einmal mehr, für alle zu sprechen, eine stille Mehrheitsmeinung zu artikulieren. Schweine statt Menschen, Volk/Wir gegen die Korrupten, immer wieder ist von der „Wahrheit“ die Rede, die man selbst besitze – trotz unterschiedlicher Standpunkte. Vor dieser hätten die verlogenen Politiker Angst und die Medien würden darum nicht berichten.

### Von der Spaltung...

Auch an anderen Tagen kann man erfolgreich Bingo spielen mit den Worten „Wahrheit“ und „Menschen“, „Geld“ und „Zins“, „Volk“ und „System“. Schuld an der Weltlage sind die USA und die EU. Auf einer Demo trat Ken Jebesen selbst auf. Nicht einmal von manchen seiner Aussagen hatten sich die Veranstalter im Vorfeld distanzieren wollen. In einer Sendung namens „Zionistischer Rassismus“ etwa hatte Jebesen im erklärt, Israel strebe die „Endlösung für Palästina“ an.

Anfang Juni schien ein kleiner Wandel durch die Leipziger Montagsdemo zu gehen. Die Themen wurden breiter, die Ausfälle weniger. Mit den stets am Rande stehenden Antifas als kritische Beobachter\_innen hatten sich die Veranstalter\_innen offenkundig arrangiert und nach entsprechendem Hinweis auch

einen bekannten Neonazi aus der Kundgebung ausgeschlossen. Dann kam plötzlich Mitte Juni eine zweite Demonstration hinzu, die kurzzeitig als „Sonntagsausflug“ deklariert wurde, dann aber ebenfalls montagswahlweise auf dem Markt oder dem Richard-Wagner-Platz stattfand. Auf der Auftaktdemo trat auch der berühmte Berliner Demo-Initiator Lars Mährholz auf. Das ist als Versuch zu deuten, die Leipziger wieder auf Kurs zu bringen, stören sie doch mit ihrer vergleichsweise deutlicheren Absage an Nazis Mährholz' einladende Querfront-Geste. Deshalb distanzierten sich die Demonstrierenden auf dem Augustplatz auch von dem Ableger: „Eine klare Absage erteilten die Verantwortlichen der Friedenswache in Leipzig den Organisatoren der Montagsdemonstranten an der Blechbüchse, um sich mit dem überall spürbaren Einfluss rechter oder sog. Querfrontstrategen nicht gemein zu machen.“<sup>[5]</sup>

Unter den Veranstalter\_innen der neuen Demo befand sich Rico Handta vom Brandenburger BÜRGERFORUM GERECHTE ZUKUNFT, der unter anderem propagiert, nicht ausreichend frankierte Briefe zu verschicken und sich dabei auf ein Gesetz für Kriegsgefangenenpost beruft. Ein beliebtes Thema in rechten Kreisen. Auch bereits erwähnter Stephane Simon war wieder mit von der Partie und griff oft zum Mikrofon. Die Themen bewegten sich immer wieder deutlich im rechten Bereich. Es fallen Begriffe wie „BRD-GmbH“, die man von den so genannten Reichsbürgern kennt.<sup>[6]</sup> Die Bundesrepublik ist nach dieser Auffassung kein souveräner Staat, weshalb die Bürger\_innen jedes Recht hätten auf Behördenbescheide, GEMA-Zahlauforderungen etc. nicht zu reagieren. Die Teilnehmer\_innen bezogen sich explizit auf die Berliner Demonstration um Lars Mährholz. Allerdings kam hier wöchentlich nur ein versprengtes Häufchen von wenigen Dutzend Menschen zusammen. Und auch die Montagsdemo auf dem Augustusplatz schrumpfte in der Teilnehmerzahl zusehends zusammen.

### ... zur Auflösung

Anfang September sind beide Demonstrationen aus dem Stadtbild verschwunden, die Querfront-Variante ist auch als Facebook-Gruppe gelöscht, die Augustusplatz-Gruppe versendet noch Literaturtipps und Ankündigungen anderer Veranstaltungen. Das darf aber nicht als Entwarnung gewertet werden. Beim nächsten Anlass könnten ebenso schnell wie im Frühjahr hunderte Leipziger\_innen aus diffusem Unbehagen zu neuen Kundgebungen zusammenfinden – ohne konkrete Inhalte und allzu große Berührungängste gegenüber verschwörungstheoretischen und rechten Einstellungen, aber mit dem Gefühl, sich als Volk im Besitz der Wahrheit zu wähen. ■

# STADTRATSWAHL IN LEIPZIG

## NPD erringt nur noch ein Mandat und verursacht Teil-Neuwahl / AfD zieht in Fraktionsstärke ein

Von chronik.LE

Bei der Wahl für den Leipziger Stadtrat am 25. Mai 2014 erzielte die NPD 2,4 Prozent (12.559 Stimmen) - gegenüber der Stadtratswahl von 2009 ein Rückgang um 0,5 Prozentpunkte.<sup>[1]</sup> Damit zog die Neonazi-Partei nur noch mit einem statt zwei Abgeordneten in das Parlament ein. Neuer NPD-Vertreter im Stadtrat ist der im Wahlkreis (WK) 1 kandidierende **Enrico Böhm** (Jg. 1982). Der als Anführer der neonazistischen Hooligan-Gruppierung BLUE CAPS LE bekannt gewordene Böhm hatte bereits 2009 für den Stadtrat kandidiert und damals den Einzug nur knapp verpasst. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die NPD in den östlichen Wahlkreisen 1 (4,7 Prozent) und 2 (3,3 Prozent) sowie in Grünau/WK 6 (3,7 Prozent). Dort hatte die Partei bereits 2009 mit Stimmgewinnen zwischen 3,8 und 4,4 Prozent ihren höchsten Zuspruch erreicht.

### AfD zieht mit Ex-DSU-Mitgliedern in Fraktionsstärke ein

Die erstmals angetretene „Alternative für Deutschland“ (AfD) kam auf 6,4 Prozent (32.914 Stimmen) und zog aus dem Stand in Fraktionsstärke mit vier Abgeordneten in den Stadtrat ein: **Jörg Kühne** (WK 0, 1.462 Stimmen), **Tobias Keller** (WK 3, 1.886 Stimmen), **Christian Kriegel** (WK 8, 1.941 Stimmen) und **Holger Hentschel** (WK 9, 2.954 Stimmen). Nur knapp verfehlte der AfD-Kandidat **Karl-Heinz Obser** mit immerhin 1.554 Stimmen im WK 6 die Rückkehr in das Parlament. Der 67-Jährige saß bis 2009 bereits für die DEUTSCHE SOZIALE UNION (DSU) im Stadtrat und bildete dort mit der CDU eine Fraktionsgemeinschaft. Einige der zukünftigen AfD-Stadträte waren zuvor ebenfalls Mitglied dieser rechtskonservativen Kleinstpartei. Der Anfang 2014 zur AfD gewechselte Jörg Kühne war viele Jahre Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der Leipziger CDU. Ebenso wie die NPD erzielte die AfD in Grünau (8,5 Prozent) und in den WK 1 (6,9 Prozent) und 2 (6,5 Prozent) überdurchschnittliche Ergebnisse, zudem in den nördlichen WK 8 (7,4 Prozent) und 9 (14,2 Prozent).<sup>[2]</sup>

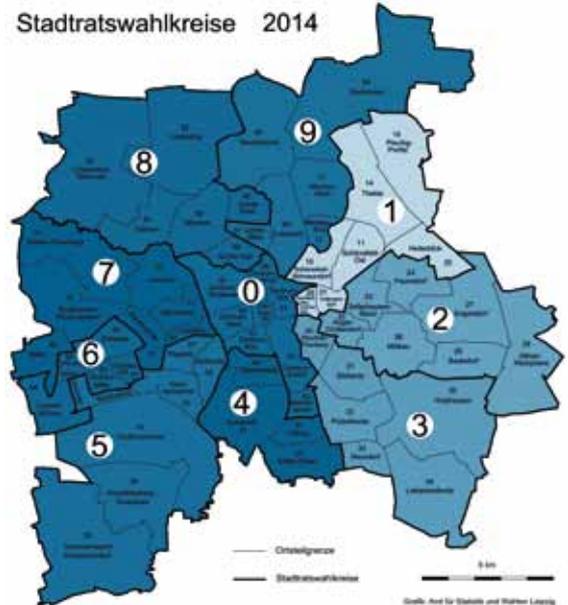
### Vorbesterter NPD-Kandidat verursacht Neuwahl

Am 17. Juni erklärte die Landesdirektion Sachsen die Leipziger Stadtratswahl vom 25. Mai hinsichtlich des Wahlkreises 9 für ungültig. Grund dafür war, dass die NPD mit **Alexander Kurth** hier einen Bewerber aufgestellt hatte, der aufgrund seiner Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung und versuchten gefährlichen Raubs laut § 45 Absatz 1 StGB für fünf Jahre kein öffentliches Amt mehr bekleiden darf. Dieser Verlust des passiven Wahlrechts war zuvor of-

fenbar niemandem aufgefallen. Die Leipziger Stadtverwaltung gibt als Grund „technische Fehler“ an. So soll das Ordnungsamt aufgrund der mehrfachen Umzüge Kurths keine Kenntnis von dessen Vorstrafen gehabt haben und dem Kandidaten deshalb fälschlicherweise eine Wählbarkeitsbescheinigung ausgestellt haben. Obwohl Kurth den Einzug in den Stadtrat trotz immerhin 1.650 Stimmen (bestes Einzelergebnis aller NPD-Kandidat/innen) verpasste, begründete die Landesdirektion

die Notwendigkeit einer Neuwahl im WK 9 damit, dass ohne die auf ihn entfallenen Stimmen das Gesamtwahlergebnis hätte anders aussehen können. Interessanterweise geht die Behörde davon aus, dass die Stimmen für die NPD ohne Kurths Kandidatur zum Teil an die CDU gegangen wären, wodurch diese ein weiteres Mandat zulasten der SPD hätte erringen können: „Es entspricht nämlich nicht nur einer theoretischen, sondern einer konkreten, der Lebenserfahrung nicht fernliegenden Möglichkeit, dass ein Teil der Wähler, die jetzt im Wahlkreis 9 ihre Stimme dem Wahlvorschlag der NPD gegeben haben, bei einer Nichtzulassung des Wahlvorschlags stattdessen die CDU gewählt hätten.“<sup>[3]</sup> Bei der Nachwahl am 12. Oktober trat die NPD mit zwei neuen, „unbelasteten“ Kandidat/innen an, verlor jedoch über 700 Stimmen. Im gesamten Stadtgebiet verringerte sich ihr Ergebnis dadurch um 0,1 Prozentpunkte. Die AfD konnte ihr Gesamtergebnis dagegen um 0,4 Prozentpunkte steigern. Auf die Anzahl der Mandate hatte die Nachwahl bei diesen Parteien jedoch keinen Einfluss.<sup>[4]</sup> Der neue Stadtrat hat sich aufgrund dieser Verzögerungen erst im Dezember 2014 konstituiert. ■

Stadtratswahlkreise 2014



[1] In den Angaben sind bereits die Ergebnisse der Nachwahl im WK 9 am 12. Oktober berücksichtigt.

[2] Bei der Nachwahl im WK 9 konnte die AfD ihre Stimmenanzahl beinahe verdoppelt. Zuvor war sie hier „nur“ auf 8,3 Prozent gekommen.

[3] Aus der Begründung der Teilungültigkeitserklärung der Wahl durch die Landesdirektion.

[4] Die CDU wurde durch die Nachwahl mit einem zusätzlichen Sitz beglückt, die SPD musste einen abgeben. Bei Linken und Grünen blieb die Anzahl der Mandate zwar gleich, allerdings gab es personelle Verschiebungen.

Wahlkreis	NPD-Prozent	NPD-Stimmen	AfD-Prozent	AfD-Stimmen
0	1,4	1008	4,6	3305
1	4,7	1976	6,9	2885
2	3,3	1488	6,5	2917
3	2,3	1974	5,5	3106
4	1,2	802	3,6	2413
5	1,5	864	5,2	3062
6	3,7	1261	8,5	2894
7	2,7	1337	6,1	3042
8	3,0	1641	7,4	4016
9	2,4	888	14,2	5274
<b>Gesamt:</b>	<b>2,4</b>	<b>12.559</b>	<b>6,4</b>	<b>32917</b>

# NPD-STRATEGIE IN LEIPZIG GESCHEITERT

## Zur Entwicklung der Neonazi-Partei in den Jahren 2013/14

Von chronik.LE

Vor den Wahlen im Jahr 2014 hat die NPD ihre Aktivitäten in Leipzig sichtbar verstärkt. So wurden verschiedene „Bürgerinitiativen“ initiiert und der Leipziger JN-Verband wiederbelebt. Genutzt hat das der Partei bei den Wahlen wenig. Mit dem Ende des „Nationalen Zentrums“ in der Odermannstraße verliert die NPD nach sechs Jahren ihre zentrale Anlaufstelle in der Stadt.

Mit 18 Kandidat\_innen trat die NPD am 25. Mai 2014 in allen zehn Leipziger Wahlkreisen zur Kommunalwahl an, auf den vorderen Listenplätzen standen überwiegend junge Personen. Ein Mandat errang nur einer von ihnen – der vormalige Hooligan **Enrico Böhm**, in dessen Wahlkreis 4,7 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die NPD entfielen. Sein Wahlkreis 1 umfasst u.a. den Stadtteil Schönefeld, in dem die NPD von November 2013 bis Februar 2014 eine Kampagne gegen eine zeitweilige Asylunterkunft führte.

Einen ähnlichen Erfolg hatte sich die NPD auch in den nördlichen Wahlkreisen 8 und 9 erhofft. Eine Petition unter dem Titel **GOHLIS SAGT NEIN** erhielt zwar über 10.000 Unterschriften, doch nur bei einem Bruchteil der Unterzeichner\_innen handelte es sich um Leipziger Bürger\_innen. Schließlich entfielen auf die NPD im Wahlkreis 8 lediglich 3,0 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auch im Wahlkreis 9 verfehlte der neonazistische Multifunktionär und Leipziger JN-Vorsitzende **Alexander Kurth** ein Mandat. Nach der Wahl resümierte er, die Partei müsse sich stärker am „modernen Nationalismus“ europäischer Rechtsparteien „wie der Front National oder FPÖ“ orientieren. Zugleich übte er scharfe Kritik an einer „unfähigen Führung“ des Kreisverbands, der „in den letzten Jahren nur als Hinterzimmerverein agierte“.



Alexander Kurth (ehem. NPD) unrechtmäßige Stadtratskandidatur erforderte eine Neuwahl in Wahlkreis 9. Abgebildet ist ein Screenshot von Kurths Wahlkampfpropaganda auf Facebook.

### Rasanter Aufstieg und Fall des Alexander Kurth

Bereits vor der Wahl gab es Streit zwischen den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) und ihrer Mutterpartei. Der NPD-Landesvorstand hatte dem Leipziger Kreisverband eine Demonstration vor den Kommunalwahlen untersagt. Doch der Aufmarsch gegen „linken Straßenterror“ fand statt – am 18. Mai 2014, angemeldet von der JN SACHSEN. Kurth, welcher entscheidenden Einfluss auf die wiederbelebte Aktions- und Kampagnenfähigkeit der Leipziger NPD hat, musste hierfür erst mit der Einstellung seiner Parteiarbeit drohen, sollte der Landesvorstand seinem Wunsch nach einer Machtdemonstration auf den Straßen Leipzigs nicht nachkommen. Dass die NPD Leipzig ihren Willen durchsetzen konnte, obwohl auf Landesebene die Sorge bezüglich einer „Krawalldemo“ und folglich schlechter Presse vor einer wichtigen Wahl bestand, zeigt, wie wichtig der neu geordnete Kreisverband genommen wird. Kurth, der erst 2012 aus der Haft entlassen wurde, machte als Kopf der KAMERADSCHAFT LEIPZIG MÖCKERN schnell Karriere. Schon bald übernahm er auch die Geschicke der seit langem inaktiven Leipziger JN, um schlussendlich mit seinen Getreuen das Ruder im Kreisverband der NPD an sich zu reißen. Seine KAMERADSCHAFT LEIPZIG MÖCKERN hat sich mittlerweile ebenso wie die Kameradschaft HEIMAT-TREUES-LEIPZIG in die Strukturen der NPD und JN integriert.

Im Gegensatz zur Anti-Asyl-Kampagne in Schönefeld, deren erste öffentliche Aktion eine von der NPD angemeldete Kundgebung am 18. November 2013 war, hatte man sich in Gohlis zunächst um ein bürgerliches Auftreten bemüht: Die zugehörige Facebook-Seite gab keinen Urheber an, die in der Petition angegebene Adresse war ein unbewohntes Haus. Offenkundige Wahlwerbung für die NPD wurde anfangs noch nicht betrieben. Im Januar 2014 trat die von der NPD organisierte Initiative LEIPZIG STEHT AUF an die Öffentlichkeit, angeblich ein Zusammenschluss von GOHLIS SAGT NEIN und der ELTERNINITIATIVE SCHÖNEFELD. Spätestens bei der versuchten Übergabe der Unterschriftensammlung vor der Stadtratssitzung am 16. April 2014 wurde offensichtlich, dass auch hinter der vermeintlichen Gohliser Bürgerinitiative hauptsächlich NPD-Kader stehen.

Die Hetze gegen die grundgesetzlich verbriefte Religionsfreiheit blieb bei den Kommunalwahlen erfolglos.



NPD-Kundgebung in Leipzig-Gohlis am 2. November 2013.

Gleichwohl bescherte Alexander Kurths Kandidatur der Stadt eine kostspielige Nachwahl. Aufgrund seiner Vorstrafen hätte Kurth, der 2003 als „Prinzen-Schläger“ zweifelhafte Berühmtheit erlangte<sup>[1]</sup> und zuletzt 2009 u.a. wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt wurde, nicht kandidieren dürfen. So stand in Kurths Wahlkreis 9 am 12. Oktober 2014 Enrico Böhms Freundin **Annemarie Kunze** an der Spitze der NPD-Liste – 2,4 Prozent der Wähler\_innenstimmen verhalfen der NPD jedoch zu keinem weiteren Stadtratsmandat.<sup>[2]</sup> Unterdessen zog Alexander Kurth angeblich die Konsequenzen seiner misslungenen Kandidatur und trat aus der NPD aus.

### Das Ende der Odermannstraße 8

Dies war offenkundig nur eine PR-Maßnahme. Kurth leitet weiterhin die Geschicke der Leipziger JN. Ebenso war sein Engagement für die NPD im sächsischen Landtagswahlkampf ungebrochen. Geholfen hat es nicht: Am 31. August 2014 scheiterte die NPD knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Ein weiterer herber Schlag war die zwei Wochen später vollzogene Räumung des „Nationalen Zentrums“ in der Odermannstraße 8. Die Aufgabe des seit Ende 2008 genutzten Objektes stand jedoch schon vor der Wahl fest – und ist angesichts des erfolglosen Versuchs, ein „Nationales Jugendzentrum“ zu etablieren, wenig verwunderlich. Zuletzt hatte dort der NPD-Stadtrat **Klaus Ufer** sein „Bürgerbüro“ – zur Kommunalwahl 2014 Jahr trat der Mitsiebziger gar nicht mehr an. Ufers zeitweiliger Stadtratskollege **Rudi**

**Gerhardt** hatte die NPD im September 2012 verlassen. Von den angekündigten „dezentralen Anlaufstellen für Mitglieder und Interessenten“ ist bislang nichts zu spüren. Für gut besuchte Veranstaltungen, insbesondere von **Nils Larisch** organisierte Zeitzeugenvorträge, wurden schon vorher hauptsächlich Örtlichkeiten in Riesa und Mutzschen genutzt. Dort stehen der NPD die Räume des DEUTSCHE STIMME-Verlags und ein Steinbruch, der dem verstorbenen **Winfried Petzold** gehörte, zur Verfügung. In Leipzig muss die JN unterdessen anscheinend auf öffentliche Räume und neue Aktionsformen ausweichen. Ein Straßentheater, welches eine Enthauptung durch Islamisten darstellen sollte, erregte Ende September allerdings hauptsächlich die Aufmerksamkeit der Polizei.

Die Anti-Asyl-Kampagne der NPD hat sich mit den Wahlen möglicherweise noch nicht erledigt. Zu einer Infoveranstaltung der Stadt Leipzig am 13. Oktober 2014 anlässlich einer geplanten befristeten Asylunterkunft in Paunsdorf erschienen auch Enrico Böhm und Axel Radestock. Böhm ist mittlerweile zum Vorsitzenden der Leipziger NPD avanciert, Radestock sein Stellvertreter. Kurth kündigte unterdessen erneut – und dieses Mal nicht aus wahlkampfaktischen Gründen – an, seinen Parteiausweis abzugeben. Vorangegangen waren parteiinterne Streitigkeiten um seine Person. Und auch falls die NPD-Kampagne nach dem Wahlkampf abflaut: Rassist\_innen und anderweitig organisierte Nazis gibt es nach wie vor. ■

[1] Aufgrund eines Überfalls auf den Sänger der Leipziger Pop-Gruppe „Die Prinzen“, Sebastian Krumbiegel, und den Schlagzeuger der Band, Ali Zieme, im Gohliser Arthur-Bretschneider-Park.

[2] Beim ersten Anlauf am 25. Mai hatte die NPD in diesem Wahlkreis noch 3,3 Prozent erzielt.



## VERLUSTE FÜR DIE NPD IM LEIPZIGER UMLAND

### Übersicht zu den Kreistags-, Stadt- und Gemeinderatswahlen in Nordsachsen sowie dem Landkreis Leipzig

Von chronik.LE

In Nordsachsen und im Landkreis Leipzig ist die NPD bei der Kommunalwahl am 25. Mai mit jeweils drei Abgeordneten in den Kreistag eingezogen - jeweils ein Mandat weniger als 2008. Außerdem stellt die Neonazi-Partei in beiden Kreisen nun je vier Stadt-/Gemeinderäte. Im Landkreis Leipzig verliert sie damit gegenüber 2009 acht kommunale Mandate.

#### Nordsachsen

Bei der Kreistagswahl in Nordsachsen erreichte die NPD 4,6 Prozent (9.642 Stimmen) - ein minimaler Rückgang gegenüber der Wahl 2008 (4,7 Prozent, 9.973). Die Zahl der Mandate verringert sich jedoch um eins auf nur noch drei. Neben dem bereits in der vergangenen Wahlperiode im Parlament vertretenen Jens Gatter (Liebschützberg) sitzen nun auch der NPD-Kreis-Chef und Landesvize **Maik Scheffler** (Delitzsch) und der JN-Landesvorsitzende **Paul Rzehaczek** für die Neonazi-Partei im Kreistag.<sup>[1]</sup>

Alle drei Kreisräte sind auch in ihren Kommunen in den Stadt- bzw. Gemeinderat gewählt worden: Scheffler zog mit 4,4 Prozent wieder in den Delitzscher Stadtrat ein (2009: 3,8 Prozent). Paul Rzehaczek, der in Eilenburg seinen Vater **Kai Rzehaczek** ablöst, erzielte 6,1 Prozent (2009: 4,9 Prozent). **Jens Gatter** kam in Liebschützberg sogar auf 14,1 Prozent, was für zwei Mandate gereicht hätte. Da die NPD hier aber keine/n zweite/n Kandidat/in aufgestellt hatte, bleibt Gatter allein auf weiter Flur. Auch in Oschatz ist die NPD in Gestalt von Uwe Bautze mit 5,9 Prozent (2009: 6,3 Prozent) wieder in den Stadtrat eingezogen. Die Partei war diesmal noch in zwei weiteren Gemeinden (Taucha, Cavertitz) angetreten, verfehlte dort aber den Einzug.

Die AfD ist in Nordsachsen aufgrund interner Probleme nicht zur Wahl angetreten.

#### Landkreis Leipzig

Im Landkreis Leipzig erreichte die NPD 4,0 Prozent (11.656 Stimmen) - ein spürbarer Rückgang gegenüber 2008, als die Partei noch 4,7 Prozent (14.260) erzielte. Entsprechend verringerte sich die Zahl der Kreistagsmandate wie in Nordsachsen um eines auf nur noch drei.

Angesichts des Zustandes des NPD-Kreisverbandes handelt es sich trotzdem um einen unerwarteten Erfolg. Anfang 2012 waren zwei der damaligen NPD-Kreisräte aus der Fraktion ausgetreten, kurz darauf trat der gesamte Kreisvorstand aus der Partei aus. Für anderthalb Jahre führte Maik Scheffler aus Nordsachsen nebenbei auch den Leipziger Kreisverband, bevor er Ende 2013 seinen Zögling **Manuel Tripp** aus Geithain zum neuen Kreisvorsitzenden im Landkreis Leipzig machte. Hatte die NPD 2008 noch 26 Kandidat/innen aufgeboden, trat sie jetzt nur noch mit zehn Personen zu Wahl an - jeweils eine/r pro Wahlkreis. Neben dem Kreisvorsitzenden Tripp ziehen **Kati Köhler** und **Stefan Schubinski** (beide aus Borna) in das Kreisparlament ein.

Schubinski und Tripp wurden in Borna bzw. Geithain auch in den Stadtrat gewählt. In Borna steigerte sich die NPD leicht von 4,4 auf nun 4,7 Prozent (1.029 Stimmen). Schubinskis Vorgänger **Tony Keil** hatte seinen 2009 errungenen Sitz im Stadtrat schon Anfang 2012 erzwungenermaßen aufgegeben - er musste wegen einer Schlägerei und anderer Straftaten für acht Monate ins Gefängnis. Tripp konnte sein Ergebnis in Geithain beinahe verdoppeln: vom 5,4 auf 10,0 Prozent (729 Stimmen). Das hätte sogar für zwei Mandate gereicht. Wie in Liebschützberg hatte die NPD aber auch hier nur einen Kandidaten, so dass ein Sitz im Stadtrat unbesetzt bleibt.

Zwei weitere Kommunalmandate gewann die NPD in Parthenstein (6,1 Prozent) und Trebsen (7,3 Prozent). In beiden Gemeinden war die Partei mit **Peter Köppe** und **Andreas Hufnagel** auch zuvor schon vertreten. In Brandis scheiterte die NPD dagegen am Wiedereinzug. In ihrer bisherigen Hochburg Wurzen, wo die Partei 2009 noch zwei Mandate errungen hatte, fanden sich diesmal gar keine Kandidat/innen. Auch in Bad Lausick, Großbothen, Machern, Mutzschen und Thallwitz ist die NPD nicht mehr angetreten. Statt insgesamt zwölf stellt die Partei im Landkreis Leipzig nur noch vier Stadt- und Gemeinderäte.

Die AfD kam bei der Kreistagswahl auf 2,7 Prozent (7.942 Stimmen) und erringt damit zwei Mandate. Diese werden von **Lars Herrmann** (Parthenstein) sowie **Bruno Stühmeier** (Bad Lausick) eingenommen. ■

Umtriebige NPD-Kader in Nordsachsen: Kai Rzehaczek, Maik Scheffler und Paul Rzehaczek (von links).

[1] Sowohl Scheffler als auch Rzehaczek haben infolge des knapp verpassten Landtags-einzugs der Partei Anfang November ihre Ämter im NPD-Landesvorstand niedergelegt. Laut einer Meldung auf Schefflers Facebook-Seite stehe er auch für die Funktion als Kreisvorsitzender nicht mehr zur Verfügung. Von der Rückgabe der gewonnenen Mandate in Kreistag und Stadtrat ist jedoch keine Rede.



03 KAPITEL

# HISTORISCHES

# DIE VERSCHWIEGENEN TOTEN

## Opfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990

Von Rassismus tötet! Leipzig & Initiativkreis Antrassismus  
**Klaus R., Horst K., Bernd Grigol, Achmed Bachir, Nuno Lourenço, Thomas K., Karl-Heinz Teichmann und Kamal Kilade sowie die Verdachtsfälle Gerhard Sch. und Gerhard Helmut B. sind die bisher bekannten Todesopfer rechts-motivierter Gewalt in Leipzig. Ihnen, und jenen die bisher unbekannt geblieben sind, vergessen und verschwiegenen werden, ist die Ausstellung „Die verschwiegenen Toten – Opfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990“, gewidmet.**

### Rechte Morde – Ein gesamtgesellschaftliches Problem

Die Taten haben in allen Fällen homosexuellenfeindliche, sozialdarwinistische oder rassistische Hintergründe bzw. richteten sie sich gegen Menschen, aufgrund ihres nicht-rechten Auftretens. Lediglich drei der zehn Morde werden in der offiziellen Statistik rechts-motivierter Gewalttaten aufgeführt. Dabei erfolgte die Anerkennung von Nuno Lourenço und Achmed Bachir erst Jahre später, von Kamal Kilade erst nach Druck und dauerhafter Thematisierung seitens Angehöriger, Freund\_innen und antirassistisch Engagierter. Druck und dauerhafte Thematisierung darf nicht nur auf die Zeit während des Prozesses beschränkt bleiben, sondern es gilt beides konstant aufrecht zu erhalten, um die Ermordeten in Erinnerung zu behalten, aber auch um die Taten sowie die dahinter stehenden Ideologien fortwährend in einem gesellschaftlichen Rahmen zu betrachten.

Anders als Politik, Polizei, Gerichte oder diverse Medien suggerieren, sind die Taten keine unpolitischen Morde. Die Täter\_innen sind häufig Neonazis, die teilweise in organisierten Strukturen aktiv sind/waren oder die sich anhand ihres Kleidungsstils erkennen lassen.

### Problem: Erfassung

Laut Definition des BKA (2001) zählt als politisch-motivierte Kriminalität rechts „eine Tat insbesondere dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung,

Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status´ richtet.“ Trotz des kruden Menschenbildes ist diese Definition ein Fortschritt. Bis dato galten lediglich jene Taten als politisch-motiviert rechts, wenn sie sich gegen den Staat bzw. die freiheitlich-demokratische Grundordnung richteten. Nun steht die menschenverachtende Motivation der Täter\_innen im Fokus.

### (K)Eine Tat von Einzelnen!?

Jedoch vergisst aber auch jenes Definitionssystem eine gesellschaftliche Ebene. Das Handeln der Täter\_innen kann nur als Spitze einer gesamtgesellschaftlich verbreiteten Verachtung den jeweils Betroffenen gegenüber verstanden werden. So setzen die Mörder\_innen lediglich um, was durch Politik und Medien propagiert und gesellschaftlich akzeptiert ist. Homosexuellenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und Rassismus können als gesellschaftlicher Konsens angesehen werden, auch wenn sich die Mehrheit dagegen wehren würde, als homosexuellenfeindlich, sozialdarwinistisch oder rassistisch bezeichnet zu werden. Dennoch basieren alle menschenfeindlichen Tatgründe auf Ideologien, die tief gesellschaftlich verankert sind und auf denen diese Gesellschaft aufbaut.

### Abwertung der „Anderen“

Dabei stehen Vorurteile, vor allem aber die Angst vor Verlust von Privilegien und gesellschaftlicher Veränderung (hin zur Gleichheit aller) sowie die daraus resultierende Feindschaft gegen bestimmte Gruppen im Zentrum jener Einstellungen. Anhand von Merkmalen wie Herkunft, Hautfarbe, sozialer Lage oder sexueller Identität werden Menschen in Gruppen sortiert, abgewertet, diskriminiert und auch körperlich angegriffen. Dabei werden persönliche Erfahrungen oft verallgemeinert und gedanklich auf die gesamte Personen-gruppe übertragen. ■



## Klaus R.

Klaus R. wird nur 43 Jahre. Er wird in seiner Wohnung in der Lützner Straße in Lindenau von den vier Neonazis Thomas R., Enrico M., Torsten D. und Roman K. tagelang erniedrigt und schließlich in der Nacht zum 28. Mai 1994 ermordet. Die vier Täter im Alter von 15 bis 19 Jahren halten zu diesem Zeitpunkt im gleichen Haus eine Wohnung besetzt. Sie beziehen Elektrizität aus der Wohnung von Klaus R. und erpressen ihn mit seiner Alkoholabhängigkeit sowie Armut. Im Laufe der Zeit nehmen die Erniedrigungen zu, bis sich Klaus R. weigert, weitere Demütigungen über sich ergehen zu lassen. Die Täter schlagen und treten daraufhin auf Klaus R. ein, der durch seine schweren Verletzungen stirbt. Der Hauptangeklagte, Roman K., wird im März 1995 durch das Landgericht Leipzig wegen versuchten Totschlags und schwerer Körperverletzung zu fünf Jahren Haft, die drei Mittäter zu geringen Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt, obwohl der Oberstaatsanwalt allen Tätern eine „feindselige..., fast schon sadistische... Haltung“ attestiert. Klaus R. wird nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. ■

## Horst K.

Horst K. wird nur 43 Jahre alt. Er wird 1995 in der Straßenbahnlinie 15 von Marlon S. und Steffen S. angezündet und stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus. Die Täter besteigen die Bahn und erblicken Horst K., den sie für einen Obdachlosen halten. Daraufhin fordert Marlon S. seinen Freund auf: „Zünde ihn einfach mal an.“ Steffen S. entzündet die Jacke von Horst K. Beide wechseln an der nächsten Haltestelle den Wagen und betrachten ihr brennendes Opfer. Steffen S. bezeichnet den Anblick als „cool“. Als die Notbremse ausgelöst wird, flüchten beide. Marlon S. wird zu einer Jugendstrafe von einem Jahr Haft auf Bewährung wegen unterlassener Hilfeleistung, Steffen S. zu einer Jugendstrafe von achteinhalb Jahren wegen Mordes verurteilt. In der Verhandlung vor dem Landgericht Leipzig wird ein sozialdarwinistisches Tatmotiv ausgeschlossen, da laut Staatsanwalt die beiden Täter „spontan handelten“. Horst K. wird nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. ■

## Bernd Grigol

Bernd Grigol wird nur 43 Jahre alt. Er wird in der Nacht zum 8. Mai 1996 in der Nähe seines Wohnhauses in Wahren von den drei Neonazis Michael L., Rainer Sch. und David D. ermordet. Bernd Grigol wird mit den Worten „Hau ab, du schwule Ratte“ von den Tätern angegriffen, geschlagen und getreten, sie werfen einen Ziegelstein auf sein Kopf und fügen ihm schließlich 36 Messerstiche zu. Den leblosen Körper bringen sie in einen nahe gelegenen Steinbruch und versenken ihn dort. Am gleichen Abend greift einer der Täter einen Asylsuchenden in Wahren an, der jedoch entkommen kann. Trotz Hilferufe verständigen die Anwohner\_innen nicht die Polizei. Im Prozess spielt die homosexuellenfeindliche Motivation der Täter keine Rolle. Das Leipziger Landgericht ordnet die Angeklagten zwar der „rechten Szene“ zu, jedoch hätten sie „aus Lust und Laune an körperlicher Mißhandlung“ getötet. Nach einem Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof wird der Haupttäter, Michael L., wegen Mordes zu vierzehneinhalb Jahren und seine Mitäter zu zehn und acht Jahren Haft verurteilt. Bernd Grigol wird nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. ■

## Thomas K.

Thomas K. wird nur 16 Jahre alt. Auf seinem Heimweg am 4. Oktober 2003 wird er durch den Neonazi René M. in Wahren erstochen. Der Täter wartet in einem Gebüsch auf ihn. In der Hauptverhandlung gibt der Täter an, dass ihm die Gespräche über Cannabis-Konsum der Gruppe von Thomas K., die er am Auensee beobachtet hatte, „nicht gefallen“ hätten. Da er von seinen Kumpels aus der rechten Szene „gut umerzogen“ worden sei, habe er daher einen aus der Clique „aufklatschen“ wollen. In einem Brief an seine Mutter zeigt René M. keinerlei Reue oder Einsicht. Er habe mit der Strafe gerechnet und meint, die „Ermittler müsse man 'echt alle in die Gaskammer stecken“. René M. wird zu einer Haftstrafe von zehn Jahren nach Jugendstrafrecht verurteilt. Thomas K. wird nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. ■



### Karl-Heinz Teichmann

Karl-Heinz Teichmann wird nur 59 Jahre alt. Er wird in der Nacht zum 23. August 2008 vom Neonazi Michael H. mehrfach verprügelt. Karl-Heinz Teichmann stirbt zwei Wochen nach der Tat an seinen schweren Verletzungen. In der Tatnacht schläft Karl-Heinz Teichmann auf einer Parkbank am Schwanenteich. Michael H. und ein Begleiter erblicken auf dem Rückweg von einem Neonaziaufmarsch im Leipziger Osten den schlafenden Teichmann. Michael H. greift ihn mit den Worten, er solle „hier nicht pennen“, an, springt ihm ins Gesicht, schließlich verlassen Sie den Tatort. Eine halbe Stunde später kehrt H. zurück und prügelt abermals auf Karl-Heinz Teichmann ein. Am Morgen entdeckt eine Passantin den schwer verletzten Karl-Heinz Teichmann und versucht das nahegelegene Polizeirevier zu informieren. Auf ihre an der Gegensprechanlage geäußerte Meldung gibt es keine Reaktion. Erst nach anderthalb Stunden suchte die Polizei den nur 200 Meter entfernten Tatort auf. Michael H. wird wegen heimtückischen Mordes zu einer Jugendstrafe von acht Jahren und drei Monaten verurteilt. Der Richter, Norbert Göbel, erkennt in der Tat kein sozialdarwinistisches Motiv, obwohl selbst der Verteidiger des Angeklagten von einem rechten Tatmotiv seines Mandanten ausgeht. Die Polizei stufte den Mord als „normale Straftat unter Alkoholeinfluss“ ein. Karl-Heinz Teichmann wird nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. ■



### Kamal Kilade

Kamal Kilade wird nur 19 Jahre alt. Er wird in der Nacht vom 24. Oktober 2010 in der Nähe des Hauptbahnhofes von den Neonazis Daniel K. und Marcus E. mit einem Messer ermordet. Am Tatabend trifft Kamal Kilade mit zwei Freund\_innen, auf Marcus E. und Daniel K.. Diese waren zuvor auf einer Kneipentour, suchten und provozierten Auseinandersetzungen und pöbelten dabei einen Freund von Kamal Kilade an. Kamal Kilade kam seinem Freund zur Hilfe und wird von Daniel K. mit Pfefferspray angegriffen. Marcus E. nutzt daraufhin die Wehrlosigkeit von Kamal Kilade und ersticht ihn mit einem Messer. Beide werden später gefasst, wobei sie Kleidung mit einschlägigen Parolen wie „Kick off Antifascism“ tragen. Sie kennen sich aus dem Gefängnis und gehörten jeweils der organisierten Neonazi-Szene an. Zu Prozessbeginn schließt die Staatsanwaltschaft eine rassistische Tatmotivation aus, trotz NS-verherrlichender Tattoos der Täter und bei der Hausdurchsuchung festgestellten einschlägigen Literatur. Später erkennt es die rassistische Motivation an. Marcus E. wird wegen Mordes zu 13 Jahren Haft mit anschließender Sicherheitsverwahrung, Daniel K. wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren Haft verurteilt. Kamal Kilade wird offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. ■



### Gerhard Sch.\*

Gerhard Sch. wird nur 43 Jahre alt. Am 1. Juni 1991 wird er am Leipziger Hauptbahnhof von zwei Neonazis aus einer fahrenden Straßenbahn gestoßen und stirbt wenig später. Gerhard Sch. positioniert sich gegen über den beiden Neonazis mit den Worten „Unglaublich diese Nazis“, nachdem diese andere Fahrgäste anpöbeln und anrempeeln. Nach einem der Täter wird gefahndet, laut LVZ wurde er auch identifiziert. Der Sächsischen Landesregierung ist der Todesfall jedoch nicht bekannt, wie eine Anfrage Anfang 2014 ergab.

\*Der Mord an Gerhard Sch. muss als Verdachtsfälle gelten, da Indizien eine rechte Tatmotivation zwar nahe legen, die Belege für eine Einordnung als politisches Tötungsverbrechen jedoch nicht ausreichen. ■



### Gerhard Helmut B.\*

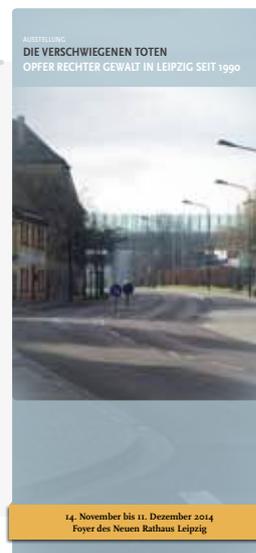
Gerhard Helmut B. wird nur 19 Jahre alt. Auf einer Party in einem Abrisshaus im Dezember 1995 in Großzschocher wird er von den drei Jugendlichen Marcus D., Rainer S. und Mike B. ermordet, der Tote wurde erst im April 1996 entdeckt. Vermutlich stand die Ablehnung der Homosexualität von Gerhard Helmut B. als Tatmotiv im Vordergrund. Die Angeklagten werden zu Jugendstrafen zwischen dreieinhalb und acht Jahren verurteilt.

\*Der Mord an Gerhard Helmut B. muss als Verdachtsfälle gelten, da Indizien eine rechte Tatmotivation zwar nahe legen, die Belege für eine Einordnung als politisches Tötungsverbrechen jedoch nicht ausreichen. ■

### Ausstellung

Die Rechercheergebnisse, welche im vorliegenden Text dargelegt werden sind ebenfalls in einer Ausstellung aufgearbeitet. Zu lesen gibt es neben den Fallbeschreibungen verschiedenes Anschauungsmaterial wie Zeitungsartikel und Videos.

Fragen und Anmerkungen zu Text und Ausstellung per Email unter: [initiativkreis@riseup.net](mailto:initiativkreis@riseup.net).



# VERSCHLEPPT UND AUSGEBEUTET

## Zwangsarbeiter\_innen in Leipzig während des Zweiten Weltkrieges

Von Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Zwischen 1939 und 1945 zwang das nationalsozialistische Deutschland mehr als zwanzig Millionen Menschen aus ganz Europa zur Arbeit. Zehn bis 15 Millionen von ihnen mussten im Deutschen Reich arbeiten, weitere zehn Millionen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten. Gegen Ende des Krieges war jeder vierte Arbeitsplatz im Deutschen Reich mit einem Zwangsarbeiter oder einer Zwangsarbeiterin besetzt. Ihr Einsatz gehörte zum Alltag der deutschen Bevölkerung – die Zwangsarbeiter\_innen lebten inmitten der deutschen Bevölkerung, Kontakte waren unvermeidbar. NS-Zwangsarbeit war ein öffentliches Verbrechen.

### Kontext Leipzig

Leipzig war während des Zweiten Weltkrieges ein bedeutender Rüstungs- und Wirtschaftsstandort. Mindestens 60.000 Menschen wurden hierher verschleppt, um in der Rüstungsindustrie zu arbeiten. Die meisten von ihnen kamen aus Polen und der Sowjetunion. Darunter waren Kriegsgefangene und ab 1944 auch KZ-Häftlinge. Die überwiegende Mehrheit aber waren junge Menschen, die in den von Deutschland besetzten Gebieten zwangsrekrutiert und zur Arbeit deportiert wurden – die sogenannten zivilen Zwangsarbeiter\_innen.

Sie waren in ungefähr 500 Sammelunterkünften im Leipziger Stadtgebiet untergebracht – meistens in Barackenlagern, aber auch in Turnhallen, Schulen, Gaststätten, Festsälen, Hotels oder in privaten Wohnungen. Ab 1943 wurden in Leipzig vier Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald eingerichtet, in denen auch jüdische KZ-Häftlinge inhaftiert waren. So stand auf dem Gelände der Kleinmesse in Leipzig-Lindenau eines der größten Kriegsgefangenenlager Leipzigs, ein Barackenlager, das für bis zu 3.000 Menschen ausge richtet war. Die Kriegsgefangenen aus Serbien, Großbritannien und der Sowjetunion mussten für die Stadtverwaltung Leipzig und verschiedene Rüstungsbetriebe in Plagwitz und Lindenau arbeiten. Die ERLA-Werke (Flugzeugbau) mieteten ab 1943 die Gaststätte und das Gartengelände des Volkshauses in der damaligen Adolf-Hitler-Straße 30 (heute Karl-Liebknecht-Straße) an. Dort entstand das Gemeinschaftslager „Haus Vaterland“, in dem 150 Belgier und Franzosen untergebracht waren. Auf dem Jahrtausendfeld zwischen

Karl-Heine- und Aurelienstraße in Lindenau hatte der Rüstungsbetrieb Rudolph Sack KG seinen Hauptsitz. Hier entstand ein großes Barackenlager für bulgarische, italienische, sowjetische, niederländische und polnische Zwangsarbeiter\_innen, die teilweise auch mit ihren Kindern dort lebten.

Die Zwangsarbeiter\_innen wurden in allen Bereichen der Wirtschaft eingesetzt: Besonders in der Rüstungsindustrie, aber auch in kleineren Handwerksbetrieben, bei der Straßenbahn und der Post, in Krankenhäusern und in der Stadtverwaltung. Ohne die Zwangsarbeiter\_innen wäre das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in der Stadt Leipzig während des Krieges zusammengebrochen.

### Als Zwangsarbeiter\_in in Leipzig

Im Mai 1940 wurden die Niederlande von der deutschen Wehrmacht besetzt. Zunächst versuchten die deutschen Behörden, Arbeitskräfte anzuwerben – oft unter falschen Versprechungen und mit wenig Erfolg. Ab 1941 konnten niederländische Arbeitslose dienstverpflichtet werden, ab 1942 erhöhten die Behörden den Druck. So mussten niederländische Unternehmen einen bestimmten Prozentsatz ihrer Beschäftigten für den „Reichseinsatz“ abgeben.

Unter ihnen war auch der Papierarbeiter **Egbert Jan Beumkes**. Im Sommer 1942, als er gerade 20 Jahre alt war, wurde in der Papierfabrik eine Liste mit Namen von Arbeiter\_innen ausgehängt, die nach Deutschland gehen sollten. Von der Fabrik wurden sie mit einem LKW zum Bahnhof gebracht, von dort aus mit dem Zug nach Leipzig. Hier wurden sie zur Zwangsarbeit bei der HUGO-SCHNEIDER-AKTIENGESELLSCHAFT (HASAG) eingesetzt, dem größten Rüstungsbetrieb Sachsens im



Egbert Jan Beumkes während seiner Haft in Leipzig und auf einer späteren Aufnahme.



photos: Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

### Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig...

...erinnert seit 2001 an die Geschichte und das Unrecht der NS-Zwangsarbeit. Sie befindet sich auf dem Gelände des Umweltforschungszentrums im Leipziger Nord-Osten. An diesem Ort hatte bis 1945 die Hugo-Schneider-Aktiengesellschaft (HASAG) ihren Hauptsitz, die mehr als 10.000 zivile Zwangsarbeiter\_innen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge ausbeutete.

Neben einer Dauerausstellung informiert die Gedenkstätte mit Veranstaltungen, Führungen und Stadteilrundgängen über NS-Zwangsarbeit in Leipzig. Auf Anfrage können verschiedene gedenkstättenpädagogische Angebote gebucht werden. Außerdem beantworten wir gern Anfragen nach ehemaligen Zwangsarbeiter\_innen.

Weitere Informationen und das aktuelle Veranstaltungsprogramm:  
www.zwangsarbeit-in-leipzig.de

### Kontakt:

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig  
Permoserstraße 15  
04318 Leipzig

Telefon: 0341-2352075  
Mail: gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de

Öffnungszeiten:  
Di – Do: 10 bis 18 Uhr



Danuta Brzosko-Mędryk während ihrer Haftzeit in Leipzig und im Jahr 2014

### Literatur:

Mark SPOERER (2001): Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart/München.

Thomas FICKENWIRTH / Birgit HORN / Christian KURZWEIG (2004): Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1939-1945. Archivalisches Spezialinventar. Universitätsverlag, Leipzig.

Felicja KARAY (2001): Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten. Das Frauenlager der Rüstungsfabrik HASAG im Dritten Reich. Böhlau-Verlag, Köln/Weimar/Wien.

Paula MANGOLD / Florian SCHÄFER (2014): Vergessene Geschichte. NS-Zwangsarbeit in Leipzig. Zwei Rundgänge durch Connewitz und Lindenau. bookra, Leipzig.

Nord-Osten der Stadt. Sie waren im „Holländerlager Amstel“ direkt auf dem Fabrikgelände untergebracht und arbeiteten meist 60 Stunden in der Woche in der Produktion von Munition und Panzerfäusten. Die freien Sonntage

verbrachten sie mit Stadtbesichtigungen und Wanderungen. Gegen Ende des Krieges verschlechterte sich ihre Situation jedoch erheblich, sie erhielten weniger Essen und mussten noch mehr arbeiten. Im Mai 1945 kehrten Egbert Jan Beumkes und die anderen Niederländer\_innen nach Hause zurück.

**Danuta Brzosko-Mędryk** (geboren 1921) ging in Warschau zur Schule, als die deutsche Wehrmacht Polen am 1. September 1939 besetzte. Bereits zwei Tage später begann das erste deutsche Arbeitsamt auf polnischem Gebiet mit der Mobilisierung von Arbeitskräften zum Einsatz in der deutschen Wirtschaft. Kurz darauf wurden im November 1939 die ersten polnischen Kriegsgefangenen nach Leipzig zur Zwangsarbeit geschickt. Für sie wurde in der Turnhalle Knauthain ein Kriegsgefangenenlager eingerichtet. Da die Anwerbung polnischer Arbeitskräfte nicht den gewünschten Erfolg brachte, gingen die Behörden bald zu Zwangsmaßnahmen über: Dienstverpflichtungen, Razzien und Deportationen. Auf diese Weise kamen mehr als 1,5 Millionen polnische Zwangsarbeiter\_innen ins Deutsche Reich.

Danuta Brzosko-Mędryk hatte sich dem widerständischen illegalisierten BUND FÜR DEN BEWAFFNETEN KAMPF angeschlossen. 1940 wurde sie verhaftet und ins GESTAPO-Gefängnis Pawiak in Warschau eingewiesen. Von dort kam sie in das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek und im Frühjahr 1944 in das Frauen-KZ Ravensbrück. Die Häftlinge wurden von dort aus zur Zwangsarbeit in verschiedene Außenlager weitertransportiert – Danuta Brzosko-Mędryk kam mit 800 weiteren Frauen ins neu gegründete Frauen-KZ „Hasag-Leipzig“. Dieses war von der HASAG in einer ehemaligen Fabrikhalle an der heutigen Kamenzer Straße eingerichtet worden. Im Herbst 1944 waren dort bereits 5.000 jüdische und nichtjüdische Frauen aus 28 Ländern interniert. Obwohl sie am meisten unter den sehr harten Arbeitsbedingungen und Mangelernährung litten, entwickelte sich im Frauen-KZ der HASAG ein reges Kulturleben. Regelmäßig fanden Tanz- und Lyrikabende sowie Theateraufführungen statt. Im April 1945

wurde das Lager geräumt und die Häftlinge auf einen Todesmarsch Richtung Osten getrieben. Nach neun Tagen wurde Danuta Brzosko-Mędryk von kanadischen Truppen befreit und kehrte nach Polen zurück. Dort begann sie ein Studium der Zahnmedizin und schrieb mehrere Bücher über ihre Lagererlebnisse.

### Das (Über)Leben der Zwangsarbeiter\_innen

Diese zwei Beispiele machen die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter\_innen deutlich. Zivile Zwangsarbeiter\_innen aus Westeuropa und verbündeten Staaten wie Bulgarien, Spanien oder Kroatien hatten zumindest in den ersten Kriegsjahren die höchsten Überlebenschancen und Einfluss auf ihre Lebensbedingungen. Sie waren oft in kleineren und unbewachten Unterkünften einquartiert und konnten sich relativ frei in der Stadt bewegen. In einem sehr geringen Umfang hatten einige der Zwangsarbeiter\_innen auch Freizeit, zumindest noch in den ersten Kriegsjahren. Die Zeit, die ihnen als Erholung zur Verfügung stand, war aber eingeschränkt, kontrolliert und reglementiert. Nur wenige hatten überhaupt die Möglichkeit, ihre freie Zeit außerhalb der beengten Barackenunterkünfte zu verbringen und somit zumindest für eine Weile dem Lager- und Zwangsarbeitsalltag entfliehen zu können.

Während Zwangsarbeiter\_innen aus Westeuropa sich unbewacht auch außerhalb der Lager bewegen konnten, war dies den Deportierten aus Osteuropa nur äußerst selten möglich. Wenn sie es konnten oder es im Zuge ihrer Arbeit tun mussten, waren sie mit dem Aufnäher „OST“ gekennzeichnet. Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge sowie alle Menschen aus Polen und der Sowjetunion waren am stärksten von rassistischer Diskriminierung betroffen. Sie konnten ihre Arbeits- und Lebensbedingungen kaum beeinflussen und mussten in bewachten Lagern leben. Allen zivilen Zwangsarbeiter\_innen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen ist gemein, dass sie hart arbeiten mussten und ihre Arbeitsverhältnisse nicht auflösen konnten. Sie lebten inmitten der deutschen Bevölkerung, und doch von ihr getrennt. Einige haben ihre Zeit in Leipzig nicht überlebt; viele haben seelische Verletzungen mitgenommen und an ihre Kinder weitergegeben, andere haben nie mehr über Leipzig gesprochen.

Auch im kollektiven Gedächtnis der Leipziger Bevölkerung sind die Zwangsarbeiter\_innen kaum präsent, obwohl 1944 etwa jede\_r achte Einwohner\_in ein\_e Zwangsarbeiter\_in war. Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig versucht sichtbar zu machen, was vergessen und verdrängt wurde. Sie ist Anlaufpunkt für Angehörige ehemaliger Zwangsarbeiter\_innen, Lernort und Dokumentationszentrum. ■

# VON DER AUSGRENZUNG ZUM MASSEMORD

## Neuere Forschungen zur Verfolgung von Sinti und Roma in Leipzig in der NS-Zeit

Von Initiative Geschichte vermitteln

Die *Initiative Geschichte vermitteln* hat sich in den vergangenen Jahren intensiv mit der Verfolgung von Sinti und Roma während des Nationalsozialismus und der diesen Ausgrenzungspraktiken zugrundeliegenden Ideologie, dem Antiziganismus, beschäftigt. Viele dieser Zuschreibungen sind bis heute weit verbreitet. Neben öffentlichen Veranstaltungen hat die Initiative eigene Recherchen unternommen und zwei Ausstellungstafeln erarbeitet, die im August 2014 erstmals präsentiert wurden. Parallel entstanden zwei Abschlussarbeiten, die sich ebenfalls dieser Thematik widmen.<sup>[1]</sup> Im Folgenden werden einige Aspekte der lokalen Verfolgungsgeschichte dargestellt. Eine ausführlichere Dokumentation, voraussichtlich in Form einer Broschüre, ist in Planung.

### Ausgrenzung und Verfolgung auf lokaler Ebene

Eine der maßgeblichen Behörden für die Verfolgung von Sinti und Roma in Leipzig war, wie in anderen Städten und schließlich im gesamten Reichsgebiet, die Kriminalpolizei. Diese forderte bereits im Juni 1933 das Leipziger Fürsorgeamt auf, einer weiteren Belastung der öffentlichen Kassen durch das »Zigeunerunwesen« entgegenzuwirken. Da die Kriminalpolizei zu dieser Zeit noch nicht über eine Grundlage für eigene, radikalere Maßnahmen verfügte, sollte das Fürsorge- und ordnungspolitische Vorgehen forciert werden. Diskutiert wurde unter anderem die geschlossene zentrale Unterbringung der in Leipzig lebenden Sinti und Roma, ähnlich wie dies in anderen Städten ab Mitte der 1930er Jahre erfolgte. Zur Einrichtung eines solchen »Zigeuner«-Lagers ist es in Leipzig nicht gekommen, was unter anderem darauf zurückzuführen sein dürfte, dass sich die verschiedenen lokalen Behörden nicht auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen konnten.

In dem überlieferten Schriftwechsel zwischen der Kriminalpolizei und dem Fürsorgeamt zeigt sich die Dynamik und Radikalisierung der lokalen Verfolgung, versuchte doch die Kriminalpolizei, auf eine Verschärfung der Maßnahmen gegen die Sinti und Roma hinzuwirken. In der aus dieser Dynamik heraus entstandenen Diskussion wurden durchaus kontroverse Positionen geäußert, die teilweise Rückschlüsse auf die reale Lebenssituation der Sinti und Roma in Leipzig zulassen. So hieß es beispielsweise in einem Schreiben des Fürsorgeamtes vom 14. Juni 1933, dass – entgegen der landläufigen und auch bei der Polizei verbreiteten stereotypen Vorstellung – keineswegs alle »Zigeuner« in der Stadt Sozialleistungen bezögen. Und auch bei

diesen handele es sich nicht um grundsätzlich arbeitsunwillige Menschen, sondern um »normale« Deutsche, die in eine schwierige soziale Lage geraten seien und das gleiche Interesse an einer Verbesserung ihrer Situation hätten wie andere Bedürftige auch. Unter ihnen befänden sich darüber hinaus Weltkriegsveteranen sowie Mitglieder der NSDAP.<sup>[2]</sup>

Solche Äußerungen, die im Widerspruch zur biologisch-rassistischen NS-Ideologie standen, sollten aber nicht darüber hinweg täuschen, dass das Leipziger Fürsorgeamt in einigen Punkten eine repressive Linie fuhr. Eine Politik der Vertreibung von als »Zigeuner« kategorisierten Menschen aus dem eigenen Zuständigkeitsbereich etwa, beschönigend als »Abwanderung« bezeichnet, wurde dort durchaus befürwortet. Ohnehin konnte sich eine solche vergleichsweise moderate Sichtweise nicht durchsetzen. In den folgenden Jahren spitzte sich die Situation für Menschen, die den verschiedenen Behörden als »Zigeuner« galten, immer mehr zu.

### Rassistische Wissenschaft, Entrechtung und Massenmord

Als »Zigeuner« stigmatisierte Sinti und Roma wurden im Laufe der 1930er Jahre aus immer mehr Bereichen des Alltagslebens verdrängt, zu einer entschiedenen Verschärfung der Situation kam es ab 1936/37. Auf der lokalen Ebene gewann in dieser Zeit das Gesundheitsamt an Einfluss, das zur Durchsetzung einer rassenhygienischen Betrachtungsweise beitrug. Ab 1937 kam es allerdings zu einem Bedeutungsverlust der lokalen Behörden, zunehmend gingen die Impulse für die »Zigeuner«-Verfolgung von der Reichsebene aus. Für die Betroffenen bedeutete dies den Übergang einer auf Ausgrenzung und Vertreibung zielenden Kommunalpolitik hin zur wissenschaftlich-rassistisch fundierten Verfolgungspraxis, die während des Krieges in den Völkermord münden sollte.

Diese Verschiebung von der lokalen zur Reichsebene lässt sich für Leipzig auch am Beispiel der Wissenschaft beobachten. Der maßgebliche lokale Protagonist in den frühen Jahren der NS-Zeit war Otto Reche. Neben seiner Mitgliedschaft in mehreren rassenhygienischen Vereinigungen war er von 1927 bis 1945 Ordinarius und Direktor des Ethnographischen Seminars an der Universität Leipzig, das er später zunächst in Ethnologisch-Anthropologisches Institut und dann

[1] Es sind dies die – bisher unveröffentlichten – Arbeiten von Kai Müller und Alexander Rode. Insbesondere die Arbeit von Alexander Rode stellt eine der Grundlagen für die Ausführungen in diesem Text dar.

[2] Dieses Schreiben findet sich im Stadtarchiv Leipzig unter der Signatur StadtL, AFSA Nr. 2104, 14. Juni 1933.

[3] Diese Aussage Reches aus dem Jahr 1934 ist nach der Arbeit von Alexander Rode zitiert (dort auf Seite 52).

[4] Alle Zitate von Moravek stammen aus dessen im Bundesarchiv unter der Signatur R 165/208 überlieferten Aufzeichnungen über die von ihm in Leipzig durchgeführten Begutachtungen.

### Geschichte Vermitteln

Die Initiative „Geschichte vermitteln“ beim Projekt Verein e.V. des soziokulturellen Zentrums Conne Island Leipzig ist eine Gruppe von ehrenamtlichen Mitarbeiter\_innen, die sich verstärkt der Durchführung von Veranstaltungen und Projekten zur historisch-politischen Bildung im Conne Island und an anderen Orten widmen.

#### Kontakt:

geschichte@public-ip.org

in Institut für Völker- und Rassenkunde umbenannte. Ab 1934 führte Reche eine Reihe von »Bastarduntersuchungen« durch, welche dabei helfen sollten, die von ihm befürchtete »regelrechte Überschwemmung durch allerlei fremdes Volk, durch Ost- und Südeuropäer, durch Zigeuner, chinesische und japanische Trödler und ganz besonders durch Ostjuden«<sup>[3]</sup> einzudämmen. Das projektive Bild des »Zigeuners« war also nur eine Komponente von Reches Feindbild. Reche wandte sich später anderen Aufgaben wie der »Germanisierung« der besetzten polnischen Gebiete zu und spielte im Kontext der »Zigeuner«-Verfolgung keine Rolle mehr. Trotzdem diente eine von ihm angelegte »Zigeunerkartei« in der folgenden Zeit als Grundlage behördlichen Handelns.

Als zentrale Wissenschaftsinstanz im Kontext der nationalsozialistischen »Zigeuner«-Verfolgung konnte sich eine andere Stelle durchsetzen: Die von Robert Ritter geleitete Rassenhygienische Forschungsstelle (RHF) im Reichsgesundheitsamt. Wenn sich also beispielsweise die Leipziger Polizei für die Frage interessierte, ob eine bestimmte Person zu den »Zigeunern« zu zählen sei, war ab 1936/37 nicht mehr Otto Reche zuständig, sondern die eng mit dem Reichskriminalpolizeiamt kooperierende RHF. Die Tätigkeit von Ritter und seinen Mitarbeiter\_innen war dabei eine Art Exekutiv-Wissenschaft, die dem Polizeiapparat zuarbeitete und so der sich zuspitzenden Verfolgung zu wissenschaftlicher Legitimität verhelfen sollte. Zum Zweck der totalen Erfassung der im damaligen Reichsgebiet lebenden »Zigeuner«, die nach unterschiedlichen »Mischlingsgraden« weiter kategorisiert wurden, führten die Mitarbeiter\_innen der RHF als »fliegende Arbeitsgruppen« in verschiedenen Städten und Lagern Begutachtungen von Menschen durch.

In Leipzig wurden diese Untersuchungen von Robert Ritters Assistentin Eva Justin vorbereitet und im Juni 1940 von dem aus Österreich stammenden RHF-Mitarbeiter Karl Moravek durchgeführt. Die Vorauswahl der zu Untersuchenden wurde dabei offenbar durch die Leipziger Polizei getroffen, die wahrscheinlich auf die von Reche erstellte Kartei zurückgriff.

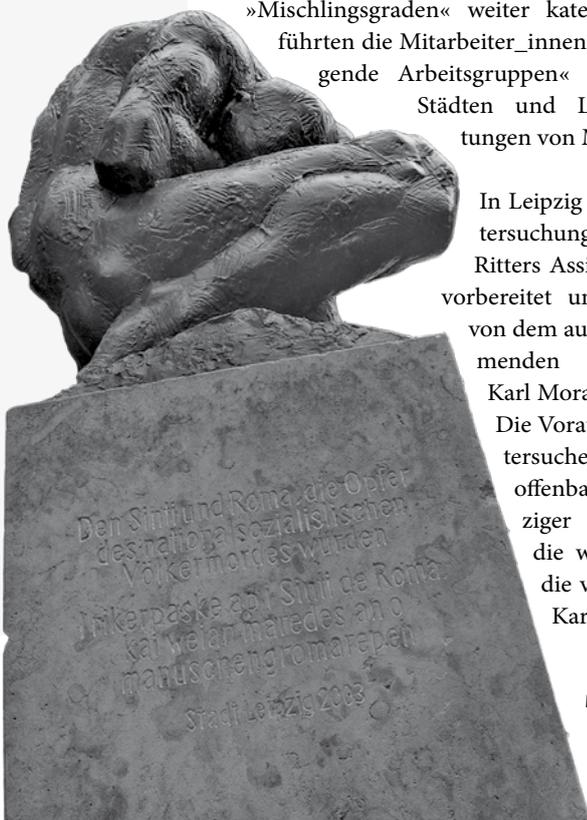
Mit welcher Überheblichkeit und Brutalität Moravek vorging, geht aus seinen erhaltenen Aufzeichnungen hervor. So notierte er beispielsweise über eine von ihm in Leipzig begutachtete Frau, sie schminke sich »aus Langeweile«<sup>[4]</sup> und sei »stinkend faul«. Obwohl sie körperlich kräftig und zur Arbeit geeignet sei, lebe sie von Sozialleistungen. Moraveks Schlussfolgerung: »Lager wäre für diese Person sehr geeignet.« Wie er reagierte, wenn die von ihm zu Untersuchungsobjekten degradierten Menschen sich ihm nicht im gewünschten Maß fügten, mag ein weiteres Zitat verdeutlichen:

*»Sie verwickelt sich beim Verhör in Widersprüche, sucht dauernd nach Ausreden und wenn sie nicht mehr weiter kann, sagt, das wäre so lange her, das hätte sie vergessen. Schliesslich muss sie ihre Haare aufmachen und es wird ein Stück davon abgeschnitten, was sie stumpf und apathisch über sich ergehen lässt. Sie klagt bloss ach hätten sie mir doch nicht die Haare abgeschnitten. Auch nach drei Tagen Haft und weiterem Abschneiden der Haare fällt ihr der Name des Mannes nicht ein.«*

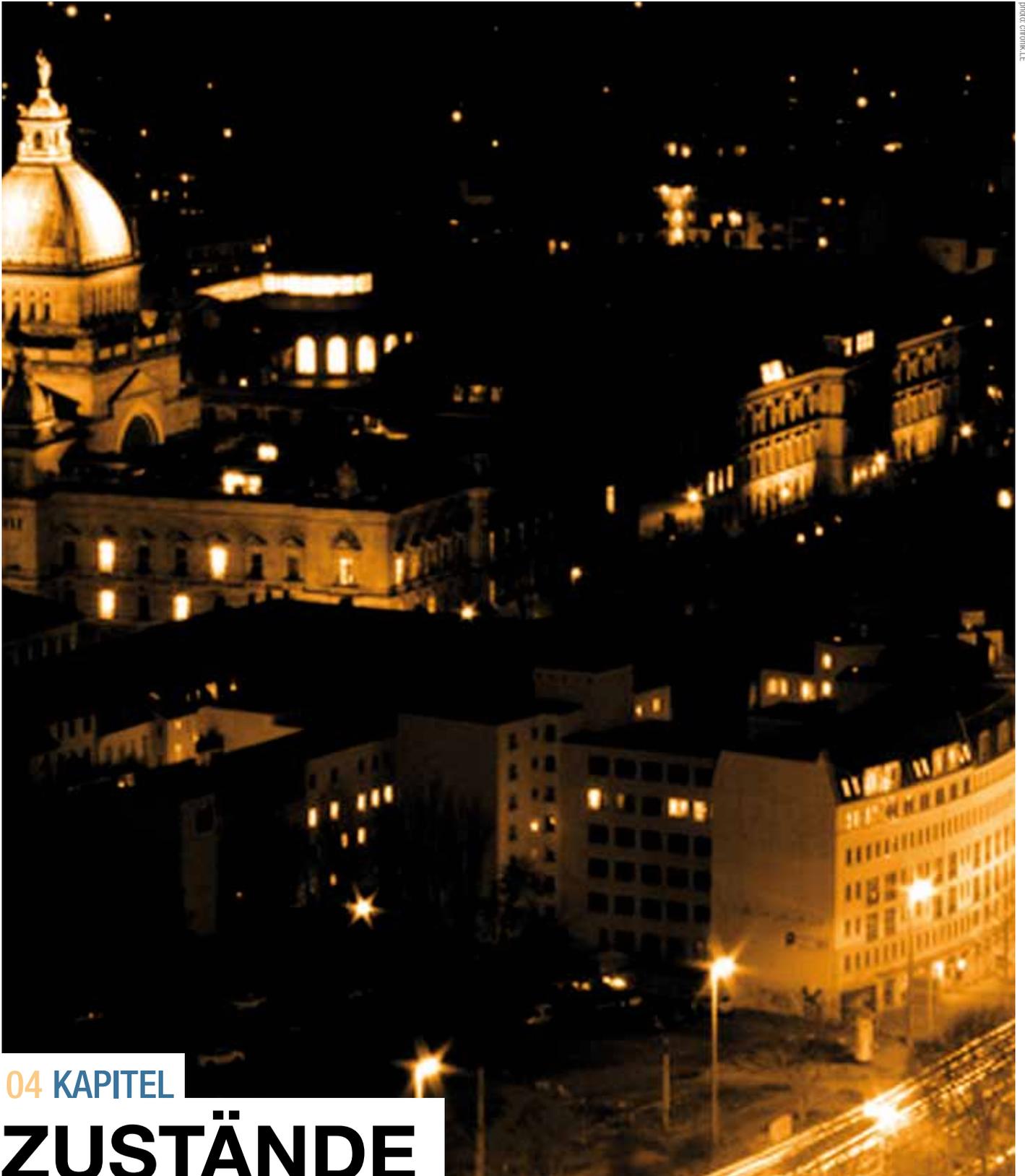
Neben solchen entwürdigenden und gewaltvollen Begutachtungen kam es ab 1938 immer wieder zu Verschleppungen von Sinti und Roma aus Leipzig in Konzentrationslager, unter anderem nach Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen.

In Folge eines Erlasses von Heinrich Himmler vom 16. Dezember 1942 begannen schließlich im Frühjahr 1943 im ganzen Reichsgebiet die systematischen Deportationen ins »Zigeunerfamilienlager« in Auschwitz-Birkenau. Die etwa 80 Menschen, die am 1. März 1943 aus Leipzig deportiert wurden, gehörten zu den ersten Häftlingen dieses Lagerabschnitts. Einige wurden später von Auschwitz aus in andere Lager zur Zwangsarbeit gebracht, die meisten aber überlebten Auschwitz nicht.

Einen zahlenmäßigen Überblick über die Verfolgung der Leipziger Sinti und Roma zu geben, fällt aufgrund der insgesamt dürftigen Quellenlage schwer. Es ist davon auszugehen, dass zwischen 1933 und 1943 rund 400 Sinti und Roma in Leipzig lebten. Viele von ihnen verließen infolge des repressiven Vorgehens kommunaler und staatlicher Behörden die Stadt, ab 1938 kamen die Deportationen in die Konzentrationslager hinzu. Soweit bekannt, waren 1942 noch 130 bis 150 Sinti und Roma in Leipzig, im März 1943 waren es offenbar nur noch 80 Personen, die geschlossen nach Auschwitz deportiert wurden. Überlebt haben schätzungsweise 20 bis 30 von ihnen, nur 15 kehrten nach dem Krieg, zumindest für kurze Zeit, nach Leipzig zurück. ■



Mahnmal in Leipzig für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Sinti und Roma



04 KAPITEL

# ZUSTÄNDE

# VERSAGEN MIT SYSTEM

## Eine Ausstellung über Geschichte und Wirken des „Verfassungsschutzes“

Mit der Ende 2014 fertig gestellten Ausstellung „Versagen mit System“ wirft das Leipziger „Forum für kritische Rechtsextremismusforschung“ (FKR) einen Blick in die Geschichte des Verfassungsschutzes. Die Ausstellung wird 2015 in mehreren Städten bundesweit zu sehen sein. In einem Interview erläutern die Ausstellermacher\_innen die Idee und Hintergründe zu ihrem Projekt.

### **Welche Rolle spielten Spitzel der Geheimdienste beim Aufbau und der Entwicklung der Neonazi-Szene in der Bundesrepublik?**

Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass sich die Neonazi-Szene in Ostdeutschland ohne die Hilfe des „Verfassungsschutzes“ (VS) bis Ende der 1990er Jahre nicht in dem Maße hätte organisieren können. Die zunehmende Vernetzung und Verfestigung der anfangs eher losen Fascho- und Skinhead-Szene vollzog sich mit Wissen der verschiedenen VS-Ämter und unter Beteiligung ihrer Vertrauensleute in zentralen Positionen.

### **Ist das Versagen der Dienste, wie es im Fall des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) attestiert wurde, ein fehlerhaftes Versagen oder ist es in deren System angelegt?**

Der offizielle Auftrag des VS lautet, Bestrebungen zu beobachten, die sich gegen die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ richten. In seiner Praxis ist der Inlandsgeheimdienst jedoch trotz der geschickt gewählten Bezeichnung „Verfassungsschutz“ keine Institution zum Schutz der Verfassung. Die im Grundgesetz an erster Stelle stehenden Grundrechte stellen ja Abwehrrechte der Bürger\_innen gegen den Staat dar. Demgegenüber sind die VS-Ämter ein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Sie dienen den jeweils regierenden Politiker\_innen zur Beobachtung und Stigmatisierung von realen oder vermeintlichen „Staatsfeinden“ und „Extremisten“. In ihrer Tätigkeit überschreiten sie regelmäßig Grundrechte, die sowohl die individuelle Freiheit Einzelner als auch den demokratischen Wettbewerb der Parteien beeinträchtigen. Gleichzeitig sind die VS-Ämter als Geheimdienste wirksamer demokratischer Kontrolle durch Parlamente und Öffentlichkeit weitgehend entzogen. Fehlverhalten und Kompetenzüberschreitung werden deshalb selten sanktioniert, was Verselbständigungstendenzen in den Ämtern fördert. Im Ergebnis arbeiten sie beständig in einem rechtsstaatlichen Graubereich oder gar jenseits dessen. In unserer Ausstellung wird das schnell erkennbar an der Regelmäßigkeit, mit der seit Gründung des VS 1950 Skandale öffentlich werden. Reformversprechen und Verbesserungsbeteuerungen, die den Affären folgen, blieben leere Worthülsen.

### **Welche Bedeutung hat der „Verfassungsschutz“ in der Sicherheitsstruktur heute?**

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik dienten die VS-Behörden vor allem zur Bekämpfung der KPD und deren Vorfeldorganisationen sowie der sich in der Folge von 1968 radikalierenden „Neuen Linken“. Im Zuge der sogenannten „Berufsverbote“ wurden hunderttausende Mitarbeiter\_innen im öffentlichen Dienst durch den VS auf ihre „Verfassungstreue“ überprüft. Tausende Verdächtige, die linken Strukturen zu nahe standen, durften nicht für den Staat arbeiten. Von einer vergleichbaren linken oder linksradikalen Protestbewegung kann heute nicht mehr die Rede sein. Und auch Neonazis stellen höchstens eine Gefahr für einzelne Menschen dar, die von ihnen nicht als Teil der „Volksgemeinschaft“ angesehen werden – nicht jedoch für die Integrität des Staates als Ganzes. Aus unserer Sicht fungiert der VS daher zunehmend nur noch als „Diskursmaschine“, die durch ihre öffentlichen Berichte ihre eigene Existenz legitimiert und für Regierungsparteien Argumente zur Diskreditierung politischer Gegner\_innen liefert. Es wird vor „Extremisten“ von links und von rechts gewarnt und damit der Bereich des politischen Legitimen immer wieder autoritär von oben festgelegt.

### **Der Geheimdienst sei auf dem rechten Auge blind, so lautet eine gängige Einschätzung. Kann er Gefahren von rechts nicht erkennen oder will er nicht?**

Dass der VS auf dem rechten Auge blind sei, ist sicherlich keine richtige Einschätzung. Tatsächlich dürfte die Informationslage in den Behörden durch ihre zahlreichen V-Leute relativ gut sein. Das Problem liegt eher in beschränkten analytischen Fähigkeiten, diese Informationen richtig einzuordnen und in sinnvolle Zusammenhänge zu bringen. Beispielsweise verharmloste der VS Sachsen die Neonazistruktur „Freies Netz“ jahrelang als bloße Internetseite, anstatt den hohen Organisationsgrad von Kadern über mehrere Bundesländer hinweg öffentlich zu problematisieren. Für diese eklatanten Schwächen gibt es wahrscheinlich mehrere Gründe. Innenministerien haben kein großes Interesse daran, dass ihr Bundesland als Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten gilt. Der VS als Geheimdienst hält sich mit der Weitergabe seiner Erkenntnisse naturgemäß zurück, um seine Quellen nicht zu gefährden. Demokratiegefährdungen wie personeller oder institutioneller Rassismus, die nicht mit den Kategorien des „Extremismus“ erfasst werden können, geraten erst gar nicht ins Blickfeld der Behörde.

Das Interview erschien zuerst in „Der rechte Rand – Magazin von und für AntifaschistInnen“, Ausgabe 150.

Mehr Informationen zur Ausstellung:  
[vs-ausstellung.tumblr.com](http://vs-ausstellung.tumblr.com)  
 Webseite des FKR:  
[www.engagiertwissenschaft.de/fkr](http://www.engagiertwissenschaft.de/fkr)

**Eine Standardfloskel der Dienste ist: Eine terroristische Gefahr von rechts ist nicht erkennbar. Wie kommt es zu dieser Einschätzung, obwohl Terror-Konzepte geschmiedet werden, rechte Gewalt alltäglich ist und regelmäßig Waffen in der Nazi-Szene gefunden werden?**

Das ist in der Tat kaum nachzuvollziehen. Vermutlich spielt hier eine Vielzahl von Gründen eine Rolle. Da ist einerseits die Sorge um das Image von Deutschland in der Welt, dass durch das Bild eines erstarkenden Neonazismus Schaden nehmen könnte. Bereits der erste Bundesbericht zum Rechtsradikalismus 1963 vermittelte den Eindruck: Wir haben das Problem unter Kontrolle. Zudem sind verbaler Radikalismus und Gewalt inhärenter Bestandteil neonazistischer Ideologie und Erlebniswelt. Solche Erscheinungsformen werden in diesem Phänomenbereich viel eher als normal angesehen und deshalb nicht weiter thematisiert – anders als beispielsweise eine Antifa-Gruppe, die sich positiv zum Einsatz militanter Mittel äußert. Zudem kommt das Äquidistanzgebot des Extremismusmodells zum Tragen. Normative Extremismusforscher\_innen, die die Arbeitsgrundlagen des VS maßgeblich prägen, verlangen die gleich starke Ablehnung von „Extremismen“ jeglicher Art. In der Bewertung politischer Phänomene führt dieses vereinfachte Modell zu einer Äquivalentsetzung sehr verschiedener Formen politischer Betätigung, die im Ergebnis oft eine Verharmlosung neonazistischer Aktivitäten zur Folge haben. Wehrsportgruppen werden zu männerbündnerischen Wochenendausflüglern und linke Anwalt\_innen zu potenziellen Unterstützer\_innen der „Roten Armee Fraktion“. Eine große Rolle spielt sicherlich auch, dass die Durchdringung neonazistischer Strukturen mit V-Leuten sehr hoch ist. Teilweise wird ihre Radikalisierung durch den VS provoziert, indem zum Beispiel Waffen und Sprengstoffe mit Hilfe der Behörde beschafft und Täter\_innen vor Strafverfolgung geschützt werden.

**Ihr wollt mit Eurer Ausstellung aufklären. Welche Chancen seht ihr, dem Treiben des VS entgegenzutreten?**

Für uns geht es mit der Ausstellung in erster Linie darum, die Wahrnehmung des Verfassungsschutzes als Geheimdienst, der jenseits demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen operiert, öffentlich zu schärfen. Unter dem Schlagwort „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ betreibt der VS seit den 1970er Jahren politische Bildungsarbeit in Form von Broschüren, Ausstellungen oder Schulprojekttagen. Das halten wir angesichts der politisch motivierten Erkenntnisse, die er verbreitet, für hochproblematisch. Der Selbstdarstel-

lung der Dienste als Expert\_innen für demokratiegefährdende Entwicklungen in diesem Land stellen wir die Sichtweise entgegen, wie durch den VS selbst die Demokratie gefährdet wird. Das eröffnet die Chance für eine Debatte, bei die Zivilgesellschaft selbst die Grenzen der Demokratie und des Politischen verhandelt, anstatt sie sich durch intransparente Geheimdienste autoritär vorschreiben zu lassen. ■


Forum für kritische  
Rechtsextremismusforschung

## VERSAGEN MIT SYSTEM

GESCHICHTE UND WIRKEN DES VERFASSUNGSSCHUTZES



Der Verfassungsschutz schützt die Verfassung  
so wie Zitronenfalter Zitronen fällen.

Ausstellungstermine unter:  
[vs-ausstellung.tumblr.com](http://vs-ausstellung.tumblr.com)

# INTEGRATION IN ARMUT

## Diskriminierungserfahrungen von Menschen ohne Arbeit in Leipzig

Von Franziska Reif

**Menschen ohne Arbeit müssen in Leipzig vielfältige Diskriminierungserfahrungen machen – einerseits durch mangelnde Anerkennung ihrer Mitmenschen, denen sie sich als zu wenig „nützlich“ erweisen, andererseits durch eine staatliche Arbeitslosenverwaltung, die viel straft, aber wenig Chancen schafft. Auch mit Job muss es nicht besser stehen: Das Jobwunder der Stadt Leipzig basiert vor allem auf prekärer Beschäftigung. Wer in Hartz IV landet, hat Probleme, dort dauerhaft rauszukommen. Besserung ist nicht in Sicht.**

Im September 2014 lag die Arbeitslosenquote in Leipzig bei 9,6 Prozent, im Vorjahr waren es 10,6. Das Jobcenter Leipzig ist die Behörde, in der die Stadt und die Bundesagentur sich um diejenigen kümmern, die in der Stadt Alg II (Arbeitslosengeld II) oder Hartz IV beziehen. Die Zusammenarbeit drückt sich in der jährlich erarbeiteten „Zielvereinbarung“ aus. Im Sinne von Planwirtschaft und Controlling wissen Stadt und Jobcenter damit schon im Vorfeld, wie viel Geld wofür auszugeben ist. Festgelegt ist, wie vielen Haushalten die Stadt Leipzig die Kosten der Unterkunft bezahlt oder wie viele Hartz-IV-Empfänger\_innen es gibt. So sollten 2013 die Ausgaben für Unterkunft und Heizung maximal bei 150,9 Millionen Euro liegen und die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften 42.000 nicht übersteigen. Im Vergleich lässt sich ein eindeutiger Trend erkennen: Die Zahlen haben jedes Jahr zu sinken, bis sie irgendwann nicht mehr einzuhalten sind.

### Planung am Bedarf vorbei

Eine solche Zielverfehlung spricht eigentlich Bände. Man kann Hilfebedürftigen kaum die Grundsicherung oder die Miete verweigern oder Menschen in nicht vorhandene Jobs „integrieren“, nur damit man sich nach Jahresende über eingehaltene Ziele freuen kann – Boni für die Jobcenter-Geschäftsführung inklusive. Die Abrechnung der Ziele für 2013 zeigt denn auch, dass Existenzsicherung und Arbeitsvermittlung schlecht geplant werden können: Die Zahl der langfristigen Leistungsbezieher\_innen konnte nicht auf den Wunschwert gedrückt werden (auch wenn dieses Ziel nur knapp verfehlt wurde), bei Unterkunft und Heizung wurden 305.000 Euro mehr ausgegeben als vorgesehen – für 2014 zeichnet sich ein Minus von über vier Millionen ab – und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften wurde nicht so stark verringert wie angepeilt. Dass in Leipzig ausgerechnet die Vorgaben für Unterkunft und Heizung nicht erfüllt werden konnten, liegt nicht nur daran, dass die

Jobcenter-Mitarbeiter\_innen in diesem Bereich kaum Einflussmöglichkeiten haben, sondern an den gestiegenen Kosten, vor allem bei der Heizung. Hinzu kommt, dass die maximalen Kosten einer Wohnung für Hartz-IV-Empfänger\_innen sich an den klammen kommunalen Kassen orientieren und nicht an der Realität. Die Stadt lässt also lieber Menschen verelenden als ihren Pflichten nachzukommen – Grund für Klagen Betroffener und Rügen seitens des Sozialgerichts.

Aber auch wer in Arbeit ist, ist nicht automatisch sorgenfrei. Der Mittelwert der monatlichen Nettoeinkommen der Leipziger Haushalte lag 2013 bei 1.549 Euro. Dieser Wert steigt seit einigen Jahren leicht, die Tendenz zur Einkommensspreizung hält aber nach wie vor an. 2012 hat ein knappes Fünftel der Vollzeitbeschäftigten zum Niedriglohn gearbeitet, das sind alle, die lediglich bis zu zwei Dritteln des mittleren Nettoeinkommens verdienen. Andere Formen der prekären Beschäftigung kommen hinzu, beziehungsweise greifen mit dem Niedriglohnsektor ineinander: Befristung, Mini-, Midi- oder Teilzeitjobs scheinen sich zu verfestigen, der Anteil der Leiharbeit hat sich dem DGB Nordsachsen zufolge in der Region seit 2010 verdoppelt. Alles Gründe, warum das Jobcenter nicht nur Langzeitarbeitslose betreut und die Zahl der Haushalte, denen die Stadt die Unterkunft bezahlen muss, nicht sinken will. Das Jobwunder Leipzig steht auf prekärem Boden und wird nicht zuletzt von denen geschultert, die sich von Vertrag zu Vertrag hangeln und zwischen Jobs oder auch währenddessen nicht alleine ernähren können. Somit ist es irreführend, wenn „Langzeitarbeitslose“ und „Hartz-IV-Empfänger\_innen“ synonym verwendet werden. Der Leipziger Arbeitsmarkt sorgt dafür, dass Menschen sofort in Hartz IV rutschen, wenn sie eine Stelle verlieren, weil die Anstellung für einen Anspruch auf Alg I nicht lange genug gedauert hat oder weil das Alg I nicht ausreicht. Hinzu kommen die Aufstocker\_innen, die mitsamt ihrer Bedarfsgemeinschaft dem Grundsatz des Förderns und Forderns ausgesetzt sind, im Zweifel also den Vorschlägen des Jobcenters zu folgen haben. Andernfalls wird sanktioniert, werden die Bezüge zur Grundsicherung verringert.

### Sanktionshauptstadt Leipzig

Bei den Sanktionen werden seit einigen Jahren Rekorde gefeiert, auch in Sachsen; bei leicht sinkenden Arbeitslosenzahlen wohlgemerkt. Leipzig war im Jahr 2012 Sanktionshauptstadt unter allen Großstädten, von Juni 2013 bis

Mai 2014 wurden wieder 18.489 Sanktionen gesammelt. Das unerwünschte und folglich sanktionierte Verhalten mag das Ablehnen eines Ein-Euro-Jobs, ein krankheitsbedingtes Terminversäumnis ohne die ärztliche Bettlägerigkeitsbescheinigung oder der verweigerter Antritt des dritten oder fünften Bewerbungstrainings darstellen. Im Leipziger Jobcenter hat es schon den Fall gegeben, dass jemand wegen eines nicht mitgebrachten Lebenslaufs zu einer Maßnahme für drei Monate auf 30 Prozent seiner Bezüge verzichten sollte. Er klagte dagegen und bekam Recht. Es geht beim Thema Sanktionen also keineswegs darum, dass das Jobcenter arbeitsunwillige Faulenzer\_innen endlich erwischt und bestraft. Wie Sanktionierte das Weniger an Grundsicherung ausgleichen, wird öffentlich weder gefragt noch beantwortet.

Über die Gründe, warum unter anderem gerade in Leipzig die Sanktionen für einen kleiner werdenden Personenkreis immer weiter steigen, kann hier nur spekuliert werden. Scheinbar ist die verbreitete Haltung den „Kunden“ genannten Hilfeempfänger\_innen gegenüber nicht von viel Respekt geprägt. Als im September 2012 im Rahmen interner Umzüge Kartons mit Akten tagelang öffentlich zugänglich auf den Gängen des Jobcenters lagerten, wurde der Hinweis eines Anwalts ignoriert, dass hier gegen den Datenschutz verstoßen würde. Das Verwaltungsgericht bestätigte die Rechtswidrigkeit; noch in der Verhandlung zeigte das Jobcenter keinerlei datenschutzrechtliche Bedenken. Das Sozialgericht Leipzig – freilich nicht nur für das Leipziger Jobcenter zuständig – beklagt in öffentlichen Meldungen seine Handlungsunfähigkeit wegen Überlastung. Gründe dafür sind neben dem schlecht gemachten Gesetz (SGB II): Die Kosten der Unterkunft werden nicht in voller Höhe gezahlt, Bescheide sind nicht vollständig und somit nicht verständlich, Akten werden nicht vollständig geführt, Prozesse müssen geführt werden, weil es vorher nicht zur Einigung kommt. Beschäftigung für Jurist\_innen ergibt sich auch, weil das Jobcenter wegen Bagatelldelicten, die Hilfeempfänger\_innen (auch unwissentlich) nicht angegeben haben, Strafverfahren einleitet – vorbestraft klappt es bestimmt erst recht mit der Jobsuche.

### Sonderrechtszone Hartz IV

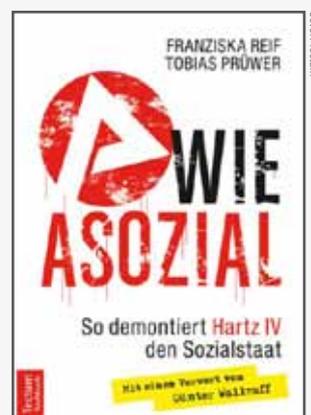
Der Datenschutz ist nicht das einzige Problem von Menschen, denen es nicht gelingt, dauerhaft aus dem Alg-II-Bezug herauszukommen. Für sie ist vor allem ihre Armut ein Erschwernis, das letztlich Altersarmut

bedeutet. Diese Menschen sind zudem gezwungen, sich in der Sonderrechtszone Hartz IV aufzuhalten, in der einige Beschränkungen hinzunehmen sind, darunter bei der Deckung des Lebensunterhalts, in der Wahl der Wohnung, bei der Freiheit der Berufswahl, in der Vertragsfreiheit, bei der aufschiebenden Wirkung von Widersprüchen und Klagen und beim Zeitpunkt des Renteneintritts. Hinzu kommt, dass jede Ermessensentscheidung durch das Amt das Potenzial einer Bedrohung enthält.

Die erforderliche Zahl an Vollzeitstellen, von denen sich der Lebensunterhalt bestreiten ließe, existiert nicht: Im September 2014 gab es laut Arbeitsagentur 24.187 offene Stellen in ganz Sachsen, denen 26.955 Arbeitslose in Leipzig gegenüberstanden. Außerdem passen die Qualifikationen von Arbeitslosen nicht immer zu den auf dem Arbeitsmarkt geforderten. Hier könnte Weiterbildung jenseits von Maßnahmen mit Papierchenaufsammeln im Wald helfen, aber die wiederum kostet Geld, das vom Bundesministerium unter Verweis auf gesunkene Arbeitslosenzahlen seit einigen Jahren sukzessive gestrichen wird. Jobcenter und Stadt Leipzig ist es bislang nicht gelungen zu verhindern, dass sich prekäre Lebenslagen verfestigen. Um den Langzeitbezug zu verkleinern oder gleich ganz zu vermeiden, müssen durchdachte und nachhaltige Ideen verfolgt werden, die letztlich auch eine Antwort auf das anhaltende Gejammer wegen des Fachkräftemangels bilden könnten. Bei der bloßen Erfüllung von Ziffernvorgaben und Sparzielen bleiben Menschen auf der Strecke. ■

#### Literaturtip

A wie Asozial: So demontiert Hartz IV den Sozialstaat. Von Franziska Reif und Tobias Prüwer. 220 Seiten. ISBN 978-3-8288-3282-4, Tectum Verlag 2014.



# LEIPZIGER INNEREIEN

## Rückblicke in den antiisraelischen Sommer

[1] Die Welt: »Erdogan nennt Israel ›barbarischer als Hitler«, 20.07.2014

[2] Blog Tapfer im Nirgendwo: »Wenn es dunkel wird in Gelsenkirchen: ›Juden ins Gas!«, 13.07.2014

[3] Stehr, Mirko: »Am Ende der Gewalt«, Jungle World vom 07.08.2014

[4] Video vom 18.07.2014, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=TbYTUUZLGus>

[5] MDR Sachsen: »Dresdener Synagoge beschmiert«, 11.07.2014

[6] Siehe Artikel Seite 31 in diesem Heft

[7] Nagel, Jule: »Israel- und Jüd\*innenfeindliche Tiraden in Leipzig und anderswo«, 19.07.2014

[8] Böhm, Alexander: »Scheiß Juden«: Zwei Demonstrationen zum Nahostkonflikt in Leipzig«, LIZ vom 18.07.2014

[9] Facebook-Eintrag »Die-In-Flashmob for #Gaza: Und wir machen weiter! Macht mit!«, 31.07.2014. Ähnlich wird auf einem Sticker der Krieg einseitig bewertet: Dort ist wieder von einer israelischen Blockade zu lesen, die es nicht gibt, eine Kritik an Hamas bleibt aus und israelische Bemühungen, zivile Opfer zu vermeiden, werden ausgeblendet.

[10] Wikipedia-Eintrag »Israeli disengagement from Gaza«

Vom Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Leipzig **Der Nahostkonflikt sorgt in Deutschland und gerade unter sich als links verstehenden Personen immer wieder für hitzige Debatten. Bei der Kritik an der Politik Israels wird häufig die Grenze zum Antisemitismus überschritten. Derartige Vorfälle gibt es auch in Leipzig.**

Im Sommer 2014 wurde dem Krieg gegen Israel in der Öffentlichkeit umfangreich Beachtung beigemessen. Die Angriffe aus dem von Hamas regierten Gazastreifen wurden wenig erwähnt, galt die Situation erst ab dem 8. Juli als eskaliert, dem Beginn der israelischen Militäroffensive »Protective Edge«.

Dies hat in Deutschland und Europa zu antisemitischen Aufmärschen und Gewaltausbrüchen geführt, die in Ausmaß und Intensität nach 1945 nie schlimmer waren. Zum Beispiel verkündete der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die Israelis hätten »Hitler in Sachen Barbarei übertroffen«<sup>[1]</sup>, erschallte auf einer Demonstration in Gelsenkirchen am 12. Juli »Hamas, Hamas, Juden ins Gas«<sup>[2]</sup>, wurde in Bremen am 13.7. ein junger Mann ins Koma geprügelt<sup>[3]</sup>, in Berlin am 17. Juli »Jude, Jude feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein« skandiert<sup>[4]</sup>, wurde in Dresden am 11. Juli »stop killing people« an die Synagoge gesprüht.<sup>[5]</sup>

### „Scheiß Juden“-Rufe in der Leipziger Innenstadt

Auch in Leipzig war die lokale antiisraelische Organisation, der ARBEITSKREIS NAHOST (AKN), nicht faul. Bereits auf einer der montäglichen Zusammenkünfte für ›Frieden‹ bewarb eine Sprecherin des AKN<sup>[6]</sup> in der Leipziger Innenstadt eine von ihr angemeldete, vorgeblich palästinasolidarische Kundgebung auf dem Richard-Wagner-Platz am 17. Juli. Dort wurden »tote Israelis [...] beklatscht« und Raketen auf Israel verharmlost. Die Kundgebung mündete in eine Demonstration. Geschrien wurde u.a. »Kindermörder Israel«, »Frauenmörder Israel« und »Allahu Akbar«. Pro-israelische Passanten wurden mit Gegenständen beworfen und bedroht.<sup>[7]</sup> »Scheiß Juden« hallte in der Innenstadt wider.<sup>[8]</sup>

Weiterhin hat der AKN ein sogenanntes ›die in‹ veranstaltet, bei dem sich makaber in Leinentücher gewickelt in die Leipziger Fußgängerzone gelegt wurde; das Motto: »Stoppt das Morden in Gaza! Keine Waffenlieferungen an Israel!« Damit sollte auf Ungleichheit des

Krieges aufmerksam gemacht werden, vorgebend die Aggression ginge von Israel aus und nicht von Hamas und verbündeten Gruppen wie Islamischer Dschihad. Abermals wurden Angriffe aus Gaza, die auf israelische Zivilbevölkerung abzielen, als »eine verständliche Folge auf Israels Gewalt und Besetzung« verharmlost.<sup>[9]</sup> Verschwiegen wurde die Taktik der Hamas, die zivile Bevölkerung als menschliche Schutzschilder zu benutzen und Raketen mit Kalkül aus Wohngebieten, in Nähe von Schulen sowie Krankenhäusern abzuschießen. Eine möglichst hohe Zahl ziviler Toter erweist sich weltweit als propagandistisch wertvoll. Weiterhin wird von einer Besetzung Gazas seitens Israels gesprochen, diese ist aber schon seit dem vollständigen Abzug der Israelis im August 2005 nicht mehr existent.<sup>[10]</sup>

Im Zusammenhang damit werden die Zustände in Gaza immer wieder mit der südafrikanischen Apartheid verglichen, so z.B. auf dem im Rahmen der globalen am 21. August gezeigten Film »Roadmap to Apartheid«. Ein Vergleich, der angesichts der nicht vorhandenen Besetzung, der Autonomie der Hamas in Gaza und der mangelnden ›Rassentrennung‹ allemal einseitig, somit alles andere als zutreffend ist und, nebenbei bemerkt, das Apartheid-Regime in Südafrika verharmlost. Mitglieder des AKN verschonen nicht Leipziger Wohnprojekte, nicht die Uni oder den Clara-Zetkin-Park mit gesprühten Slogans wie »Boycott Israel«, ganz ähnlich des nationalsozialistischen Aufrufs »Kauf nicht bei Juden«.

Hier lässt sich ein problematisches Ungleichgewicht erkennen: Palästinenser\_innen werden, sobald im Konflikt mit Israel, als Märtyrer\_innen, als Hilflose und Verfolgte gesehen. Ein Privileg was ihnen wie anderen Menschen von der deutschen (auch Leipziger) Linken in anderen Fällen verwehrt wird – ein aktuelles Beispiel gibt der Jahre währende syrische Bürgerkrieg, unter dem auch Palästinenser\_innen leiden. Für diese fanden allerdings keine selbsternannten palästinasolidarischen Aktionen statt. Es fehlte dieser Klientel das bekannte Feindbild, Israel.

### Mangelndes Antisemitismusverständnis

Allerdings wird weitgreifend von ›Islamophobie‹ schwadroniert, die angenommene Gefahr für und spezifischer Rassismus gegenüber Anhänger\_innen des Islams sei, als wären diese ›die neuen Juden‹.<sup>[11]</sup> Ein Vergleich, der allem voran darin fehlt, Antisemitismus



PHOTO: CHRONIKLE

Oft in Leipzig zu entdecken: Die antiisraelische Propaganda des Arbeitskreises Nahost (AKN)

als Diskriminierung aufgrund von Religion sehen zu wollen. Dessen Gestalt ist weniger rassistisch zu sehen, als im Umfang einer solid projektierten Welterklärung. Die Projektion sieht Juden und Jüdinnen als ›Draht- und Fadenzieher‹, mitunter traditionell in Bezug auf Finanzwesen oder Macht. Verschwörungen werden als real gesetzt wahr- und als Welterklärung angenommen.

Auch mit dem Islam assoziierte Menschen werden Opfer von Rassismus, dies steht außer Frage. Zu beobachten beispielhaft im Falle der fortschrittlichen französischen Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem, die, ohne sich jemals über ihre Religionszugehörigkeit geäußert zu haben, mit rassistischen Anwürfen und einer »regelrechte Hetzkampagne« zu kämpfen hat, in der sie als »Muslim stigmatisiert« wird.<sup>[12]</sup>

Mündet hingegen der Vorwurf des anti-muslimischen Rassismus darin, Meinungsfreiheit einzuschränken bzw. gar nicht erst zuzulassen, weil sich islamische Männer zum Beispiel durch Karikaturen ihres Propheten beleidigt fühlen, ist dies keineswegs legitimer Meinungsstreit. So geschehen im Falle des dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard im Dezember 2012. Es wurde eine Fatwa, ein Urteil auf der Grundlage des Islam, gegen ihn ausgerufen, weil er es sich erlaubte, den Propheten Mohammed karikaturistisch darzustellen. Daraufhin überlebte er einen Mordanschlag in seinem eigenen Haus, lebt seither mit Personenschutz.<sup>[13]</sup>

Eine Auszeichnung für den Karikaturisten mit dem Leipziger Medienpreis wurde in den letzten LEIPZIGER ZUSTÄNDEN, Dezember 2012, im Text von Netzwerk gegen Islamophobie & Rassismus (NIR) als islamfeindlich abgestempelt. Eine Aussage, die jegliche Vernunft missen lässt. Möchte NIR tatsächlich die Meinungsfreiheit einschränken, in dem sie das Mantra von Islamist\_innen wiederholen und unterstreichen, keine Kritik am Islam zuzulassen? Andere Religionen werden tagtäglich durch den Kakao gezogen, wie es in einer säkularisierten Welt stattfindet.

NIR sollte tatsächlich einmal der Aufforderung nachkommen »antimuslimischen Rassismus« von »legitimer Islamkritik« abzugrenzen. Doch halten sie dies zwar »für möglich und wichtig«, aber nur um dieser Forderung im Folgesatz sofort wieder Rassismus entgegenzustellen.<sup>[14]</sup> Offensichtlich besteht kein Interesse, Islamkritik zuzulassen, geschweige selbst zu formulieren.

#### Weiterführende Informationen:

Die Debatte um die Kritik am AKN umfasst mehrere Stellungnahmen und Positionspapiere. Sie sind online abrufbar auf [leipzig.antifa.de](http://leipzig.antifa.de) unter:

<https://www.inventati.org/leipzig/?p=2546>

#### Kontakt:

Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Leipzig

[baaleipzig.wordpress.com](http://baaleipzig.wordpress.com)

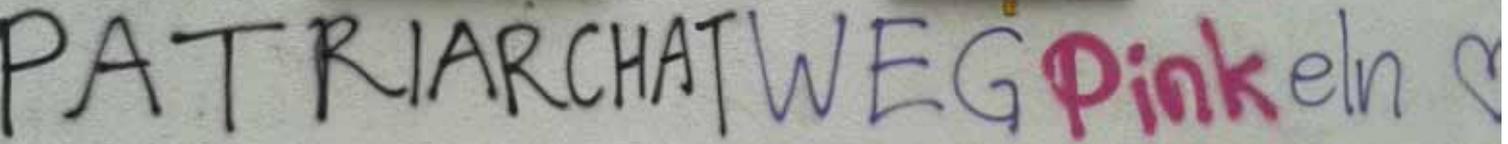
[www.facebook.com/baaleipzig](https://www.facebook.com/baaleipzig)

[11] Kirchick, James: »Islamophobie und Antisemitismus: Die neuen alten Juden«, FAZ vom 29.08.2014, und: Nemtsov, Jascha: »Antisemitismus und Rassismus in Deutschland. Muslime sind nicht die neuen Juden«, Der Tagesspiegel vom 10.09.2014

[12] Balmer, Rudolf: »Rassismus in Frankreich: Objekt der Hasspropaganda«, taz vom 08.09.2014

[13] Broder, Henrik: Medienpreis für Mohammed-Karikaturist: So ändern uns die Zeiten, Spiegel Online vom 09.09.2012, und: Gerlach, Thomas: Westergaard in der Akademie der Künste, Knapp über dem Abgrund, aus TAZ vom 12.06.2014

[14] NIR: »Islamfeindlichkeit als Türöffner«, aus: ChronikLE (Hg.): Leipziger Zustände, Dezember 2012.



## RAPE CULTURE

### Ein gesamtgesellschaftliches Phänomen

Vorsicht, dieser Artikel enthält Beschreibungen sexualisierter Gewalt

Von Marian Blum

[1] Mit der Schreibweise Frau\* soll für weitere Identitäten Platz gelassen werden. Identitäten die entweder von außen als weiblich gelesen werden, sich selbst aber anders verstehen oder durch die Darstellung einer spezifischen Weiblichkeit vermittelt bekommen, nicht richtig zu sein, da sie\* nicht einem Idealbild entsprechen. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass auch Identitäten abseits der hier beschriebenen von sexualisierter Gewalt betroffen sein können.

Eines Sonntag Abends wird eine junge Frau am Connetzter Kreuz aus einer Gruppe von drei Männern heraus verbal bedrängt. Eine Person nähert sich der Betroffenen und schreit sie unvermittelt mit den Worten „Ey, wollen wir ficken?“ an. Als die Betroffene ihre Abneigung deutlich macht, bekommt sie die Aufforderung erneut zu hören.

In einem anderen Stadtteil wird einer ebenfalls jungen Frau auf der Straße von einem Mann auf einem Fahrrad hinterhergepöfeln. Wütend schreit sie dem Mann „Verpiss dich, du arschloch!“ nach. Dadurch aufgebracht, kehrt der Mann um, fährt zu der Frau und beschwert sich, warum sie so unverschämt sei. Er habe das doch nett gemeint, sie sei halt ein „hübsches Ding“, dafür könne er ja nichts. Ob die anschließende wütende Diskussion, etwas an seinem Verhalten oder seiner Einstellung ändern wird, bleibt unklar.

Eines anderen Tages läuft eine ältere Frau\*<sup>[1]</sup> durch die Innenstadt. Vorne links in groß: ein Plakat. H&M, abgebildet wird ein pinker Bikini, eine schlanke, vollgebräunte, schier „perfekt“ wirkende Frau darin. Hundert Meter weiter: ein Plakat: Vero Moda. Leicht fliegende Tunika. Jung wirkende, glatte Haut. Um die Ecke vorne rechts...

Die Auflistung von Vorfällen, Abbildungen oder Äußerungen könnte hier beliebig weitergeführt werden. Was all diese Geschehnisse eint, ist dass sie in eine sexistische gesamtgesellschaftliche Kultur einzuordnen sind. Die Alltäglichkeit der Anmaßungen, sexuelle Handlungen an Frauen\* jederzeit und auch öffentlich einzufordern bzw. diese als ein „männliches Vorrecht“ zu betrachten, oder auch Frauen\* zumeist sexualisiert darzustellen, wird in der feministisch-emanzipatorischen Theorie unter dem Begriff „rape culture“ (dt.: Vergewaltigungskultur) kritisiert.

Das Konzept der „rape culture“ beschreibt ein gesellschaftliches Klima, in dem sexualisierte Gewalt und Vergewaltigungen permanent produziert und gleichzeitig unsichtbar gemacht werden. Der gesamtgesellschaftliche Zustand wird hier als normal empfunden und in Folge dessen, werden unterdrückende Konzepte von Sexualität und Gender (re-)produziert. Bei der Ver-

wendung des Begriffs ist es notwendig sich bewusst zu machen, dass hier ein nicht-normativer Gewaltbegriff verwendet wird, der Gewalt nicht nur als einen Schlag, einen Tritt oder offensichtlich erkennbar zugefügten physischen oder psychischen Schaden versteht. Es wird hier vielmehr den Betroffenen überlassen, für sich selbst zu definieren, was in welchen Momenten als Gewalt empfunden wird. Auf diese Art und Weise wird berücksichtigt, dass Grenzen bei allen Personen unterschiedlich sind und die Handlungsmacht der betroffenen Personen gewahrt. Dies steht im Gegensatz zu den vielen Rechtfertigungen und Beweisführungen, die auf eine\* zukommen, wenn sie\* sich traut, einen Übergriff als einen solchen zu benennen.

Das Konzept wird in verschiedenen, akademischen und politisch-feministischen Zusammenhängen aber auch unterschiedlich definiert. Die vorherrschende Objektivierung und Sexualisierung von Frauen\* (zum Beispiel in den Medien oder im Alltagsdiskurs) führt dazu, dass manche Männer nicht in der Lage sind mit Frauen\* anders als sexuell motiviert, zu interagieren bzw. es großer Anstrengung bedarf dies aufzubrechen. Die in der sexistischen Deutung angenommene und in der gesellschaftlichen Praxis reproduzierte Initiative von Männern, wird bei gleichzeitiger Passivität, Abwehr bzw. Duldung durch Frauen\* vermeintlich legitimiert. Aus dem daraus resultierenden Sinken von von Hemmungen bei Männern folgennicht selten Vorfälle wie der eingangs beschriebene verbale Übergriff oder gar darüber hinaus. Für Frauen\*, beziehungsweise jene Menschen, die diese geschlechtliche Zuschreibung erfahren, bedeutet das deren Missachtung als denkende und selbstbestimmte Menschen, beinhaltet aber auch die Bedrohung durch sexuelle Übergriffe und Vergewaltigung.

Dass diese Auswirkungen einer gewalttätigen Gesellschaft ebenfalls in Gruppierungen wirken, welche sich selbst als emanzipiert betrachten oder zumindest betiteln und eben kein Phänomen „der Anderen“ darstellt, ist immer wieder zu erleben und nicht verwunderlich. Auch emanzipatorisch-feministische Gruppen und Räume sind unvermeidlich von jahrelanger gewalttätiger Sozialisierung der sich dort bewegenden Individuen und den sie umgebenden sowie durchdringenden normativen Strukturen beeinflusst. So kommt es zum Beispiel auch auf „linken“ Parties zu blöden Anquatschereien

und Übergriffen. Die angelernten Strukturen wirken aber ebenso in unseren Herzen und Betten, sodass auch Versuche emanzipatorische Beziehungskonzepte zu entwickeln und zu verwirklichen viel (Selbst-)Arbeit bedürfen. Feministische Initiativen wie der Slutwalk, Awareness Gruppen, Definitionsmacht-Diskussionen, solidarische Freund\*innenschaften und viele weitere Menschen, Gruppen und Räume versuchen hier seit Jahren ein Gegengewicht zu dieser „rape culture“ zu schaffen.

Der Kurzfilm „Walking Home“ der US-amerikanischen Filmemacherin Nuala Cabral ist ein bewegendes Dokument der alltäglichen sexistischen Zumutungen, das sich der, für nicht Betroffene mitunter schwer zu fassenden, Thematik narrativ und autobiografisch annähert und greifbar macht. ■

#### Quellen:

Herman, Dianne F. „The Rape Culture“. Printed in *Women: A Feminist Perspective* (ed. Jo Freeman). McGraw Hill, 1994. Retrieved 18 October 2011.

Feminismus 101: <http://feminismus101.de/rape-culture/>

chronik.LE: „Sexistischer Verbalübergriff am Connewitzer Kreuz“, 29.10.2014

„Walking Home“, Nuala Cabral. URL: [http://www.mediaatmattersfest.org/watch/11/walking\\_home](http://www.mediaatmattersfest.org/watch/11/walking_home)

#### Weiterführende Literatur:

Buchwald, Emilie; Fletcher, Pamela R.; Roth, Martha: *Transforming a Rape Culture*. Milkweed Editions. 2005.

Stokowski, Margarete. „Rape Culture. Die hässliche Wirklichkeit“. In: *Taz-online* vom 12.01.2013.

Homepage von „e\*vibes“. URL: <http://evibes.blogspot.de/>

Homepage von „FORCE: upsetting rape culture“. URL: <http://upsettingrapeculture.com/rapeculture.php>

Homepage von Geek-Feminism. URL: [http://geekfeminism.wikia.com/wiki/Rape\\_culture](http://geekfeminism.wikia.com/wiki/Rape_culture)

Homepage von „Transformative Justice“. URL: <http://www.transformativejustice.eu/>

Homepage von „woman against violence against women“. URL: <http://www.wavaw.ca/what-is-rape-culture/>

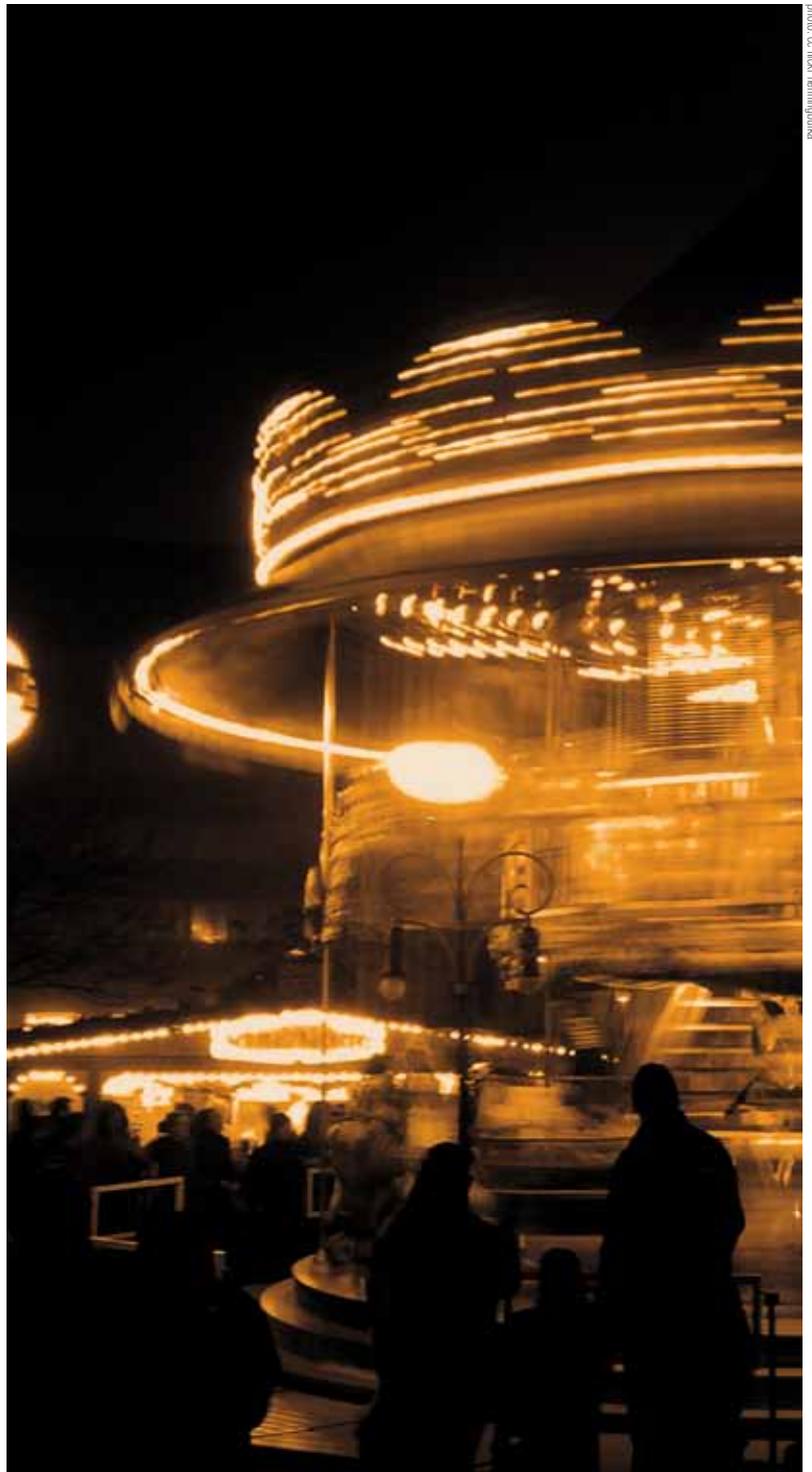


photo: cc/flickr/rennigpallas

## 05 KAPITEL

# SERVICE

# GEGEN EIN 1000JÄHRIGES VERGESSEN

## Ein postkolonialer Stadtplan für Leipzig

Von AG Postkolonial im Verein Engagierte Wissenschaft  
**Leipzig feiert im Jahr 2015 eintausend Jahre urkundliche Ersterwähnung. Im Rahmen dieser Kampagne wird mindestens eines wieder vergessen: Der Kolonialismus und sein noch heute währender Einfluss auf die Leipziger Geschichte. Im Jubiläumsjahr möchten wir das unvollständige städtische Gedächtnis um die postkoloniale Auseinandersetzung erweitern.**

Neben den bereits von der AG angebotenen Stadtrundgängen und der Internetseite [www.leipzig-postkolonial.de](http://www.leipzig-postkolonial.de) soll der Stadtplan diese Erinnerungsarbeit weiter anstoßen. Die Leipziger Stadtlandschaften weisen noch heute Spuren ihrer Kolonialvergangenheit auf: Straßennamen, Museen, Orte und Monumente spiegeln die Geschichte der Stadt wider und dienen als bewusst gesetzte Gedächtnisräume. So erinnern und ehren in Leipzig bis heute Straßennamen unkommentiert koloniale Akteur\_innen. Bei dieser erinnerungspolitischen Leerstelle der Stadt Leipzig setzt der Stadtplan mit zahlreichen kolonialen Spuren an, um die Verherrlichung und Verankerung der deutschen Kolonialherrschaft und ihr Fortwirken im Bewusstsein der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. In einer Stadt mit einer (Übersee-) Handelstradition wie Leipzig erachten wir eine derartige öffentliche Auseinandersetzung als unbedingt notwendig.

Die Aufarbeitung von Kolonialismus und seiner Tiefenwirkung kann aktuelle Rassismen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erklären; Kolonialismus wird jedoch nur selten bei der Suche nach deren Ursachen herangezogen. So kann mit Hilfe historischer Aufklärung und einer postkolonialen Kultur des Erinnerns eine Sensibilisierung in Bezug auf Alltagsrassismen geschaffen und deren Beseitigung nachhaltig gefördert werden. In Verbindung mit unseren Rundgängen möchten wir bei der Etablierung einer alternativen lokalen Erinnerungskultur für Betroffene menschenfeindlicher Gewalt mitwirken. Defizite in der erinnerungspolitischen Arbeit sind uns dabei bewusst: Um eine ganzheitliche Geschichte wiederzugeben, müssen die Stimmen der Betroffenen und des Widerstands, deren Zeugnisse und Spuren meist nicht (mehr) sichtbar sind, stärker Gehör finden.

In der grafischen Abbildung von Leipzig wird der „Stadtkern“ aufgelöst, Außenbezirke und Zentrum näher zusammengebracht und die Ereignisse in den Fokus gerückt. Als Orientierung dienen lediglich die zur Auffindung der Stationen notwendigen Straßenbahnlinien. Die 27 Spuren werden innerhalb von fünf Kategorien: „Handel und Ausbeutung“, „Wissenschaft“, „Menschen-Ausstellen“, „Erinnerungspolitik“, „Rassistische Zustände und Widerstand“ beschrieben und in einer durchsichtigen Schichtung zusammengebracht.

### Auszüge aus dem Stadtplan:

#### Zoo Leipzig

Vom Jahr der Gründung des Zoos 1876 bis 1931 fanden etwa 40 Völkerschauen statt, in denen die Personen in einer rassistischen Art und Weise wie Objekte zwischen Raubtieren und Robben ausgestellt wurden. Für diese Zwecke richtete der damalige Direktor Ernst Pinkert extra eine „Völkerwiese“ und „Völkerbühne“ ein. Die betroffenen Menschen waren Misshandlungen, Krankheiten und Tod ausgesetzt. Bis heute lockt der Zoo mit „afrikanischen“ Trommlern und Tänzern und bedient sich in den Darstellung noch immer exotisierender Klischees und Stereotype.



Koloniale Spuren in Leipzig: Entwurfsversion eines Stadtplans

#### Leipziger Baumwollspinnerei

Die 1884 gegründete Leipziger Baumwollspinnerei (LBS) betrieb von 1907-1914 eigene Baumwoll- und Sisalplantagen in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ (heutiges Staatsgebiet Tansania, Burundi, Ruanda, Mosambiks). Nachdem die lokale Bevölkerung mit dem „Maji-Maji-Aufstand“ unter anderem gegen den durch die deutsche Kolonialregierung angeordneten Zwangsanbau auf kommunalen Baumwollfeldern aufgebehrte, wurde verstärkt in europäische Großplantagen wie die der LBS investiert. Für den Export zehntausender Ballen Baumwolle nach Leipzig arbeiteten dort zeitweise über 2000 afrikanische Arbeiter\_innen.



# LITERATUREMPFEHLUNGEN

Frank Eckardt, René Seyfarth, Franziska Werner

## LEIPZIG. DIE NEUE ORDNUNG DER UNSICHTBAREN STADT

Unrast Verlag, ca. 300 Seiten. Erscheinungstermin: März 2015

Leipzig hat wie keine andere Stadt Ostdeutschlands lange als Boomtown gegolten. Doch der städtische Wandel ist komplexer und vielfältiger. Ausgrenzungen und soziale Ungleichheiten haben dabei unterschiedliche Formen angenommen. Mit diesem Buch werden Erkundungen der neuen sozialen Ordnung von Leipzig vorgestellt, die die Stadt in ihrer Widersprüchlichkeit erklären helfen sollen. Es werden daher unsichtbare beziehungsweise unsichtbar gemachte Prozesse und soziale Gruppen in den Mittelpunkt gerückt. Die aufgenommenen Beiträge zeigen an, dass Leipzig hinter den schönen Fassaden an einer neuen Gesellschaftsordnung baut.

Das Buch versammelt einerseits Beiträge zur aktuellen Wohnungspolitik, den vielfältigen Diskursen um die Stadt wie auch neueren Berichten

über Prozesse von Aufwertung und Gentrifizierung. Andererseits fließen die verschiedenen Lebenswelten beziehungsweise urbanen Räume von Muslim\_innen, Wohnungslosen, Flüchtlingen, Homosexuellen, Neonazis und älteren Menschen in die Analyse ein. Nicht zuletzt wird auch das mediale Phänomen „Hypezig“ und deren Auswirkungen auf die Stadt und ihrer Bevölkerung betrachtet. Die dargestellten Mechanismen und Phänomene der neuen urbanen Ordnung sind zum einen spezifisch für die Situation in Leipzig, zum anderen lassen sich generelle urbane Veränderungen in der Stadtgesellschaft aufzeigen.



Cover: Unrast

Bon Courage

## VON AUSSEN SIEHT ES NICHT SO SCHLIMM AUS... ABER DAS IST NUR EIN TRICK.

Infobroschüre zur Lebenssituation von Asylsuchenden im Landkreis Leipzig

Die anhaltenden Refugee-Proteste der letzten Jahre haben verstärkt auf die miserablen Lebensbedingungen von Asylsuchenden in Deutschland aufmerksam gemacht. Dass die Situation dabei in den ländlichen Regionen besonders hervorsticht, dafür ist der Landkreis Leipzig ein trauriges Beispiel. Die fünf hier vorhandenen Sammelunterkünfte sind jeweils in kleineren Dörfern gelegen, und damit nur mit Bus oder Fahrrad erreichbar, so dass jeder Einkauf, jeder Weg zum Amt und jede Option auf Teilhabe am öffentlichen Leben erst einmal diese Distanz überwinden muss. Darüber hinaus hält der Landkreis weiterhin an der Gutschein-Versorgung fest, was bedeutet, dass Asylsuchende nur einen kleinen Teil der ihnen zustehenden Leistungen bar ausgezahlt bekommen, während der größere Teil in Form von Lebensmittelgutscheinen für bestimmte Supermärkte übergeben wird (Siehe auch Seite 21 in diesem Heft). Aufgrund der schlechten Situation im Landkreis haben wir uns entschieden eine Broschüre zur Lebenssituation von Asylsuchenden herauszugeben, in welcher diese selbst über ihre Probleme sprechen. Nur sie können wissen, welche Auswirkungen die belastende Lebenssituation

auf sie als Person und auf ihre Gesundheit hat. Neben mehreren Interviews mit Asylsuchenden über ihr Leben und ihre Perspektiven gibt es eine Rahmung zum Asylsystem in Deutschland und vor Ort. Wir hoffen damit eine empathische Auseinandersetzung mit dem Thema und den Menschen anzustoßen.

### Hier liegt die Broschüre aus:

Linxxnet, Bornaische Straße 3d, Leipzig  
RAA Opferberatung, Peterssteinweg 3, Leipzig  
Bestellung per mail: [info@boncourage.de](mailto:info@boncourage.de)

Bon Courage, gegründet 2007, wird zur Zeit durch über 60 Personen getragen. Schwerpunkte sind die Arbeit mit Asylsuchenden und Bildungsarbeit. Weitere Infos unter: [www.boncourage.de](http://www.boncourage.de)



Cover: Bon Courage

# AUS DER

## EINE KURZE AUSWAHL AUS

# LEIPZIG CHRONIK

**10.10.2014** Ein älterer Mann schreit am Allee Center Leipzig (Grünau) zwei People of Color hinterher: „Das ist meine Heimat und nicht eure!“

**29.08.2014** Unbekannte beschmieren die Gedenktafel für Zwangsarbeiterinnen in der Grünauer Parkallee mit einem Hakenkreuz.

**29.07.2014** Die NPD verteilt im Rahmen einer Wahlkampfaktion auf dem Lindenauer Markt CS-Spray. Hintergrund waren Übergriffe auf Frauen in Lindenau, welche die NPD nun instrumentalisiert, um ihre Politik unter dem Motto „Heimat mit Sicherheit“ zu legitimieren.

**31.05.2014** In der Nacht zu Sonntag grölte eine Gruppe von etwa zehn jungen Männern in einem Bus kurz vor Mitternacht Naziparolen. Die augenscheinlich Betrunkenen riefen u.a. mehrmals „White Power“.

**24.05.2014** Der Leipziger CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Feist echauviert sich auf seiner Facebook-Seite über den Schriftsteller Navid Kermani, der anlässlich des 65. Jahrestages des Grundgesetzes eine Festrede hielt: „Iraner belehrte uns gestern im Bundestag über das Grundgesetz in einem unerträglichen Duktus. Passend dazu sang er auch die Nationalhymne nicht mit.“ Kermanis Eltern stammen aus dem Iran, er selbst wurde in Siegen (Nordrhein-Westfalen) geboren und hat sowohl die deutsche als auch die iranische Staatsbürgerschaft.

**23.05.2014** Der Nazi-Hooligan Enrico Böhm nötigte und bedrohte einen jungen Menschen mit Pfefferspray. Der NPD-Stadtratskandidat vermutete scheinbar eine Beteiligung der Person bei mehreren Böhm betreffenden Sachbeschädigungen und wollte diesen deswegen eigenmächtig festnehmen. Die herbeigerufenen Polizist\_innen beschiednen jedoch, dass diese Festsetzung nicht angemessen, geschweige denn rechtmäßig sei, und zeigten Böhm wegen Nötigung an.

**27.04.2014** In der Nacht von Samstag auf Sonntag haben mehrere Personen kurz vor fünf Uhr bei einem Hausprojekt in Lindenau Scheiben eingeschlagen. Die Bewohner\_innen fanden vor der Eingangstür zum Veranstaltungsraum des Hauses mehrere Steine und eine kaputte Flasche. Die Vermutung liegt nahe, dass der Tat ein neonazistisches Motiv zugrunde liegt.

**16.04.2014** Am Rande einer Stadtratsversammlung am 16. April übergaben Mitglieder der NPD Unterschriftenlisten der Bürgerinitiative „Gohlis sagt Nein“. Die Anti-Moschee-Petition liegt dem entsprechenden Ausschuss vor. Insgesamt waren etwa fünfzehn Personen, größtenteils aus dem NPD- und Kameradschaftsmilieu, anwesend.

**22.02.2014** In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde der Interimswagenplatz am Karl-Heine-Kanal von Neonazis heimgesucht. Gegen 3 Uhr in der Früh hielt ein Fahrzeug auf der Karl-Heine-Straße in Höhe des Wagenplatzes. Die vier Insassen machten sich im Eingangsbereich zum Platz zu schaffen und zerschnitten ein dort hängendes Transparent zum Fall Oury Yalloh. Anschließend stiegen sie mit mehrfachen, lauten „White Power“-Rufen zurück ins Auto und fuhren weiter.

**16.02.2014** Sonntagmittag trafen an der Straßenbahnhaltestelle „Am Adler“ fünf mit Lok-Leipzig-Jacken bekleidete, zum Teil stark angetrunkene Männer auf zwei Männer mit Schals eines anderen Fußballvereins. Die Lok-Fans beschimpften die beiden Männer, die auf der gegenüberliegenden Straßenseite vorbeiliefen, mit sexistischen Beleidigungen und Gewaltandrohungen. Darüber hinaus wurden die beiden Männer auch mehrfach mit „Juden“ angebrüllt.

**21.12.2013** In der Fregestraße 22 im Waldstraßenviertel werden drei Stolperstein aus dem Pflaster herausgerissen, die an die von den Nazis verfolgte und ermordete jüdische Familie Kralovitz erinnern. Einer der beschädigten Steine wird im Februar 2014 in einer Baugrube in der Nähe gefunden. Das Archiv Bürgerbewegung e.V. von der Leipziger Stolperstein-Arbeitsgruppe vermutet die Täter/innen unter den Anhängern des Halleschen FC. Die Fußballer hatte am Samstagnachmittag in der Arena gegen RB Leipzig gespielt, die HFC-Fans waren durch das Waldstraßenviertel gezogen.

**11.08.2013** Ein 28-Jährige beschimpft einen im Irak geborenen Kioskbetreiber in Grünau rassistisch und verletzt ihn durch einen Faustschlag sowie Hiebe mit einem Besenstiel im Gesicht, an der Hand und den Beinen. Der Angreifer hatte zuvor sechs Bier gekauft, beim Bezahlen aber sein Kleingeld in den Kiosk geworfen, so dass der Verkäufer die Münzeln einsammeln musste. Dann begannen die Beschimpfungen und Beleidigungen. Die Polizei schließt das Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung Anfang 2014 ab.

# AUS DER

## EINE KURZE AUSWAHL AUS

# LEIPZIGS UMLAND CHRONIK

### 18.03.2014 Schkeuditz, Delitzsch, Eilenburg

In drei Städten fanden Kleinst-Kundgebungen der NPD im Rahmen einer viertägigen Wahlkampf-„Kundgebungstour“ unter dem Motto „Heimat schützen – Asylmißbrauch bekämpfen“ statt.

### 01.02.2014 Torgau

Am Abend des 1.2.2014 fand in Torgau (OT Staupitz) ein Nazikonzert statt, an dem etwa 100 Personen teilnahmen. Angekündigt waren die Bands: „Überzeugungstäter Vogtland“, „Motor of Hate“ aus Mecklenburg-Vorpommern, „Strongside“ aus Sachsen-Anhalt und „March or Die“ aus England.

### 29.01.2014 Colditz

Unbekannte haben versucht drei „Stolpersteine“ in Colditz zu entfernen und diese dabei an drei Seiten beschädigt. Die erst im Dezember 2013 auf dem Markt verlegten Gedenksteine erinnern an die jüdische Familie Nussbaum, die von den Nazis verfolgt und schließlich in Auschwitz ermordet wurde.

### 25.01.2014 Borna

Am Samstag trafen sich etwa 100 Personen zu einer Kundgebung der sogenannten Bürgerinitiative „Wir sind Borna“. Die Veranstaltung fand auf dem Königsplatz in der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft in Borna statt und stand unter dem Motto „Unsere Heimat - unser Recht“

### 31.12.2013 Borna

Am 31. Dezember 2013 gab es einen nächtlichen Angriff mit Böllern und Raketen auf die Notunterkunft für Asylsuchende am Königsplatz in Borna. Nach Aussage eines Betroffenen heißt es, die ca. 15 AngreiferInnen hätten mit Steinen und Raketen gezielt auf den Eingangsbereich des Gebäudes geschossen und dabei u.a. ein Feuer ausgelöst.

### 11.09.2013 Delitzscher Lokalausgabe der LVZ

Der Chefredakteur der Delitzscher Lokalausgabe der LVZ, Frank Pfütze, setzt in einem Kommentar anlässlich eines geplanten NPD-Aufmarsches die Teilnehmenden einer antirassistischen Demonstration mit Neonazis gleich und verunglimpfte sie als „Abschaum“. In Rackwitz war es in den vorangegangenen Wochen zu Protesten gegen eine geplante Unterkunft für Asylsuchende gekommen. Der Presserat erteilt der LVZ wegen der Verwendung des Begriffs „Abschaum“ eine öffentliche Rüge (Verstoß gegen Ziffer 9 des Pressekodex).

### 22.08.2013 Oschatz

Am Abend störten ca. 20 Nazis eine Wahlkampfveranstaltung der CDU, bei der Angela Merkel auftrat. Die Personen aus dem Umfeld der nord-sächsischen NPD hielten mit Beginn der Veranstaltung Plakate hoch, auf denen sie die „Eurokrise“ thematisierten und eine Rückkehr zur D-Mark einforderten. Während das Deutschlandlied abgespielt wurde, soll eine Person aus der Gruppe „Arbeit macht frei“ gerufen haben.

### 20.07.2013 Neukieritzsch

Im Ortsteil Kieritzsch (Landkreis Leipzig) findet laut Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zu Neonazi-Aktivitäten eine von „Rechtsextremisten“ veranstaltete „rechtsextremistische Party“ statt. Teilgenommen haben sollen 70 Gäste. Eine Woche später, am 27. Juli, folgte eine weitere „Party“ dieser Art. Zu dieser Veranstaltung kann oder will das Innenministerium keine Angaben zur Teilnehmerzahl machen.

### 14.07.2013 Lausen

Am Abend wurden Fans und die Volkspport-Mannschaft von Roter Stern Leipzig (RSL) in Lausen angegriffen. Hintergrund war ein Fußballspiel des RSL bei der „SG Lausen Draussen“. Nach dem Spiel versammelten sich Fans und Mannschaft des RSL vor dem Sportplatz, um gemeinsam die Heimreise anzutreten. Plötzlich stürmten etwa 15 bis 20 Personen, darunter bekannte Neonazis, zielgerichtet auf die RSL-Gruppe zu. Nach einer kurzen Rangelei konnten die Angreifer zurückgedrängt werden und zogen sich auf das Gelände des Sportparks zurück, von wo sie Gegenstände über den Zaun Richtung RSL-Fans warfen.

Weitere und ausführlichere Ereignismeldungen unter:

[www.chronikle.org](http://www.chronikle.org)

Ereignisse melden!

Sie haben einen Fall von Diskriminierung, (Alltags-)Rassismus oder Neonazi-Aktivitäten beobachtet oder sind gar selbst betroffen? Dann wenden Sie sich vertrauensvoll an uns auf der Webseite: [www.chronikle.org/ereignismelden](http://www.chronikle.org/ereignismelden)

## ADB – Das Antidiskriminierungsbüro in Leipzig

### Bildung, Beratung und Information

Das ANTIDISKRIMINIERUNGSBÜRO (ADB) ist eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für von Diskriminierung Betroffene. Wir unterstützen Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen zum Schutz vor konkreten Benachteiligungen wegen: rassistischer/ethnischer Zuschreibungen, des Geschlechts, der sexuellen Identität, einer Behinderung, des Lebensalters und der Religion bzw. Weltanschauung. Unsere Arbeit umfasst drei Tätigkeitsfelder:

#### 1. Weiterbildung

Wir bieten Weiterbildungen in Form von Workshops und Seminaren zu Antidiskriminierungsrecht oder Mobbing, interkultureller Kompetenz oder Diversitykonzepten sowie präventive Strategien gegen Benachteiligung an. Die Bildungsangebote richten sich an privatwirtschaftliche Unternehmen und den öffentlichen Dienst, an Vereine und Verbände sowie an Behörden.

#### 2. Beraten, stärken, vermitteln

Das Beratungsangebot des Antidiskriminierungsbüros bietet Betroffenen zeitnahe und direkte Unterstützung durch Einzelfallhilfe mit professioneller Beratung, emotionale Unterstützung und Stärkung des Selbsthilfepotentials. Wir bemühen uns um Konfliktlichtungen durch Mediation, helfen Ihnen durch aufsuchende Beratung und vermitteln im Bedarfsfall an spezifische Fachberatungsstellen und Rechtsanwält\_innen.

#### 3. Informieren, Koordinieren, Kooperieren

Das Antidiskriminierungsbüro stellt Antidiskriminierungsarbeit auf eine breite gesellschaftliche Basis. Wir organisieren Informationsveranstaltungen, Foren und Tagungen in Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Antidiskriminierungsinitiativen. Wir veröffentlichen thematisches Aufklärungs- und Informationsmaterial, stehen in Kooperation mit lokalen, regionalen und bundesweiten Initiativen gegen Diskriminierung und Betroffenenverbänden und arbeiten aktiv im NETZWERK TOLERANTES SACHSEN mit.

Antidiskriminierungsbüro e.V.  
Kochstraße 14  
04275 Leipzig  
Telefon: 0341 – 30 39 492  
info@adb-sachsen.de  
www.adb-sachsen.de

Unterstützen Sie die Arbeit des ADB mit einer Spende:

Kontonummer: 110 03913 35  
BLZ: 860 555 92  
Sparkasse Leipzig  
Verwendungszweck: Spende

## RAA – Die Opferberatung in Sachsen

### Beraten, Betreuen, Begleiten – kostenlos und anonym

Betroffene von rassistischer und rechtsmotivierter Diskriminierung und Gewalt wird man unverhofft und ohne Schuld. Solch ein Erlebnis löst immer psychische, soziale und materielle Folgen aus. Die Betroffenen bleiben häufig allein mit der körperlichen Beeinträchtigung, mit ihren Ängsten, ihren Folgekosten und nicht zuletzt im Gerichtssaal, wenn sie auf die Täter\_innen treffen.

Die Opferberatung des RAA SACHSEN e.V. und der RAA LEIPZIG hilft Menschen, die aus Motiven gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Betroffene von Gewalt und Diskriminierung geworden sind. Wir treten parteilich an ihre Seite und unterstützen sie schnell und unbürokratisch. Wir helfen bei der Klärung der

rechtlichen Situation oder im Umgang mit Polizei und Gericht um berechnete Interessen auf finanzielle Entschädigung oder Wiedergutmachung durchzusetzen. Außerdem haben wir Zeit für ausführliche Gespräche über die Gewalttat und aller damit zusammenhängenden Umstände. Zusammen mit den Betroffenen versuchen wir Wege zu finden, verlorene Selbstachtung und Selbstbewusstsein zurückzugewinnen sowie den Schutz vor weiteren Gewalterfahrungen zu organisieren. Dabei wahren wir die Grenzen, welche die Betroffenen selbst setzen - nach ihren Entscheidungen und Bedürfnissen gestaltet sich der Beratungsprozess. Nach Bedarf wenden wir uns auch an die Öffentlichkeit um für die Situation der Betroffenen zu sensibilisieren, oder vermitteln zu anderen relevanten Ansprechpartner\_innen. Unser Angebot ist kostenlos, wir arbeiten parteilich für die Betroffenen und auf Wunsch anonym.

RAA Sachsen e.V.  
Peterssteinweg 3  
04107 Leipzig  
Telefon: 0341 - 26 18 647  
opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de  
www.raa-sachsen.de

Unterstützen Sie die Arbeit der RAA mit einer Spende:

Kontonummer: 110 052 0194  
BLZ: 860 555 92  
Sparkasse Leipzig  
Verwendungszweck: Opferberatung

## Engagierte Initiativen in Leipzig und Umgebung

Engagierte Wissenschaft e.V.	<a href="http://www.engagiertewissenschaft.de">www.engagiertewissenschaft.de</a>
RAA Sachsen e.V.:	<a href="http://www.raa-sachsen.de">www.raa-sachsen.de</a>
Chronik Nordsachsen:	<a href="http://www.chronikLE.org/nordsachsen">www.chronikLE.org/nordsachsen</a>
Kulturbüro Sachsen:	<a href="http://www.kulturbuero-sachsen.de">www.kulturbuero-sachsen.de</a>
Netzwerk Demokratie & Courage (NDC):	<a href="http://www.netzwerk-courage.de">www.netzwerk-courage.de</a>
Mein Name ist Mensch:	<a href="http://www.mein-name-ist-mensch.de">www.mein-name-ist-mensch.de</a>
E-Werk Oschatz:	<a href="http://www.ewerk-oschatz.de">www.ewerk-oschatz.de</a>
Chronik Oschatz:	<a href="http://chronik.blogspot.de">chronik.blogspot.de</a>
NDK Wurzen:	<a href="http://www.ndk-wurzen.de">www.ndk-wurzen.de</a>
Bon Courage Borna:	<a href="http://www.boncourage.de">www.boncourage.de</a>
Netzwerk gegen Islamophobie und Rassismus:	<a href="http://nir-leipzig.net">nir-leipzig.net</a>
left-action	<a href="http://left-action.de">left-action.de</a>

## Informationen zu Neonazis in Sachsen

Leipzig/Sachsen:	<a href="http://leipzig.antifa.de">leipzig.antifa.de</a>
Leipzig/Sachsen:	<a href="http://gamma.noblogs.org">gamma.noblogs.org</a>
Leipzig und Umgebung:	<a href="http://www.chronikle.org">www.chronikle.org</a>
Dresden:	<a href="http://venceremos.sytes.net">venceremos.sytes.net</a>
Chemnitz:	<a href="http://wachsam-in-chemnitz.de">wachsam-in-chemnitz.de</a>
Zwickau:	<a href="http://zwickau.blogspot.de">zwickau.blogspot.de</a>

## Informationen zu Neonazis bundesweit

bundesweit:	<a href="http://www.apabiz.de">www.apabiz.de</a>
bundesweit:	<a href="http://www.bnr.de">www.bnr.de</a>
bundesweit:	<a href="http://www.publikative.org">www.publikative.org</a>
Sachsen-Anhalt:	<a href="http://www.infothek-dessau.de">www.infothek-dessau.de</a>
Nordthüringen:	<a href="http://artnorth.wordpress.com">artnorth.wordpress.com</a>
Berlin:	<a href="http://blog.schattenbericht.de">blog.schattenbericht.de</a>
Berlin:	<a href="http://antifa-berlin.info/recherche">antifa-berlin.info/recherche</a>
Brandenburg:	<a href="http://recherchegruppe.wordpress.com">recherchegruppe.wordpress.com</a>
Rhein-Main:	<a href="http://www.infobuero.org">www.infobuero.org</a>
München:	<a href="http://www.aida-archiv.de">www.aida-archiv.de</a>

## Informationen zu Asyl, Flucht &amp; Migration in Leipzig

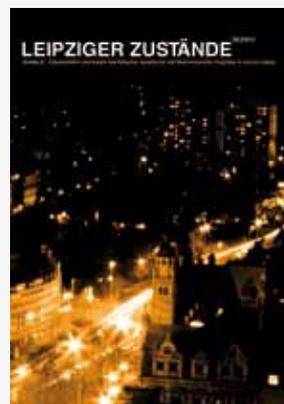
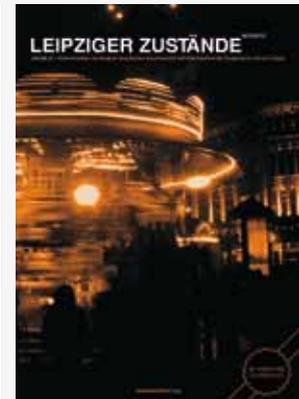
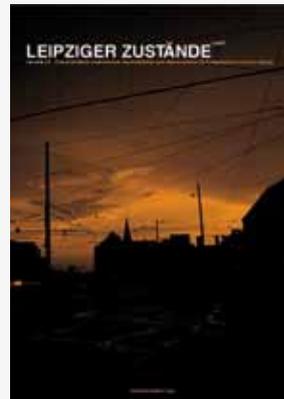
Flüchtlingsrat Leipzig:	<a href="http://www.fluechtlingsrat-lpz.org">www.fluechtlingsrat-lpz.org</a>
Initiative Grenzenlos:	<a href="http://grenzenlos.antira.info">grenzenlos.antira.info</a>
Initiativkreis NoHeim:	<a href="http://initiativkreisintegration.blogspot.de">initiativkreisintegration.blogspot.de</a>
Medinetz:	<a href="http://www.medinetz-leipzig.de">www.medinetz-leipzig.de</a>
RefugeesWelcome:	<a href="http://refugeeswelcome.blogspot.eu">refugeeswelcome.blogspot.eu</a>
Initiativkreis Menschen.Würdig:	<a href="http://www.menschen-wuerdig.org">www.menschen-wuerdig.org</a>
Dokumentation M.A.A.R.:	<a href="http://www.dok-maar.de">www.dok-maar.de</a>

## Weitere Kampagnen und Blogs:

Initiativkreis: Antirassismus:	<a href="http://initiativkreis.blogspot.de">initiativkreis.blogspot.de</a>
Der schwarze Blog:	<a href="http://blog.derbraunemob.info">blog.derbraunemob.info</a>
Rassismus Tötet (Leipzig):	<a href="http://www.rassismus-toetet-leipzig.org">www.rassismus-toetet-leipzig.org</a>
Rassismus Tötet:	<a href="http://www.rassismus-toetet.de">www.rassismus-toetet.de</a>
Berberinfo:	<a href="http://berberinfo.blogspot.de">berberinfo.blogspot.de</a>
VS auflösen statt ausstellen:	<a href="http://wegmitdemvs.blogspot.eu">wegmitdemvs.blogspot.eu</a>
Kampagne Alle bleiben!	<a href="http://www.alle-bleiben.info">www.alle-bleiben.info</a>
Netzwerk Asyl/Migration/Flucht Dresden:	<a href="http://namf.blogspot.de">namf.blogspot.de</a>

## Zeitschriften

Antifaschistisches Infoblatt:	<a href="http://www.antifainfoblatt.de">www.antifainfoblatt.de</a>
Der Rechte Rand:	<a href="http://www.der-rechte-rand.de">www.der-rechte-rand.de</a>
Lotta Magazin:	<a href="http://www.lotta-magazin.de">www.lotta-magazin.de</a>
Outside the Box:	<a href="http://www.outside-mag.de">www.outside-mag.de</a>
Phase2:	<a href="http://www.phase-zwei.org">www.phase-zwei.org</a>
Feierabend:	<a href="http://www.feierabend-le.net">www.feierabend-le.net</a>

FRÜHERE AUSGABEN DER ZUSTÄNDE-BROSCHÜREN UNTER  
[www.chronikLE.org](http://www.chronikLE.org)Leipziger Zustände DEZ2014  
ISSN 2191-3501

Herausgeberin: chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig. In Zusammenarbeit mit RAA Sachsen.

Redaktionsschluss: Dezember 2014  
Die Publikation spiegelt grundsätzlich, jedoch nicht mit jedem Detail die Position der Herausgeberin wider. Dargestellte chronologische Ereignisse beruhen auf verifizierten Daten.

Rechte: © bei den Autorinnen und Autoren und dem Projekt chronik.LE. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf\_innen, i.d.R. bei visual-change.org

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich.

Die Broschüre steht unter [www.chronikLE.org](http://www.chronikLE.org) zum Download zur Verfügung. Die Broschüre kann bestellt werden gegen eine Versandgebühr. „Leipziger Zustände“ wird in Leipzig und an ausgewählten Orten ausgelegt.

Vi.S.d.P.: J.Froburg, chronik.LE  
Engagierte Wissenschaft e.V.  
Ecksteinstraße 29, 04277 Leipzig

Kontakt:  
[chronik.LE@engagiertewissenschaft.de](mailto:chronik.LE@engagiertewissenschaft.de)  
[www.chronikLE.org](http://www.chronikLE.org)  
[twitter.com/chronik\\_le](https://twitter.com/chronik_le)  
[www.facebook.com/chronik.LE](https://www.facebook.com/chronik.LE)

Wir freuen uns über Ihre Spenden:  
Engagierte Wissenschaft e.V.  
Kontonummer: 34 70 201  
BLZ: 860 205 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Verwendungszweck: Spende chronik.LE

chronik.LE – Ein Projekt bei Engagierte Wissenschaft e.V.

**chronik.LE**

**ENGAGIERTE WISSENSCHAFT E.V.**

Gefördert im Rahmen der  
Kommunalen Gesamtstrategie  
„Leipzig. Ort der Vielfalt“

Unterstützt durch den StuRa  
der Universität Leipzig

In Zusammenarbeit mit  
RAA Sachsen



Stadt Leipzig



